Mittwoch, 21. Dezember 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 297 - 51.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

Kohl steht zu Lambsdorff: Nach einer Aussprache mit dem Wirtschaftsminister und dem FDP-Vorsitzenden Genscher läßt der Kanzler erklären, aus der Begründung der Anklageschrift gegen Graf Lambsdorff ergäben sich keine Umstände, die gegen den Verbleib des Ministers im Amt bis zu einer eventuellen Eröffnung des Hauptverfahrens sprächen.

PLO verläßt Tripoli: Die PLO-Terroristen mit ihrem Chef Arafat an der Spitze haben die von Rebellen gegen den PLO-Chef umzingelte Hafenstadt Tripoli in Nordlibanon auf griechischen Schiffen verlassen.

Wiederannäherung: Der Besuch von US-Sonderbotschafter Rumsfeld in Bagdad und seine Unterredung mit Präsident Saddam Hussein könnte das Kraftfeld im Nahen Osten verändern. (S. 1)

Vorruhestand: Unter Einbeziehung einer „Mittelstandskomponente" ist der Vorruhestandsvorschlag von Arbeitsminister Blüm im Kabinett verabschiedet worden. Kleine Betriebe, die eine Frühverrentung nicht verkraften könnten, werden von der Regelung ausgenommen.

Japan: Trotz Unterstützung durch acht unabhängige Abgeordnete scheint die Position des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone nach dem Verlust der absoluten Mehrheit für die Liberaldemokraten unsicher.

Soziale Sicherung: Die Bundesregierung hält die solidarische Sicherung gegen die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit und Unfall für unverzichtbar. In dem gestern veröffentlichten Sozialbericht wird der Umfang der sozialen Sicherung allerdings von der volkswirtschaftlichen Leistungskraft abhängig gemacht. Jedenfalls wolle niemand eine Privatisierung sozialer Risiken.

Kirche fordert Freilassung: Die evangelische Kirche in der „DDR" hat die SED-Behörden aufgefordert, zwei in der Friedensbewegung engagierte Frauen freizulassen.

Keine Nachsicht: Die „DDR"-Führung will die Disziplin in der Armee stärken.

Spionage vereitelt: Die Sowjets versuchen mit großem Aufwand, sich westliche Spitzentechnologie zu verschaffen. Eine illegale Computersendung wurde in Hamburg beschlagnahmt. (S. 1 u. 4)

Blüm gegen Wirtschaftsrat: Der Sozialminister wendet sich entschieden gegen Überlegungen des CDU-Wirtschaftsrates, eventuell die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall einzuschränken.

Heute: Österreichischer Bundeskanzler Sinowatz bei Kohl. – Ungarns Außenminister Varkonyi nimmt Gespräche in Bonn auf.

ZITAT DES TAGES



» Diesem Gemeinwesen ist man auch in einer Zeit knapper werdenden Mittel und sogar angesichts der Notwendigkeit von Opfern verpflichtet. Ich hoffe, daß sich dieses Bewußtsein stärker, als es heute der Fall zu sein scheint, entwickelt. Dazu bedarf es der lange vernachlässigten Staatspflege. «

Der scheidende Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Ernst Benda (S. 8)
FOTO: Donecker

WIRTSCHAFT

Bundesbank: Für 1983 zieht die Bundesbank eine „verhältnismäßig positive Bilanz". Für 1984 hält sie ein Wirtschaftswachstum von bis zu drei Prozent (real) für realistisch. (S. 9)

Osthandel: Die Bundesrepublik Deutschland hat im Vergleich zu anderen westlichen Staaten ihre führende Position im Handel mit den RGW-Staaten gefestigt. (S. 10)

Kaufkraft schrumpft: In Frankreich sagt das nationale statistische Amt eine Kaufkraftschrumpfung von einem Prozent der verfügbaren Nettoeinkommen für das erste Halbjahr 1984 voraus. (S. 10)

Britannien: Die Bank von England zeichnet ein außergewöhnlich positives Bild vom Stand der britischen Konjunktur. (S. 10)

Ifo zum Aufschwung: Der Konjunkturaufschwung werde im gesamten Jahr 1984 noch an Fahrt gewinnen, glaubt man im Münchener Institut. (S. 9)

Kiel vorsichtig: Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hält eine dauerhafte Erholung der deutschen Wirtschaft noch nicht für gesichert.

Mehr Kfz-Zulassungen: Im November wurden 13,1 Prozent mehr neue Kraftfahrzeuge zugelassen als im Vorjahr.

Börse: Die freundliche Tendenz am deutschen Aktienmarkt hielt auch am Dienstag an. WELT-Aktienindex 149,4 (149,0). Am Rentenmarkt hat sich die Lage weiter entspannt. Dollar-Mittelkurs 2,7657 (2,7688) Mark. Goldpreis je Feinunze 375,40 (375,00) Dollar.

KULTUR

Gemeinden fordern Kanal: Für einen „offenen Kanal" bei Einführung privater oder lokaler Rundfunksender hat sich der Deutsche Städtetag ausgesprochen. In seinen Sendungen sollten Vereinigungen aller Art zu Wort kommen.

Schreier: Britische Musikkreise befürchten, daß der Tenor Peter Schreier aus der „DDR" in Schwierigkeiten ist. Zum zweiten Mal hat jetzt die „DDR"-Künstleragentur ein Konzert Schreiers in London ohne Angabe von Gründen annulliert.

SPORT

Ski Alpin: Der Schwede Ingemar Stenmark gewann den Weltcup-Slalom in Madonna di Campiglio und kam zu seinem 74. Weltcup-Erfolg. Florian Beck aus Gunzesried kam auf den elften Rang.

Sportbund: Die Mitgliederzahlen der Verbände und Vereine des Deutschen Sportbundes steigen weiter an: Die Gesamtzahl stieg um 395 000 neue Mitglieder auf 18 375 270. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Weltcup gestohlen: Brasilien meldet den Diebstahl des drei Kilogramm schweren Pokals Jules Rimet, der aus purem Gold ist.

Warme Weihnachten: Statt der vielbesungenen und erhofften weißen Weihnacht sagen die Meteorologen für die Festtage acht Grad über Null voraus. Frühestens am zweiten Feiertag könnten die ersten Schneeflocken fallen. (S. 20)

Wetter: Bedeckt bis wechselnd wolkig; im Westen Regenschauer.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Die Frage nach Kaliningrad. Über Entwicklungstendenzen im Ostblock. S. 2

Neue Medien: Private Fernseh-Signale aus Essen beunruhigen die Rundfunkanstalten S. 3

Weißes Haus: Der weihnachtliche Lichterglanz von Washington scheint trübe S. 3

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

NRW: Fraktionsanträge müssen ohne Inhaltsprüfung auf die Tagesordnung der Ratssitzung S. 7

Afrikapolitik: Bundesregierung hält an ihrer Linie fest; Textänderung auf Wunsch der CSU S. 8

Handball: Erhard Wunderlich, bestbezahlter Spieler der Welt, hat Heimweh S. 16

Fernsehen: Viel Wirbel um wenig? Die ARD-Familienprogramme im nächsten Jahr S. 18

Kunst: Der italienische Bildhauer Giacomo Manzù feiert heute seinen 75. Geburtstag S. 19

Frankfurt: Angeklagter will Rauschgifthandel für Geheimdienst betrieben haben S. 20

Lambsdorff begründet Verbleiben im Amt: Anklage unbegründet

Kanzler weist auf „ausschließlich politische Bedeutung" des Beschlusses hin

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lmbsdorff (FDP) wird, weil er die Anklageschrift in der Flick-Affäre als „insgesamt unbegründet" hält, sein Amt weiter ausüben. Neue Überlegungen über die Zukunft des der Bestechlichkeit beschuldigten Ministers sollen frühestens dann angestellt werden, wenn das Bonner Landgericht entschieden hat, ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Ein Gerichtssprecher erklärte gestern, wegen des „außergewöhnlichen Umfangs" des Verfahrens sei ein Termin über die Entscheidung der Großen Strafkammer bislang überhaupt nicht abzusehen.

Lambsdorffs Erklärung war mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher am Montagabend am Rande der Kabinettssitzung abgestimmt worden.

In einer sechs Seiten langen persönlichen Erklärung bekräftigte Lambsdorff gestern noch einmal ausdrücklich seine Unschuld. Deshalb werde seine Verteidigung auch beim Gericht den Antrag stellen, die Anklage nicht zur Hauptverhandlung zuzulassen.

Der Kanzler und die beiden Minister hatten bei ihrer Unterredung mögliche politische Auswirkungen erörtert. Sie kamen dabei nach Angaben von Regierungssprecher Peter Boenisch zu der Auffassung, daß sich aus der Begründung der Anklageschrift keine Umstände ergeben hätten, „die es nahelegen, vor einer Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens von der bisherigen politischen Bewertung abzugehen". Kohl hatte betont, daß der jetzt gefaßte Beschluß „ausschließlich politische Bedeutung" habe. Sie berühre deshalb nicht das nunmehr in der Hand unabhängiger Richter liegende Verfahren.

SEITE 3:
Erklärungen im Wortlaut

Ursprünglich sollte die Entscheidung des Kanzlers erst Anfang nächsten Jahres offiziell mitgeteilt werden. Gestern hieß es zu der Modifizierung dieser Haltung, einerseits sei ein bestimmter Abschnitt im Verfahren erreicht, andererseits wolle der Kanzler damit wochenlange Spekulationen beenden.

In seinem Schreiben erläutert Lambsdorff ausführlich die Gründe und Überlegungen, aus denen heraus er sich zum Verbleiben im Amt entschieden hat. Er sei zusammen mit seinem Verteidiger, dem Saarbrücker Rechtsanwalt Egon Müller, bei der rechtlichen Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß die Vorwürfe der Anklageschrift „nach meiner festen Überzeugung nicht stichhaltig" seien. Die Anklage, so der Minister, „ist insgesamt unbegründet". Ausdrücklich wiederholte er „ohne jede Einschränkung und ohne jeden Abstrich" seine frühere Erklärung, nach der er seit seinem Amtsantritt keine einzige Mark von Flick erhalten, vermittelt oder angefordert habe. Selbst die Staatsanwaltschaft unterstelle ihm weder pflichtwidriges noch eigennütziges Verhalten.

Weiter vertritt Lambsdorff die Ansicht, daß ein Minister seiner politischen Verantwortung nicht gerecht würde, „wenn er aus dem Amt geht, obwohl er die ihm vorgeworfene Handlung nicht begangen hat". Er dürfe sein Amt „nicht nahezu automatisch" auf die Entscheidung einer weisungsgebundenen Behörde hin niederlegen.

DER KOMMENTAR

Klare Grenze

HERBERT KREMP

Meine Arbeit als Bundesminister für Wirtschaft geht weiter." Mit diesem Satz, der wie ein Befehl an die eigene Person klingt, endet die Erklärung unter dem Briefkopf „Dr. jur. Otto Graf Lambsdorff". Damit steht fest, daß der Minister bis zur Eröffnung eines Hauptverfahrens im Amt bleiben wird. Er genießt die Unterstützung des Bundeskanzlers, der am selben Tag erklären ließ, die Anklage der Staatsanwaltschaft enthalte keine Gründe, von der bisherigen politischen Bewertung abzugehen. Eine Bewertung des Inhalts der Anklageschrift und der Arbeit der Staatsanwaltschaft vermeidet der Regierungschef sorgfältig.

Angesichts des Vorwurfes der Bestechlichkeit betont Lambsdorff wie bisher sein gutes Gewissen und seine Unschuld. Die Anklage sei unbegründet. Auf Einzelheiten geht der Minister nicht ein. Er scheint fest damit zu rechnen, daß das Gericht die Anklage nicht zur Hauptverhandlung zuläßt. Auch die Bundesregierung vermutet dies nach dem Studium der Anklageschrift und des Entlastungsmaterials, das Lambsdorff zusammenstellte, bevor er mit seiner selbstsicheren Erklärung an die Öffentlichkeit ging. Der Kanzler weiß, was er riskiert. Eröffnet das Gericht nicht, steht der Minister glänzend da. Eröffnet es doch, wird Lambsdorff zurücktreten. Helmut Kohl hat eine klare Grenze gezogen.

Im Unterschied zum knappen Bescheid des Bundeskanzlers enthält die Erklärung Lambsdorffs einige Sätze zum bisherigen Verfahren, die über seine Person hinausweisen. Sie erinnert an die „einseitige öffentliche Beweisführung" der Bonner Staatsanwaltschaft, die als „weisungsgebundene Behörde" entschieden habe. Diese Formulierungen gelten dem undurchsichtigen Hintergrund der Affäre, die einem nach allen Durchstechereien und gezielten Vorverurteilungen wie eine Fortsetzung der Politik mit juristischen Mitteln vorkommen mag. Der Minister steht offenbar unter dem Eindruck, daß mit seiner Person die Handlungsfähigkeit der Regierung getroffen werden soll. Welchen Sinn hätte inmitten der Bekundung des guten Gewissens sonst der Satz: „Ich stehe den Wählern mit dafür ein, daß ein bestimmtes Regierungsprogramm verwirklicht wird"?

Ob nach der eindeutigen Loyalitätsbekundung der Koalition Kohl–Genscher die öffentliche Diskussion abflauen wird, steht dahin. Wichtig ist eines: Die Sache ist nun in den Händen unabhängiger Richter.

Washington sucht Annäherung an Irak

Besuch von Sonderbotschafter Runsfeld soll Kräftefeld im Nahen Osten verändern helfen

THOMAS KIELINGER, Washington

Der Besuch Donald Rumsfelds, des amerikanischen Nahost-Sonderbotschafters in Bagdad, fügt dem labilen Kräftefeld dieser Region eine neue wichtige Komponente hinzu. Rumsfelds Unterredung mit Iraks Präsident Saddam Hussein ist der vorläufige Höhepunkt einer sich seit Jahren entwickelnden amerikanisch-irakischen Wiederannäherung.

Er erhält besondere Bedeutung dadurch, daß Irak mit zwei Ländern verfeindet ist, die zu den prinzipiellen Gegnern der amerikanischen Präsenz in Nahost zählen: Iran und Syrien, beides Nachbarstaaten Iraks.

Washingtons engere Beziehungen zu Bagdad werden von Mitgliedern der Reagan-Regierung als Teil ihrer verstärkten diplomatischen Bemühungen um eine Beilegung des Libanon-Konflikts dargestellt. Es soll auf alle Kräfte – vor allem auf Syrien – spürbarer Druck ausgeübt werden, sich diesen Bemühungen anzuschließen. Man baut dabei auf die seit Jahren bestehende Feindschaft zwischen den beiden rivalisierenden Teilen der arabischen sozialistischen Baath-Partei, die jeweils in Damaskus und Bagdad an der Macht sind.

Doch sind Fortschritte in der Lösung des Libanon-Konflikts nur die eine Seite des diplomatischen Gewinns, den die USA sich von verbesserten Beziehungen zu Irak erhoffen. Die Amerikaner schauen mit großer Besorgnis auf das explosive Potential, das sich um den iranisch-irakischen Krieg ansammelt. Das State Department ließ zwar zu Beginn der Woche wissen, Washington werde in diesem Konflikt weiter neutral bleiben, doch wird diese Einstellung schrittweise aufgeweicht durch Irans weitgefächerte terroristische Umtriebe, die nicht nur die Golf-Region, sondern die gesamten Strukturen der arabischen Welt bedrohen.

Im Iran–Irak-Konflikt lassen sowohl Washington als auch Moskau immer deutlicher Präferenzen erkennen. Parallel zur Annäherung Washington–Bagdad nimmt Teheran wieder Beziehungen zur Sowjetunion auf, zunächst – buchstäblich – auf der Schiene des Waffentransports. Man weiß im Westen von frischen Lieferungen sowjetischer Luftabwehrbatterien, die über Eisenbahnlinien nach Iran gelangen. Die Amerikaner ihrerseits helfen dem irakischen Militär mit Aufklärungsdaten über iranische Truppenbewegungen. Waffenhilfe bleibt zwar weiterhin ausgeschlossen, doch wurde unlängst die Lieferung eines leichten Hubschrauber-Typs für Irak freigegeben.

Bagdad brach nach dem Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 die diplomatischen Beziehungen zu Washington ab. Seit 1976 hat kein höherer amerikanischer Beamter mehr die irakische Hauptstadt besucht. Statt dessen pflegte das Regime in Bagdad die Beziehungen zu Moskau, mit dem es seit 1972 einen Freundschaftspakt unterhält, der vor allem Rüstungshilfe in Milliarden-Höhe mit sich brachte. Spätestens seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan hat sich dieses Verhältnis jedoch merklich abgekühlt.

Zuversichtliche Prognose der Bundesbank

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesbank erwartet, daß die Defizite der Gebietskörperschaften im kommenden Jahr weiter zurückgeführt werden können, nachdem sie bereits von 70 auf 60 Milliarden Mark (das sind gut 35 Prozent des Bruttosozialprodukts) zurückgegangen sind. Das geht aus dem Monatsbericht der Bundesbank hervor. Nicht nur die gesetzlichen Konsolidierungsmaßnahmen zum Abbau der Defizite, sondern aller Voraussicht nach auch kräftiger wachsende Steuererträge als Folge der günstigeren Wirtschaftslage wirkten in diese Richtung. Daher dürften die konjunkturell bedingten Deckungslücken zum ersten Mal seit Jahren wieder abnehmen.

Der schrittweise Abbau der staatlichen Defizite trägt nach Auffassung der Bundesbank dazu bei, die Bedingungen für das Wirtschaftswachstum zu verbessern und weitgehend verlorengegangenen finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Nachdem die wirtschaftliche Erholung in Gang gekommen sei, scheine es kaum noch begründet, konjunkturelle Risiken von den vorgesehenen Konsolidierungsmaßnahmen zu befürchten. Für den öffentlichen Gesamthaushalt – einschließlich Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – erwartet die Bundesbank 1984 einen Rückgang des Defizits von einem Anteil von vier Prozent im vergangenen Jahr auf rund drei Prozent des Bruttosozialprodukts.

Seite 9: Export stützt Konjunktur

Washington dankt deutschem Zoll für seine Hilfe

dpa, Washington

US-Finanzminister Donald Regan und Verteidigungsminister Caspar Weinberger haben sich bei den deutschen Zoll- und Regierungsdienststellen für die „außerordentliche Hilfe" bei der Sicherstellung des amerikanischen Computersystems VAX 11/782 bedankt, das am 9. November im Hamburger Hafen auf einem für die Sowjetunion bestimmten Schiff beschlagnahmt worden war.

Die beiden Minister äußerten sich befriedigt darüber, daß durch die Zusammenarbeit amerikanischer und deutscher Behörden in letzter Minute ein sowjetischer „Spionagecoup" verhindert wurde, der für die militärische Sicherheit der USA „sehr gefährlich" hätte werden können.

Die Computeranlage (einschließlich der Handbücher über die Programme) im Wert von 1,5 Millionen Dollar, die nach amerikanischen Vorschriften einem absoluten Exportverbot für Ostblockländer unterliegt, wurde am Montag im Washingtoner Finanzministerium der Presse vorgeführt. Die Minister hoffen, daß die andere Hälfte des Systems, die sich inzwischen in Schweden befindet, ebenfalls den Vereinigten Staaten überstellt werde.

Nach den Worten Weinbergers hätte die UdSSR mit Erhalt der Anlage die Zielgenauigkeit ihrer Waffensysteme einschließlich der Raketen erhöhen, ihre Kenntnisse auf dem Militär- und Computersektor erweitern und die Wirksamkeit des amerikanischen Verteidigungssystems beeinträchtigen können.

Seite 4: Geheimnisvolle Ost-Geschäfte

Zweiter PLO-Abzug aus Libanon begann

Frankreich verstärkte Geleitschutz für griechische Schiffe durch einen Flugzeugträger

AP/AFP/rtr/dpa, Tripoli

Zum zweiten Mal innerhalb von 15 Monaten mußte PLO-Chef Arafat unter dem Druck seiner Gegner Libanon verlassen. Die Evakuierung seiner rund 4000 Anhänger aus der nordlibanesischen Stadt Tripoli begann gestern morgen ohne Zwischenfälle, nachdem fünf griechische Fährschiffe im Hafen eingelaufen waren. Der Abzug sollte ursprünglich bereits am Montag beginnen, mußte aber verschoben werden, nachdem israelische Kriegsschiffe wieder PLO-Stellungen beschossen hatten.

Die abziehenden Palästinenser, die von den unter den Flaggen Griechenlands und der UNO fahrenden Schiffe in einer insgesamt 16 Tage dauernden Rundreise nach Tunesien, Algerien und Nordjemen gebracht werden sollen, waren am Montagabend an fünf Sammelpunkten in Tripoli zusammengezogen worden. Sie durften nur mit Handfeuerwaffen und einem Minimum an Gepäck an Bord gehen. Nach Arafats Angaben sollten die schweren Waffen der libanesischen Armee übergeben werden. Der PLO-Chef teilte außerdem mit, daß seine Verbände und ihre Belagerer vor Tripoli einen Gefangenenaustausch vollzogen hätten.

In Tripoli erinnerte nichts an den pompösen Abschied Arafats aus Beirut, wo die PLO-Kämpfer von ihren libanesischen Verbündeten als Sieger gefeiert worden waren. Diesmal feuerten nur wenige Palästinenser zum Abschied mit ihren Gewehren in die Luft.

Beim zweiten Abzug wichen Arafat und seine Getreuen den von Syrien und Libyen unterstützten Rebellen in den eigenen Reihen. Und sie gingen als klare Verlierer. In langen Schlangen reihten sich die Kämpfer eher still zur Einschiffung ein. Während Lastwagen immer neue Partisanen mit ihren Angehörigen und ihrer persönlichen Habe an den Hafen brachten, gingen die ersten an Bord der Schiffe.

SEITE 7:
Arafat muß wieder weichen

Der Hafen von Tripoli war von starken libanesischen Polizeieinheiten abgesichert. Der libanesische Ministerpräsident Schafik Wazzan entsandte den früheren Polizeichef Hisham Shaar als Vertreter der Beiruter Regierung nach Tripoli, um Arafat zu verabschieden. Auch der griechische Botschafter in Libanon, Evangelos Georgiou, hatte sich am Hafen von Tripoli eingefunden.

Frankreich, das zunächst für den Geleitschutz der Schiffe drei Korvetten zugesagt hatte, verstärkte den Flottenverband um weitere zwei Korvetten und den Flugzeugträger „Clemenceau". Die vor Tripoli liegenden israelischen Raketenboote hatten sich zurückgezogen. Noch gestern morgen unternahmen israelische Flugzeuge Aufklärungsflüge über Tripoli, griffen jedoch nicht an.

Die israelische Regierung hatte die förmliche Zusicherung verweigert, daß sie nichts gegen die Evakuierung unternehmen werde. Ein Regierungsbeamter bekräftigte, daß Israel niemandem eine Garantie gegeben habe. Vize-Premier David Levy erklärte vor dem Parlament: „Wir müssen einfach abwarten und zusehen." Die US-Regierung hatte am Montag erklärt, sie „hoffe und erwarte" von Israel, daß es seine Angriffe gegen die Arafat-Truppen einstelle und die Evakuierung zulasse.

Algeriens Staatschef auf FNL-Kongreß kritisiert

Chadli: Ich habe die „Revolution" nicht verfälscht

AFP, Algier

Der algerische Staats- und Parteichef Chadli Bendjedid hat sich vor dem 5. Kongreß der Einheitspartei FNL in Algier gegen den Vorwurf verteidigt, er sei vom politischen Kurs seines Vorgängers, des 1978 verstorbenen Houari Boumedienne, abgewichen. Ohadli versicherte bei der Vorlage seines Rechenschaftsberichtes, seine Regierung habe die algerische „Revolution" nicht verfälscht, wie es „einige Elemente" glauben ließen, sondern nur „ihre Irrtümer berichtigt". Er habe sich getreulich an sein Versprechen gehalten, das er Boumedienne persönlich vor dessen Tod gegeben habe, „in Konsultation mit den Streitkräften über die Kontinuierlichkeit und die Grundsätze der Revolution zu wachen".

Chadlis Kritiker hatten ihm wiederholt vorgeworfen, keine ideologisch straffe Außenpolitik mehr zu betreiben, sondern zu stark praktischen Grundsätzen zu folgen. In seinem Bericht betonte der Präsident, unter seiner Regierung sei Algerien ein „positives und wachsames" Mitglied der bündnisfreien Staatenbewegung geblieben. Das bewiesen die „ausgezeichneten" Beziehungen des Landes sowohl zu den sozialistischen wie den westlichen Staaten und auch den afrikanischen Ländern.

Innenpolitisch hatte sich Chadli mit dem Kampf gegen Korruption Feinde gemacht, der gegen einzelne Machtgruppen gerichtet war, welche unter Boumedienne stark geworden waren. Eine der mächtigsten Gruppen hatte Ex-Außenminister Abdelasis Bouteflika angeführt, der sich vor allem auf Technokraten der Schwerindustrie gestützt hatte. Er und einige andere Mitglieder des inzwischen aufgelösten Revolutionsrates sind nicht zum Kongreß zugelassen worden.

Der Parteitag dürfte von wirtschaftlichen Problemen beherrscht werden. Die 20 Millionen Algerier erwarten, daß die Engpässe in der Lebensmittelversorgung weiter abgebaut und die Verschwendung in den Staatsbetrieben stärker reduziert wird.

Berliner SPD verliert 68 Mitglieder

Begründung: Abdriften der Partei nach links / „Soziale Demokraten formieren sich

F. DIEDERICHS, Berlin

In Berlin haben gestern 68 Sozialdemokraten geschlossen ihren Austritt aus der Partei erklärt. Begründung: Die SPD sei zu weit nach links abgedriftet. Die Ausgetretenen wollen in einer „Gemeinschaft sozialer Demokraten" politisch weiterarbeiten. Sie rechnen zudem damit, daß weitere Sozialdemokraten die Partei verlassen.

Der gestrige Vorgang bedeutet nach Einschätzung politischer Beobachter eine herbe Enttäuschung für den Spitzenkandidaten der SPD bei der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 1985, Harry Ristock. Noch vor neun Wochen, bei seiner Nominierung zum Spitzenbewerber, hatte Ristock noch Zuversicht ausgestrahlt. „Ich will die Kräfte der Berliner SPD bündeln", versprach er damals den 226 Parteitagsdelegierten. Doch die innerparteilichen Gewitterwolken brauten sich bereits damals zusammen. Sie fanden jetzt den ersten heftigen Niederschlag.

Ein Mitglied der neu formierten „Sozialen Demokraten", der ehemalige Bürgermeister des Berliner Bezirks Wedding, Horst Bowitz, legte in der Öffentlichkeit die wesentlichen Gründe für die Parteiflucht dar: In erster Linie habe das deutliche „Abdriften der SPD nach links" und ihre Haltung zum NATO-Doppelbeschluß zu einer Entwicklung beigetragen, die Bowitz als „Verfall sozialdemokratischer Sittlichkeit" charakterisierte. Nach Auffassung des früheren Bürgermeisters suche die SPD heute innerhalb und außerhalb der Organisation „mit systemfeindlichen Randgruppen nach neuen Mehrheiten".

Als Folge dieses „Abgleitens der SPD nach Linksaußen" sei auf Dauer nicht nur ihre eigene Existenz, sondern sogar der Bestand der Demokratie schlechthin gefährdet, argumentieren Bowitz und andere prominente Berliner Sozialdemokraten wie der ehemalige Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD, Wolfgang Staschen, der nach 14 Jahren Mitgliedschaft seinen Austritt erklärte.

Staschen zu seinen Motiven: „Neben der offenkundigen Zusammenarbeit mit Kommunisten zeigt die SPD derzeit einen Antiamerikanismus, der nicht mehr vertretbar ist." Kritik in der Gruppe der „Sozialen Demokraten" wurde auch offen gegenüber Harry Ristock laut. Ihn bezeichnete ein altes Parteimitglied als „Marxi-

■ Fortsetzung Seite 8

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

TA Zimmermann

Von Eberhard Nitschke

Auf zwei Sorten Post hat sich Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann eingerichtet, sobald aus seinem Hause Vorschläge zur Reinhaltung der Luft kommen: einmal auf die energischen Proteste der Industrie, der das alles zu stramm ist und die sich in ihrem Bestand gefährdet fühlt; zum zweiten auf die nicht weniger lautstarken Vorwürfe der Umweltschützer, die solchen Entwürfen und Gesetzesvorlagen Laschheit und Ineffizienz ankreiden und die Löcher zählen, durch die sich jeder Umweltfrevler davonmachen könne.

Der jetzt vom Bundesinnenministerium an die Länder und an die Bundesressorts verschickte Entwurf einer verschärften Technischen Anweisung (TA) Luft, der im Februar 1984 Gegenstand der Beratung mit den Ländern sein wird, bringt in diese Briefe an den Minister wahrscheinlich eine neue Note. Zimmermann nennt seinen Text nicht von ungefähr „weltweit ohne Beispiel". In der Umweltpolitik der Bundesregierung hat absolute Priorität die Luftreinhaltung.

Die Novelle erfaßt die gesamte Industrie und die Emissionen vor allem von Hochöfen, Stahlwerken, Bleihütten, Kokereien, Zementwerken, Chemieanlagen, aber auch Massentierhaltungen und Tierkörperbeseitigungsanstalten.

Die Zahlen, die im Zusammenhang mit der angestrebten zweiten Novellierung genannt werden, sagen oft nur dem Experten etwas. Es genügt aber zu wissen, daß beispielsweise so gefährliche Schwermetalle wie Blei oder Kadmium in Emissionen um das Zwanzigfache vermindert werden sollen – statt 20 Milligramm pro Kubikmeter Abluft möglicherweise nur noch 0,2 Milligramm.

Saisonbedingt ist die Diskussion um das Waldsterben zur Zeit etwas gedämpfter. Zimmermanns Vorstoß hat ein gutes Timing: Nach Weihnachten und zu Beginn des neuen Jahres, wenn jener von ihm erwartete „erhebliche Widerstand der Industrie" sich äußert, ist auch der Wald wieder im deutschen Heim – nicht nur in Gestalt einer einzelnen Tanne.

Antrittsbesuch

Von Astaf Domberg

Der neue österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz kam zu einem Arbeitsbesuch nach Bonn, um mit seinem Kollegen Helmut Kohl politische Gespräche zu führen. Heute wird Sinowatz in Berlin eine österreichische Ausstellung eröffnen.

Daß die deutsch-österreichischen Beziehungen, genauer genommen: die Beziehungen zwischen Wien und Bonn, „problemlos" sind, gehört bereits zu den Binsenwahrheiten. Dennoch – gerade am Beispiel Berlins zeigt sich, daß hier auf beiden Seiten mit einer gewissen Behutsamkeit vorgegangen werden muß, will man nicht unbeabsichtigt politisches Porzellan zerschlagen oder sich selber in ein schiefes Licht rücken. So mußte die ursprüngliche Absicht des österreichischen Regierungschefs, über den Ostberliner Flughafen Schönefeld – der ja von der österreichischen Fluggesellschaft AUA angeflogen wird – die Heimreise anzutreten, auf Bonner Einwände hin abgeändert werden. Sinowatz fliegt jetzt vom Westberliner Flughafen Tegel und nimmt einen Umweg über Nürnberg in Kauf.

Man sollte in Bonn und West-Berlin gelassen zur Kenntnis nehmen, daß Österreich inzwischen recht intensive Wirtschaftsbeziehungen zum zweiten deutschen Staat geknüpft hat – woraus sich auch ein gewisses politisches Klima, inklusive gewisser Rücksichtnahmen ergeben. Die österreichischen Handelsbeziehungen und Kredite für die „DDR" sind im Vergleich zu den Bonner Bemühungen auf diesem Feld immer noch relativ bescheiden.

Es ist auch klar, daß Österreich kein NATO-Mitglied, sondern ein neutraler Staat ist. Daß es kein neutralistischer Staat sein will und sich der pluralistischen Demokratie verpflichtet fühlt, hat Sinowatz unlängst unter anderem auch in einem Interview der WELT betont. Dennoch, der neue österreichische Kanzler hat es auf dem internationalen und auch auf dem „gesamtdeutschen" Parkett nicht so leicht wie sein Vorgänger Kreisky, den alle Welt kannte und dem man manches nachsah, weil er stets drastisch und deutlich klarmachte, wo er stand.

Sinowatz muß sein Profil erst zeigen. Das ist gerade in der „deutschen Frage" und in der gegenwärtigen Situation nicht einfach – nicht einfach auch für einen österreichischen Sozialdemokraten angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in Bonn und West-Berlin. Jedenfalls wird sich gerade zwischen Bonn und Berlin zeigen, ob er mehr als Parteipolitiker oder als Staatspolitiker zu agieren und reagieren weiß.

Der Janßen-Test

Von Günther Bading

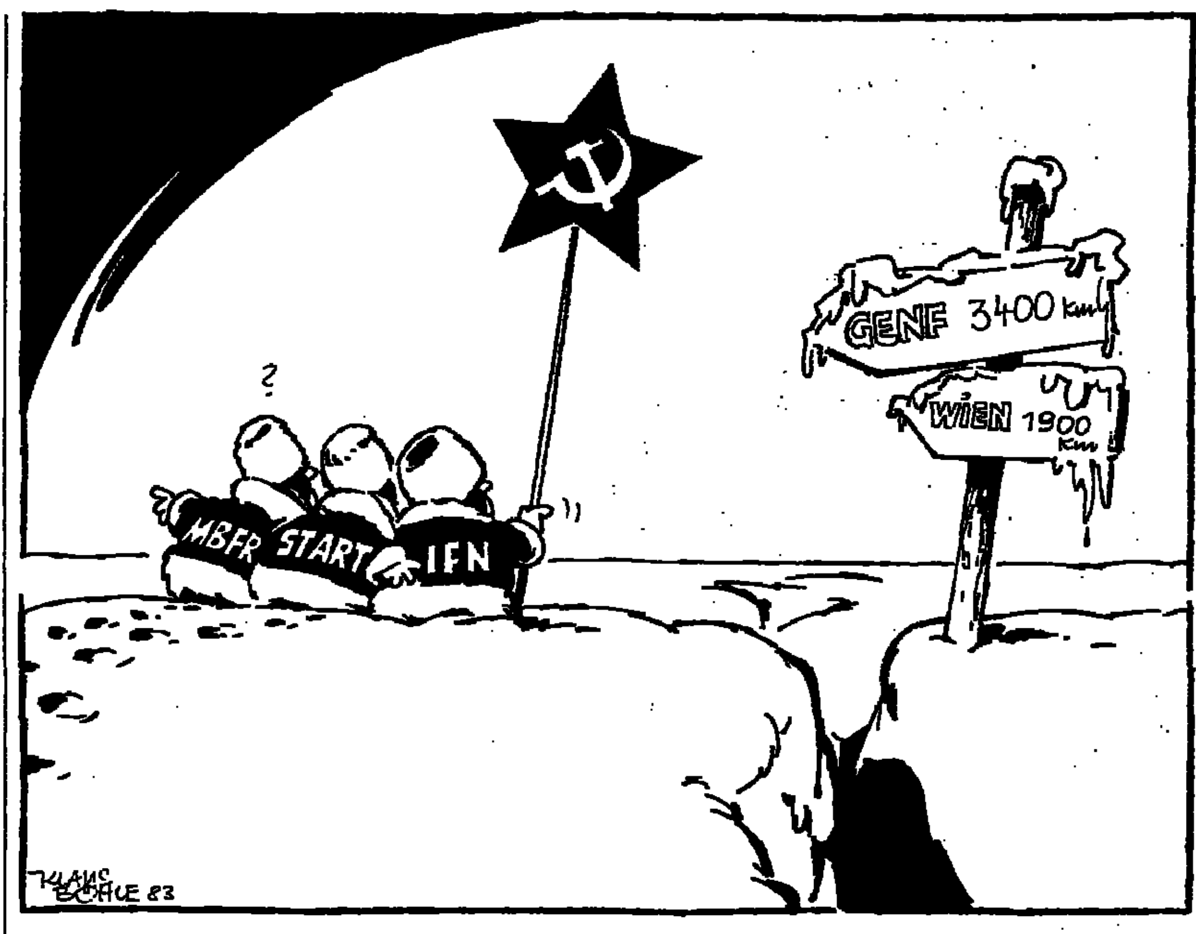
Die Öffentlichkeitsarbeit der Abteilung Tarifpolitik in der IG Metall treibt mit zunehmender Hitze des Arbeitszeit-Gefechtes immer buntere Blüten. Dem Vorwurf, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche sei eigentlich nur Funktionärswunsch und finde bei der Gewerkschaftsbasis wenig Widerhall, hat jetzt die weltweit größte Einzelgewerkschaft mit einer eigenen Umfrage zu begegnen versucht. Just an dem Tag, an dem der Arbeitgeberverband Gesamtmetall neue Zahlen aus Bielefeld vorlegte, aus denen die Skepsis von Arbeitnehmern gegen die Doppelforderung nach kürzerer Wochenarbeitszeit, vollem Lohnausgleich und, draufgesattelt, dann noch Lohnzuwachs hervorging, legte der Tarifpolitiker im IG Metall-Vostand, Hans Janßen, in Frankfurt den „Beweis" vor, daß die Leute gar wohl weniger arbeiten wollten.

Infas aus Bad Godesberg fragte schlicht: „Wieviel Stunden möchten Sie arbeiten, wenn es nur nach Ihnen ginge?" Keiner der Befragten wollte, wenn es denn nur nach ihm selber ginge, zurück zur 48-Stunden-Woche. Nein, eine klare Mehrheit wollte weniger arbeiten als jetzt, 40 Prozent wollten gar weniger als 35 Stunden, immerhin 42 Prozent zwischen 36 und 40 Stunden. Die Studie, so melden die Agenturen, sei nicht von der IG Metall in Auftrag gegeben worden. Von wem dann, möchte man angesichts dieser Art der Fragestellung wissen?

Wo bleibt eigentlich der vielgerühmte Realismus des neuen IG Metall-Vorsitzenden Hans Mayr, daß er solchen Unfug nicht stoppt? Bald werden noch die Arbeitnehmer vor den alljährlichen Lohnrunden befragt: „Wieviel möchten Sie, wenn es nur nach Ihnen geht, verdienen?"

Das Spielchen ließe sich fortsetzen. Waffengleichheit ist Grundsatz im Tarifgeschäft. Wer wollte den Arbeitgebern verübeln, wenn diese ihren Mitgliedfirmen die demoskopisch wertvolle Frage stellen: „Wieviel Steuern würden Sie – wenn es nur nach Ihnen ginge – bezahlen wollen?"

Und für die Öffentlichkeit: „Wieviel solcher Erhebungen möchten Sie, wenn es nur nach Ihnen ginge, noch auf ihren Tisch flattern sehen?" Hier wenigstens ist die Antwort klar: „Keine mehr."



„Vorwärts, Kameraden, wir müssen zurück!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Frage nach Kaliningrad

Von Carl Gustaf Ströhm

Jeden Abend, wenn der „Tisza-Expreß" nach Moskau – Abfahrt: 20.15 Uhr – bereitsteht, verwandelt sich der Budapester Ostbahnhof plötzlich und eigentümlich: Sowjetische Zivilisten und sowjetische Soldaten in erdbraunen Uniformen und grauen Pelzmützen beherrschen die Szene. Russische Patrouillen mit umgehängten Pistolen und Karabinern, angeführt von einem dicklichen Offizier mit breiter Tellermütze, stapfen über den Bahnsteig. Die dunklen, klobigen sowjetischen Waggons wirken wie Dinosaurier. An den Türen stehen, pausbäckig und ernst, die sowjetischen Schaffnerinnen.

Zehn Minuten später erfolgt der Szenenwechsel: Der russische Zug verläßt den Bahnhof – und wie von Zauberhand verschwinden auch die sowjetischen Soldaten, einschließlich der Militärpatrouille, die sich durch einen Seitenausgang zurückzieht. Augenblicke danach rollt der Expreß aus Paris, München und Wien ein: Orangefarbene, hell erleuchtete österreichische Waggons, westliches Publikum mit Lederkoffern, Ungarn, die mit großen Plastiktüten von Einkäufen in Wien heimkehren. Es ist, als befände man sich in einer anderen Welt.

Diese Budapester Szene kann man – den jeweiligen örtlichen und nationalen Gegebenheiten angepaßt – im gesamten Osteuropa erleben; sogar in der „DDR". Man fährt von Erfurt nach Weimar durch eine Landschaft und durch Dörfer, wie sie deutscher nicht sein könnten. Plötzlich dann sowjetische Kasernen, wieder die gleichen erdbraunen russischen Uniformen. Und wieder ist es, als sei man plötzlich um tausend und mehr Kilometer nach Osten versetzt. Mit einem Mal sind die uniformierten „Freunde" entschwunden – so als gäbe es sie überhaupt nicht.

Osteuropa oder, genauer gesagt, das östliche Mitteleuropa, lebt unter der Herrschaft sowjetischer Militärmacht. Das ist die eine Realität. Aber wie schon so oft in der Geschichte, gibt es auch heutzutage in den Ländern zwischen Ostsee und Schwarzem Meer eine zweite Wirklichkeit neben der ersten. Diese Wirklichkeit äußert sich im Wiedererwachen nationaler Gefühle, nationalen Stolzes und nationaler Besonderheiten. Die „Sowjetisierung" der Länder Osteuropas ist nach 1945 in gewissem Sinne gelungen: Sie alle, von Polen bis Bulgarien, haben äußerlich das sowjetische Herrschafts- und Wirtschaftssystem angenommen – wobei fast immer Gewalt angewendet wurde. Lange Zeit hindurch mochte man meinen, die Sowjetisierung sei damit auch geistig und in der Mentalität dieser Menschen und Nationen vollzogen. Heute, am Ende des Jahres 1983, zeigt sich allerdings, daß genau dies nicht eingetreten ist.

Die Art und Weise, wie die einzelnen volksdemokratischen, kommunistisch regierten Staaten Osteuropas (auch hier müßte man eigentlich „Mitteleuropa" oder, was den Balkan betrifft, „Südosteuropa" sagen) ihre Eigenständigkeit betonen, ist variabel. Sie hängt mit dem unterschiedlichen nationalen Temperament zusammen – aber sie ist überall festzustellen. Das hat zunächst nichts mit regimekritischer Opposition und erst recht nichts mit „Anti-Kommunismus" im überlieferten Sinne zu tun. Die herrschenden Parteikreise vieler osteuropäischer Länder, die einerseits ihre Bündnistreue zur Sowjetunion immer wieder betonen, halten es andererseits – fast möchte man sagen: dialektisch – für angebracht, sich bei jeder Gelegenheit vom sowjetischen Beispiel zu distanzieren. Die Ungarn betonen ihre Wirtschaftsreform, ihre guten Beziehungen zu Österreich, sie verweisen auf offene Grenzen und sprechen von enger Wirtschaftskooperation mit dem Westen. Sogar höchste Budapester Parteifunktionäre sagen inzwischen, es sei seinerzeit ein schwerer Fehler gewesen, in allem und jedem dem sowjetischen Beispiel zu folgen. Die bulgarischen Kommunisten äußern sich ironisch über die stalinistische Zuckerbäcker-Architektur in Sofia: So etwas, so sagen sie, passe nicht nach Bulgarien, weil dieses Land zum Süden gehöre und man folglich heiterer und leichter bauen müsse. Daß sich die Rumänen bei jeder Gelegenheit von Moskau distanzieren, ist allgemein bekannt. Selbst die „DDR" gewinnt eine gewisse eigene, deutsche Dynamik. Man kann nicht Friedrich den Großen auf der Straße Unter den Linden (übrigens in Sichtweite der monumentalen Sowjetbotschaft) aufstellen, ohne daß über kurz oder lang die Frage nach einer Stadt namens Kaliningrad gestellt wird, die einst als Königsberg vom Alten Fritz regiert wurde und die heute sowjetisch ist.



Die Nummer eins der östlichen Hegemonialmacht: Jurij Andropow FOTO: DPA

Das sowjetische Imperium muß sich darauf gefaßt machen, daß die Unabhängigkeitstendenzen an seiner Westgrenze immer stärker werden, je mehr die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, an Hitler, Stalin und alles, was danach kam, zu verblassen beginnt. Zugleich aber schwindet auch die marxistisch-leninistische Ideologie dahin. Der Glaube, daß aus dem Kommunismus das Heil der Menschheit erwachsen könne, mag an manchen westeuropäischen Universitäten noch einige Wohlstandsjünglinge bewegen – in Osteuropa bewegt er nicht einmal mehr die Parteikader. Die sehen nämlich ihr Heil nicht in der Weltrevolution, sondern in harten Deviseneinnahmen aus dem Westen. Oder, wie es ein höherer ungarischer Funktionär neulich westlichen Gästen sagte: Er hoffe, daß die Wirtschaftskrise im Westen bald überwunden sei und der Aufschwung komme, denn dann könne man endlich die Autobahn Wien–Budapest vierspurig ausbauen.

Sieht man auf die Raketen und die erdbraunen Uniformen der sowjetischen Divisionen, dann könnte man sagen: im Osten nichts Neues. Schaut man aber ein wenig unter die Oberfläche, dann meint man zu spüren, wie sich etwas bewegt – unmerklich, aber stetig.

IM GESPRÄCH Roland Dumas

Duzfreund im Ministerrat

Von Heinz Weissenberger



Mitterrands neuer Europa-Minister: Roland Dumas FOTO: AP

Frankreichs neuer Europa-Minister Roland Dumas, Rechtsanwalt und Abgeordneter in der Nationalversammlung, ist einer der engsten Freunde von Staatspräsident François Mitterrand und einer der wenigen, mit denen Mitterrand sich duzt. Die beiden kennen sich von der Widerstandsbewegung, in der Mitterrand unter dem Codenamen „Capitaine Morland" aktiv war.

Der Sozialist Dumas, 61, löst den Sozialisten André Chandernagor ab, der am 7. Dezember zum obersten Präsidenten des Rechnungshofs ernannt worden war. „Während Chandernagor jedoch als „ministre delegué" Außenminister Claude Cheysson unterstand, erhielt Dumas vollen Ministerrang und wird daher an den wöchentlichen Sitzungen des Ministerrats (Kabinetts) im Elyseepalast teilnehmen.

Dumas wurde am 23. August 1922 im zentralfranzösischen Limoges als Sohn eines Beamten geboren. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, deren Namen alle mit „d" anfangen, Delphine, David und Damien. In Frankreich ist er ebenso wegen seiner politischen Karriere wie als Star-Rechtsanwalt bekannt. Dumas plädierte in zahlreichen großen politischen Prozessen wie dem um die Entführung des marokkanischen Exilpolitikers Ben Barka in Paris und dem Prozeß um die Abhörmikrophone in der Redaktion der satirischen Wochenzeitschrift „Le Canard Enchainé".

Seit der Wahl vom Juni 1981, die eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit in der Nationalversammlung erbrachte, vertritt Dumas im Palais Bourbon den Wahlkreis Dordogne, in dem er den ehemaligen Giscard-Minister Yves Guena schlug. Er war mehrmals Abgeordneter, doch niemals im gleichen Wahlkreis und stets nur für kurze Zeit.

Sein politischer Weg von der „Konvention der republikanischen Institutionen" über die „Föderation der demokratischen und sozialistischen Linken" (FGDS) bis zur heutigen sozialistischen Partei (PS) folgte eng dem Mitterrands. Bereits als Parteichef und seit seiner Wahl zum Staatspräsidenten bediente sich Mitterrand häufig der Dienste von Dumas als „missi dominici" in delikaten diplomatischen Missionen.

So entsandte er Dumas zu Beginn der Tschad-Affäre im vergangenen August zu dem libyschen Präsidenten Oberst Khadhafi und vor wenigen Wochen zum Staatspräsidenten von Gabun, Omar Bongo, der nach der Veröffentlichung eines für ihn peinlichen Buches in Frankreich wirtschaftliche Repressalien gegen Paris verhängt hatte.

Die Ernennung von Dumas als neuer Europa-Minister mit vollem Ministerrang unterstreicht, wie in Paris betont wird, das Interesse des Staatschefs für Europa. Sie ist um so bedeutsamer, als sie kurz vor dem 1. Januar erfolgte, an dem Frankreich für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der EG übernimmt. Dumas wird in diesen Monaten das Auge, das Ohr und die ausführende Hand seines Intim-Freundes Mitterrand sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEINISCHE POST

Das Düsseldorfer Blatt befaßt sich mit Günter Grass und dem von ihm mitunterzeichneten Aufruf zum Widerstand gegen Regierung und Bundeswehr:

Wahrscheinlich sorgt Grass sich um den Frieden. Das tun alle, es ist auch sein gutes Recht, die derzeitige Bundesregierung und deren Politik einschließlich der Sicherheitspolitik scharf zu kritisieren. Aber Grass beraubt sich selbst jeder Glaubwürdigkeit, wenn er haßerfüllt polemisiert, statt zu argumentieren, was ja die Sache eines Schriftstellers wäre. Wer so redet wie Grass, findet nur noch billigen Beifall. Wer heute in der Bundesrepublik Deutschland zum Widerstand aufruft, weiß nicht, wovon er redet, oder ist bösartig. Gerade in Deutschland sollte mit dem Widerstand sorgsam umgegangen werden, noch leben ein paar von denen, die ihn gewagt haben, als damit das eigene Leben aufs Spiel gesetzt wurde, Grass weiß das selbstverständlich. Daß er dennoch das Wort mißbraucht, müßte ihm die Schamesröte ins Gesicht treiben. Oder andere müssen sich für ihn schämen.

WASHINGTON POST

„Grausames Endspiel im Norden Libanons" merkt die Zeitung zur Evakuierung der Arafat-Kämpfer an:

Im Norden Libanons wird ein grausames Endspiel ausgetragen. In seinem Mittelpunkt steht der PLO-Chef Yassir Arafat, der mit 4000 Kämpfern eine zweite libanesische Stadt – Beirut im September 1982, Tripoli ein Jahr danach – zur Geisel machte, indem von seiner Bewegung und seiner Position als ihr Führer rettete, was er noch retten konnte. Zum Nutzen Libanons sollte man Arafat auch dieses zweite Mal gehen lassen. Es scheint, als werde er überleben, ja sogar bald wieder auf der internationalen Bühne erscheinen. Aber hat er nicht eine Pflicht gegenüber denen, die ihn abziehen lassen? ... Yassir Arafats Karriere läßt kaum den Schluß zu, daß er Terror, taktisches Manövrieren und Doppelsinnigkeiten aufgeben und statt dessen einen offenen Kurs in Richtung einer Koexistenz mit Israel einschlagen wird. Es fragt sich, ob er sich zu diesem schwierigen Zeitpunkt dazu durchringen kann, den einzigen Weg einzuschlagen, der die Möglichkeit von Ergebnissen bietet.

LES ECHOS

Das Pariser Wirtschaftsblatt schreibt über die Wahlen in Japan:

Der japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone hat angesichts der Wahlergebnisse vom Sonntag allen Grund zur Bitterkeit. ... Er hat eine doppelte Kränkung erfahren. Die liberal-demokratische Partei ... wird die Mehrheit nur mit Hilfe von acht Unabhängigen behalten können, was die Flügelvertreter seiner Partei dem derzeitigen Ministerpräsidenten so schnell nicht verzeihen werden. Schlimmer noch: Tanaka, der noch vor einem Jahr ganz auf die Karte Nakasone gesetzt hatte, hält dessen politisches Schicksal jetzt mehr denn je in seiner Hand. Dieser Ministerpräsidenten-Macher, der vor einigen Wochen seinen Rücktritt verweigerte, hat einmal mehr gewagt und gewonnen. Wenn er auch selbst nicht mehr damit rechnen kann, höchste politische Ämter zu erhalten, so wird doch seine Einstellung die Gespräche zur Bestimmung des künftigen Regierungschefs mehr denn je beeinflussen. Wird es Nakasone gelingen, erneut seine Zustimmung zu erhalten und sich gleichzeitig von einem hinderlichen „Paten" abzusetzen? Ein fast unmöglich zu gewinnendes Spiel.

Der sechste Erdteil – ein gemeinsames Erbe der Menschheit?

Auch die Dritte Welt möchte von den Bodenschätzen der Antarktis profitieren / Von Manfred Neuber

Das ewige Eis der Antarktis hat für zwei tropische Staaten eine ganz besondere Faszination: Antigua, die winzige Insel in der Karibik, und Malaysia, das südostasiatische Dschungel-Land, wollen die Vereinten Nationen dazu bewegen, den sechsten Erdteil zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit" zu erklären.

Aus der Sorge, die Industrienationen könnten die Rohstoffe der Antarktis unter sich aufteilen und die Dritte Welt werde am Südpol zu kurz kommen, beauftragte der Politische Ausschuß der Vollversammlung den UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar, eine „umfassende Studie" über diese Region anfertigen zu lassen.

Somit kommt die Antarktis auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung der Vereinten Nationen, was die Mitglieder des Antarktis-Klubs – Ost und West einträchtig am selben Strang ziehend – für die laufende Sitzungsperiode noch verhindern konnten. Die potentielle „Schatzkammer des 21. Jahrhunderts" weckt weltweite Begierde.

Die Entwicklungsländer streben für die Antarktis eine internationale Regelung nach dem Muster der Verträge über die Nutzung des Weltraumes und des Meeresbodens an. Sie lassen dabei außer acht, daß am Südpol schon seit langem territoriale Ansprüche bestehen und internationale Abmachungen gelten, die sich wider alle Erwartungen bewährt haben.

Aufgrund des Antarktis-Vertrages, dem 16 Signatarstaaten und eine größere Anzahl beratender Mitglieder beitraten, ist der sechste Kontinent vom Wettrüsten, von Kernwaffentests und der Lagerung von Atommüll freigehalten worden. Es existieren ergänzende Übereinkünfte über den Schutz der Umwelt und der tierischen Ressourcen, und es werden seit kurzem Richtlinien für eine künftige Ausbeutung der Bodenschätze ausgearbeitet.

In einem solchen Kodex für den Abbau mineralischer Ressourcen sehen die jungen Nationen, die nicht den Einstandspreis für den Antarktis-Klub zahlen können, der in wissenschaftlichen Unternehmungen am Südpol besteht, eine insgeheime Kartell-Absprache der reichen Nationen. Mit der These vom „gemeinsamen Erbe der Menschheit" soll ihnen das Hausrecht in der Antarktis bestritten werden.

Von den Mitgliedern des Antarktis-Klubs, darunter die Bundesrepublik Deutschland, werden egoistische Motive in Abrede gestellt. Man ist durchaus zu einer Öffnung des Zugangs zum südpolaren Gebiet bereit, möchte aber die beispielhafte Zusammenarbeit von Ost und West, wie sie seit 1959 besteht, gewahrt sehen. Die Vorstellung von einer UNO-Schirmherrschaft in der Antarktis weckt dagegen unliebsame Ahnungen.

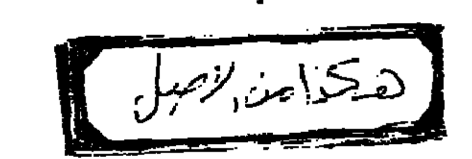
Es versteht sich allerdings von selbst, daß die Nationen, die seit Jahrzehnten in der Antarktis-Forschung tätig sind, und jene Länder, die unmittelbar an die Antarktis angrenzen, bei den Zukunftsplänen ein entscheidendes Wort mitreden wollen. Insofern kommt es ihnen wohl zu, gewisse Vorrechte gegenüber Neulingen wie Antigua und Malaysia geltend zu machen.

Unter dem Dach des Antarktis-Vertrages, der alle Gebietsansprüche ohnehin auf 25 Jahre eingefroren hat, sitzen die noch im Kriegszustand befindlichen Argentinier und Briten an einem Tisch, lassen Amerikaner und Sowjets ihre sonst alle beiderseitigen Beziehungen belastenden Konflikte aus dem Spiel. Soviel Kooperation wie im ewigen Eis hat die Weltorganisation sonst nur selten aufzuweisen.

Zwei Großmächte in der Dritten Welt, Brasilien und Indien, versprechen sich anscheindend wenig von dem malaysischen UNO-Vorstoß zum Südpol. Um eine sichere Option auf eine künftige Beteiligung an der Nutzung der Antarktis zu erlangen, traten beide Staaten kürzlich dem Antarktis-Klub als beratende Mitglieder bei, nachdem sie mit wissenschaftlichen Expeditionen im südpolaren Sommer der vergangenen Jahre die Ernsthaftigkeit ihres Interesses unter Beweis gestellt hatten.

In den Augen militanter Vertreter der Dritten Welt kommt ein solches Vorgehen fast Hochverrat gleich. Andere Entwicklungsländer ließen sich von den Staaten des Antarktis-Klubs durch eine schlüssige Argumentation über die Vorzüge des bestehenden „antarktischen Regimes" insoweit beeindrucken, daß die UNO-Offensive nur halbherzig unterstützt werden wird.

Malaysia hat sich auf ungewohntes Glatteis begeben. Wenn sein Außenminister jetzt erklärt, bei dem Einsatz, die Antarktis zum gemeinsamen Erbe der Menschheit zu erklären, handele es sich nicht um ein „Publicity-Ereignis", schwingt wohl etwas Bedauern darüber mit, wie wenig internationaler Lorbeer dabei für Kuala Lumpur abfällt. Inzwischen wird man sich auch der Tatsache bewußt, daß die Einschaltung der Vereinten Nationen dazu beiträgt, die 16 Staaten des Antarktis-Klubs näher zusammenzubringen und die Kodifizierung eines Rohstoff-Abbaus auf dem sechsten Kontinent voranzutreiben. So wäre am Ende das Gegenteil von dem erreicht, was die vermeintlich Benachteiligten durchsetzen wollen.



Minister Lambsdorff: Ich bin guten Gewissens und unschuldig

Nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl gab gestern Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff folgende Erklärung ab:

Die Staatsanwaltschaft Bonn hat gegen mich Anklage wegen des Verdachts der Bestechlichkeit nach Paragraph 332 Absatz 3 Ziffer 2 des Strafgesetzbuches erhoben. Meine Verteidigung wird beim Landgericht Bonn beantragen, die Anklage nicht zur Hauptverhandlung zuzulassen.

Nach sorgfältiger Überlegung, nach gründlicher Lektüre der Anklageschrift, nach Gesprächen mit dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei habe ich mich entschlossen, das Amt des Bundeswirtschaftsministers weiter auszuüben. Der Bundeskanzler und der Vizekanzler haben mich in dieser Entscheidung unterstützt.

Ich habe mir diese Antwort auf viele Fragen der vergangenen Wochen nicht einfach gemacht und weiß, daß sie begründet und erläutert werden muß. Ich verstehe die Zweifel, ob ein Bundesminister im Amt bleiben kann, der unter Anklage steht. Ich habe mir selbst immer wieder diese Frage gestellt als sich die Entscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft abzuzeichnen begann.

Ohne jede Einschränkung und ohne jeden Abstrich wiederhole ich die Erklärung, die ich im November 1982 in meinem Wahlkreis abgegeben habe: Seit meinem Amtsantritt als Bundesminister für Wirtschaft habe ich keine einzige Mark von der Firma Flick erhalten, vermittelt oder angefordert. Ich bin in dieser Sache guten Gewissens und unschuldig.

Heute füge ich hinzu: Selbst die Staatsanwaltschaft Bonn hat mir weder pflichtwidriges noch eigennütziges Verhalten unterstellt.

Das gute Gewissen ist die Grundlage meiner Entscheidung, aber nicht der einzige Grund für den Entschluß, das Amt des Bundesministers für Wirtschaft weiter auszuüben. Beim Abwägen aller Argumente, die für und gegen ein Verbleiben im Amt sprechen, hat bei mir eine andere Überlegung mehr und mehr Gewicht bekommen: Ich stehe den Wählern mit dafür ein, daß ein bestimmtes Regierungsprogramm verwirklicht wird. Ich meine, ein Minister würde seiner politischen Verantwortung nicht gerecht, wenn er aus dem Amt geht, obwohl er die ihm vorgeworfene Handlung nicht begangen hat. Er darf sein Amt nicht nahezu automatisch auf die Entscheidung einer weisungsgebundenen Behörde niederlegen.

Nach meinem Verständnis ist ein Minister als Mitglied eines Verfassungsorgans anders als der Beamte, der in einer vergleichbaren Situation möglicherweise beurlaubt würde, wegen der ihm auferlegten besonderen Verantwortung geradezu verpflichtet, mit aller Sorgfalt abzuwägen, ob die gegen ihn erhobenen juristischen, politischen und publizistischen Vorwürfe es erfordern, das ihm anvertraute Amt aufzugeben oder nicht. Er muß dabei auch die Frage bedenken, ob es nicht vielmehr seine Pflicht sei, dieses Amt trotz der mit einer Anklage verbundenen Belastung gerade und erst recht wahrzunehmen.

Eine solche Abwägung ist nicht ohne sorgfältige rechtliche und auch politische Beratungen und Erkundungen möglich.

Die rechtlichen Fragen habe ich mit meiner Verteidigung ausführlich erörtert. Das Ergebnis ist: Die Vorwürfe der Anklageschrift sind nach meiner festen Überzeugung nicht stichhaltig. Die Anklage ist insgesamt unbegründet. Ich verzichte darauf, an dieser Stelle auf die einseitige öffentliche Beweiswürdigung zu antworten, die von der Staatsanwaltschaft Bonn in einer Pressekonferenz vorgenommen worden ist. Diese Antwort gehört vor das ordentliche Gericht, das über die Zulassung der Anklage zu entscheiden hat.



Otto Graf Lambsdorff FOTO: SCHULZE-VORBERG

In einer solchen Situation bedarf es zugleich des politischen Vertrauens und der Solidarität des Bundeskanzlers, der Kabinettskollegen, der Koalitions-Fraktion im Deutschen Bundestag, der eigenen Partei. Ich habe diese Solidarität vor und nach der Anklageerhebung in bewegender Weise gespürt, nicht nur in der Abstimmung über den Entlassungsantrag der parlamentarischen Opposition. Der Bundeskanzler hat mir sein Vertrauen ausgesprochen, der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei steht mit unserer Partei fest zu mir. Wäre es anders gewesen, hätten die rechtlichen Überlegungen nicht genügt, um mein Amt weiter wahrzunehmen. Aber tatsächlich ist diese Unterstützung über die Regierungsmehrheit im Parlament deutlich hinausgegangen.

Angriffe und Kritik können einen Politiker guten Gewissens nicht veranlassen zu resignieren. Das gilt auch gegenüber jenen öffentlich erhobenen Stimmen, die ernst zu nehmen sind, deren Besorgnis und Argumente ich achte und die in meine Überlegungen eingegangen sind, bevor ich mich anders entschieden habe, als sie es für richtig halten. Ich verstehe andere Meinungen in dieser Frage, aber ich kann sie nicht teilen.

Ernste oder auch nur vorgebliche Besorgnis ist lautgeworden, die normale Arbeitsbelastung eines Ministers und seine gleichzeitige Inanspruchnahme durch das Verfahren seien eine zu große, nicht mehr zu bewältigende Belastung. Wer das befürchtet, irrt sich. Auch in den vergangenen Monaten hat es gleiche, vielleicht noch stärkere als die zu erwartenden Belastungen gegeben. Ich habe daraus den begründeten Schluß gezogen, daß sie durchzuhalten und die ministeriellen Aufgaben dennoch voll zu erfüllen sind.

Nachdenklich stimmt der Hinweis, das laufende Verfahren könnte die Vertretung deutscher Interessen im Ausland behindern. Wäre es so, würde mein Verbleiben im Amt der Bundesrepublik Deutschland schaden. Es ist nicht so. Ich habe das nicht nur auf den jüngsten internationalen Konferenzen erfahren, an denen ich nach der Anklageerhebung teilgenommen habe. Mit aller gebotenen Zurückhaltung stelle ich fest: Ich kann mich auf das in den vielen Jahren meiner Tätigkeit erarbeitete Ansehen im Ausland verlassen. Zahlreiche Zuschriften meiner ausländischen Gesprächspartner bestärken mich in dieser Überzeugung. Die einmütige Entscheidung der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP, den Antrag der Opposition auf meine Entlassung abzulehnen, hat ihre Wirkung ganz besonders im Ausland nicht verfehlt.

Ich hänge und klebe nicht am Amt eines Bundesministers. Aber ich lasse mich nicht wegen unbegründeter Vorwürfe aus dem Amt herausdrängen. Sicher gibt es Kräfte, die diesen Schritt provozieren wollen. Ich bin nicht bereit, derartige Erwartungen zu erfüllen.

Ich habe für viele Hunderte von Briefen zu danken, die mir in diesen Tagen aus allen Gruppen unseres Volkes, aus allen Altersjahrgängen, aus vielen parteipolitischen Richtungen geschrieben worden sind. Diese Zuschriften haben mich tief berührt. Fast ausnahmslos haben sie zum Bleiben, zum Durchhalten, zum Weitermachen aufgefordert. Sie haben mir Kraft gegeben. Ich darf diese Bürger nicht enttäuschen.

Ebensowenig darf ich meine Partei enttäuschen. Die einmütige Unterstützung durch die Freie Demokratische Partei in dieser schwierigen Situation ist in meinem politischen Leben eine beispiellose Erfahrung. Die FDP erwartet, daß ich dazu beitrage, den uns erteilten Wählerauftrag vom 6. März 1983 zu erfüllen. Ich will dieser Erwartung gerecht werden.

Meine Verteidigung, die den konkreten Vorwurf der Anklage erst wenige Minuten vor der Pressekonferenz der Bonner Staatsanwaltschaft erfahren hat, wird nunmehr das erforderliche Entlastungsmaterial dem Gericht vorlegen. Sie wird beantragen, die Anklage nicht zur Hauptverhandlung zuzulassen. Das Landgericht Bonn wird klären, ob diese Anklage ein öffentliches Gerichtsverfahren wert ist.

Meine Arbeit als Bundesminister für Wirtschaft geht weiter.

„Ausschließlich politische Bedeutung"

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Peter Boenisch, erklärte:

Bundeskanzler Helmut Kohl führte in Beisein des F. D. P.-Vorsitzenden, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, ein Gespräch mit Bundesminister Otto Graf Lambsdorff.

Gegenstand des Gesprächs waren die politischen Auswirkungen, die sich aus der Anklageerhebung durch die Bonner Staatsanwaltschaft ergeben.

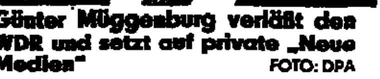
Der Bundeskanzler, der F. D. P.-Vorsitzende und Bundesminister Graf Lambsdorff teilen die Auffassung, daß sich aus der Begründung der Anklageschrift keine Umstände ergeben, die es nahelegen, vor einer Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens von der bisherigen politischen Bewertung abzugehen.

Der Bundeskanzler betonte, daß die Entscheidung für das Verbleiben von Bundesminister Graf Lambsdorff im Amt ausschließlich politische Bedeutung habe und deshalb das Verfahren nicht berühre, das jetzt in der Hand unabhängiger Richter liege.



Günter Müggenburg verläßt den WDR und setzt auf private „Neue Medien" FOTO: DPA





Die WAZ-Konzernmanager Erich Schumann (links) und Günter Grotkamp sorgen für Aufregung und setzten Signale für die Zukunft. FOTOS. STUCKMANN/SVEN SIMON



Viel Gerüchte um den australischen Großverleger Lord Murdoch [illegible]

Private Fernseh-Signale aus Essen

„Neue Medien" heißt das Reizwort für Verleger und öffentlich rechtliche Rundfunkanstalten. Die WAZ-Gruppe warb jetzt einen bekannten TV-Journalisten ab und machte ihn zum „Generalbevollmächtigten für neue Medien". Ein Startschuß für das private Fernsehen.

Von WILM HERLYN

Die alten Medien dürfen nicht ins Hintertreffen geraten", kommentiert Siegfried Maruhn, Chefredakteur des auflagestärksten deutschen Abonnementblattes „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) die in „heftige Bewegung geratene Medienszene". Wer da nun kräftig mitmischt und anrührt sind Maruhns Arbeitgeber selbst.

Die WAZ-Konzernmanager Erich Brost, Erich Schumann und Günter Grotkamp sorgen mit der Verpflichtung des WDR-Fernsehmannes Günter Müggenburg als Generalbevollmächtigten für Neue Medien nicht nur für Aufregung, sondern setzen Signale. Denn der umständliche Titel besagt nichts anderes, als daß die WAZ-Gruppe aus Essen selbst Fernsehen machen will, frei von den Zwängen des öffentlich-rechtlichen Systems.

Wie wohl überlegt und generalstabsmäßig Schumann & Co. ihr Vorhaben in die Tat umsetzen, beweist das sorgfältige Vorgehen: Zuerst war eine Beteiligung am Satelliten von Radio Luxemburg geplant. Die Entscheidung, zunächst aber ein Programm auszustrahlen, das nicht das Auflagengebiet der in der WAZ-Gruppe zusammengeschlossenen Zeitung erreicht, ließ dieses Projekt zunächst begraben. Inzwischen ist sich Bertelsmann mit Luxemburg handelseinig geworden. Ein Auge warfen die Konzern-Manager auch auf das künftige Kabelpilotprogramm in Dortmund. Als dieses aber in der vergangenen Woche den Düsseldorfer Landtag passierte und die SPD-Mehrheit dabei klarstellte, daß private Anbieter nicht zugelassen werden, erlosch das Interesse.

Jetzt wird die WAZ zusammen mit anderen deutschen Großverlagen in Ludwigshafen ein eigenes Fernsehprogramm starten. Das geschieht über den schon am Himmel stehenden europäischen Kommunikationssatellit ECS-1, dessen Signale vom 1. Juni 1984 mit großen Parabolantennen aufgefangen und erheblich verstärkt in das Breitbandkabel eingespeist werden.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt geraten dazu die SPD-regierten Länder, die sich bis dato nicht durchringen konnten, ob es neben dem öffentlich-rechtlichen auch einen privaten Kanal geben soll, in Zugzwang: Zwar wird es erst nur beim Kabeltest in Ludwigshafen privates Fernsehen geben, doch könnten auch in anderen unionsregierten Ländern Lizenzen zur Verbreitung der ECS-Programme über Kabel beantragt werden. Die Gefahr, daß die Bundesrepublik „in rundfunkrechtliche Kleingärten parzelliert wird" (so Hamburgs SPD-Bürgermeister Klaus von Dohnanyi) ist groß.

Die WAZ-Herren indes fechten diese kleindeutschen Probleme nicht an. Die Gerüchte wollen nicht verstummen, daß sie ihre Fühler ins Ausland vorgestreckt haben und nach einer europäischen Lösung suchen. Dabei ist auch der australische Großverleger Lord Murdoch, dem unter anderem die Londoner „Times" gehört, im Gespräch. Wenn nun Müggenburg gegenüber der WELT erklärt: „Dazu kann ich nichts sagen", so ist er doch voll des Lobes über die Vorarbeit des Konzerns. Sein knappes, aber beredtes Urteil: „Äußerst gut, äußerst interessant, äußerst richtig."

Auch auf dem Bereich der Printmedien hatten sich die WAZ-Herren vorsichtig Schritt um Schritt vorgetastet. Vor 35 Jahren belief sich die Auflage der „Westdeutsche Allgemeine" auf noch 250 000 Exemplare. Heute beträgt die Gesamtauflage der WAZ-Blätter nach Zukauf und Übernahmen anderer Titel etwa 1,3 Millionen täglich. In dem Gebiet von der niederländischen Grenze bis hinein in das Sieger- und Sauerland ist die Medienlandschaft voll im Griff dieser Gruppe. Unter dem Konzerndach arbeiten unabhängig voneinander die Redaktionen der WAZ, der „Neuen Rhein/Ruhr Zeitung" (NRZ), der „Westfälischen Rundschau", der „Westfalenpost", aber auch mehr als 60 Anzeigenblätter.

Dabei entsteht nun zum Beispiel für den Chefredakteuer der Westfälischen Rundschau, Günter Hammerm eine kuriose Situation. Er ist gleichzeitig Verwaltungsratsmitglied des WDR auf der SPD-Bank und wettert alleweil gegen den Privatfunk. Nur kommt er womöglich gar in schwierige Überlegungen, wenn er das von dem FDP-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann angekündigte Volksbegehren für den Privatfunk kommentieren will.

Derweil schimpft der [illegible] „Medienkoalition aus [illegible] und Konzernen, [illegible] macht gegen den WDR [illegible] Führungsetage des [illegible] ses in Köln [illegible] ze über den Weggang [illegible]

Längst schon [illegible] lich-rechtliche System [illegible] der Journalisten [illegible] Geborgenheit [illegible] machte der Chefredakteur der „Neuen Ruhr Zeitung [illegible] sen, der das Angebot [illegible] ausschlug, Intendant [illegible] Freies Berlin zu werden [illegible] nun Joachim Sobotta [illegible] seldorfer „Rheinische Post" [illegible] nicht die Nachfolge von [illegible] ner Hübner als Fernsehdirektor [illegible] WDR antreten will [illegible] schlag nun der Weggang [illegible] Müggenburg in die Privatwirtschaft.

„Wenn das so weitergeht [illegible] sich unsere Personalsorgen [illegible] selbst, dann lösen wir uns [illegible] mentierte nun ein führender WDR-Mitarbeiter in Köln. Denn in den kommenden 30 Monaten sind fast alle Spitzenpositionen neu zu besetzen: Zuerst der Fernsehdirektor (Heinz Werner Hübner), dann der TV-Chefredakteur (der neu verpflichtete Gerd Ruge erhält nur einen Zwei-Jahres-Vertrag), der Intendant selbst, nachdem Friedrich Freiherr von Sell erklärt hat, er werde 1985 nicht noch einmal kandidieren, und schließlich auch der Hörfunk-Direktor Martin Jenke.

Am meisten aber ärgert sich zur Zeit die Düsseldorfer Staatskanzlei. Dort geht inzwischen ein geflügeltes Wort umher: „Die Personalpolitik des WDR rauscht an uns vorbei wie ein Intercity an einem Dorfbahnhof."

Der Lichterglanz von Washington scheint trübe

Tausende von Amerikanern sind in der Vorweihnachtszeit Gäste des Ehepaars Reagan im Weißen Haus. Doch auch der Glanz der Kerzen kann Schatten der Gegenwart nicht überdecken.

Von THOMAS KIELINGER

Die stattliche Tanne spreizt ihre sechs Meter in die Höhe des „Blue Room" im Weißen Haus, umgarnt und beladen von historischen Puppen, Puppenmöbeln und Figuren, die das Strong Museum aus Rochester, Bundesstaat New York, dem Ersten Ehepaar des Landes für die Dauer der Weihnachtssaison zur Verfügung gestellt hat.

Am Fuße dieses prachtvollen Gewebes stehen Mr. und Mrs. Reagan, zwei treue Patrioten, die die Pflichten des Amtes zur Weihnachtszeit auf sich nehmen im Geiste stoischer Gutgelauntheit. Es heißt stehen und stehen, Abend für Abend, und die Tausende von Gästen begrüßen, die da lindwurmartig sich vorbeiwälzen, um ihr „Merry Christmas" abzuliefern. „Well, how do you do, Sir", überschüttet der Präsident den Besitzer der Hand, die sich ihm jeweils entgegenstreckt, und: „Nice to meet you, madam", das er der besseren Hälfte vorangeschickt hat.

Nancy, von der unlängst von ungnädiger Seite behauptet wurde, sie schaue drein wie eine alternde Barbie-Puppe, hat diesmal einen lächelnd-leidenden Blick aufgesetzt, an dem nun wirklich nichts Gekünsteltes ist. Davon überzeugt ein übergroßer weißer Zettel, den man ihr kunstlos quer über die Brust geheftet hat, wodurch der gelungene Wurf ihres hochgeschlossenen langen, rustikal gefalteten Kleids leider gänzlich verdorben wird.

Aber wenn Tausenden von Besuchern die Frage auf den Lippen liegt, warum die First Lady denn überhaupt nichts sage, wo sie so viele gute Wünsche in Empfang nehme – dann muß man mit der Erklärung schon deutlich sichtbar an die Öffentlichkeit gehen. Und so erfährt das vorbeidefilierende Publikum mit gebührendem Schrecken, was da auf dem Schild geschrieben steht: „Fröhliche Weihnachten, ich habe Laryngitis. Sorry."

Ronald Reagan macht alles, was Nancy sagen oder zu sagen wünschen würde, wett. Er steht, halb in Bewegung, streckt neben der Hand, die das Schütteln absolviert, auch immer den linken Arm vor, so als wolle er den Ellbogen des Besuchers mitergreifen, zur Versicherung oder zum Einverständnis. Gestik und Mimik verraten ein urwüchsiges Talent zur Kommunikation, und es ist einfach nicht wahr, daß Reagan dieses nur dem Rahmen verdankt, der ihn berühmt gemacht hat: der Filzleinwand und dem Fernsehen. Oder wie wollte man es sich erklären, daß unter den drei bisherigen Amtsjahren Reagans das amerikanische politische System eine neue Hochblüte der „innerbetrieblichen" Zusammenarbeit erlebt hat, ein so nicht mehr für möglich geglaubtes Maß an Gemeinsamkeit zwischen Exekutive und Legislative?

Das wird man wohl kaum dem verblichenen Glanz des Mr. Nice Guy aus Hollywoods B-Movie-Tagen zurechnen dürfen, sondern der nach wie vor unverbrauchten beziehungsstiftenden Substanz eines amerikanischen Phänomens, genannt Ronald Reagan. Zu seinem Vorrat an Rezepten gehört wesentlich die Kompromißfähigkeit, wenn die andere Seite ihrerseits Willen zum Kompromiß, das heißt zum politischen Durchbruch, zeigt. So hat Reagan unter dem Banner der „Überparteilichkeit" an mehreren seiner Programme – Steuergesetzgebung, Rentenpolitik, strategische Planung – beträchtliche Abstriche angebracht, diese Programme damit aber über die Klippen zermürbenden innenpolitischen Streits gerettet und in den sicheren Hafen nationaler Politik gebracht.

Wie er da steht und den Diplomatischen Vertretern, der Presse und der gesellschaftlichen Prominenz die Honneurs anbietet, scheint ein Anflug von bitterer Erfahrung hinzuzutreten. Es ist nicht alles Gold, was da unterm Tannenbaum anno 1983 im Weißen Haus tausendfaltig glänzt. Irgendwie schien der Präsident noch im Jahr zuvor aufgeräumter, fast ausgelassener zu sein. Diesmal hält ihn etwas zurück, weist die freundliche Laune in die Schranken präsidentieller Einsamkeit. Reagan 1983 hat zu verantworten, was zwölf Monate zuvor noch nicht im nationalen Buch von Soll und Haben aufgetaucht war: Der Tod von 279 amerikanischen Soldaten auf fremden Kriegsfeldern. Libanon, Grenada und immer wieder Libanon.

Diese Bilanz ist an Ronald Reagan nicht spurlos vorübergegangen. Sie hat ihn an die das Tragische streifenden Aspekte des Präsidentenamtes erinnert, eine Verantwortung, die weniger in sich gefestigte Gestalten erdrücken müßte. Die öffentlichen Reden des Mannes verraten wenig von der persönlichen Qual, der sich Reagan unterzieht, indem er jetzt mit jeder Familie, die einen der ihren verloren hat, persönlich in Kontakt tritt, telefonisch mit den einen, brieflich mit den anderen. Er will nicht ausweichen den individuellen Konsequenzen von Entscheidungen, die mit seiner Politik und den Wirkungen, die sie hervorbringt, zusammenhängen. Das ist seine Brücke zwischen historischer Darstellung und persönlichem Erleben, zwischen der Pflicht und dem Sentiment, dem Amt und dem Ich.

Für die Amerikaner – und die übrige Welt – ist damit signalisiert, daß diese Regierung auch nicht ein einziges Soldatenleben zu verschenken hat. Ronald Reagan verfügt nicht über einen Blankoscheck für unlimitierte militärische Abenteuer, und wer das Gegenteil behauptet – wie es leider in den europäischen Medien seit Jahren blindlings geschieht – verkennt sowohl die Natur dieses Präsidenten als auch vollkommen die nach Vietnam erwachsene Sensibilität der Amerikaner selber.

Im Kegel des Lichterglanzes, der von der Tanne in Blue Room des Weißen Hauses ausgeht, scheinen die Konflikte des ausgehenden Jahres 1983 wie überstrahlt. Der Kongreß ist in Ferien, die Presse tanzt, der Dollar erlaubt (freilich nur für Amerikaner) billige Auslandsferien, und Ronald Reagan lächelt.

USA alarmiert / Zunehmend gelangt gesperrte Hochtechnologie in die Sowjetunion / Jüngstes Beispiel: Computer VAX 11/782

Die geheimnisvollen Ost-Geschäfte des Herrn Müller

Von HERMANN RENNER

Am 20. November klingelten im sonntäglich verschlafenen Freihafen der südschwedischen Stadt Hälsingborg die Telefone. Stockholm, Hamburg und Bonn, Engländer und Amerikaner waren an den Apparaten. Schwedens Zoll sollte drei Container beschlagnahmen, die am Vortage mit dem heimischen Frachter „Elgaren" angekommen waren.

Die korrekten Beamten zeigten sich widerborstig: Ohne richterliche Anordnung sei das nicht möglich, und einen Richter könnten sie so schnell nicht auftreiben. Am Montag, dem 21., waren die neutralen Nordländer erleuchtet. Carl-Johan Aaberg, Unterstaatssekretär im schwedischen Außenhandelsministerium, erklärte auf Anfrage der „United Press International", die Container stünden jetzt unter Bewachung und könnten vorerst Schweden nicht verlassen.

Die Telefon-Hektik war eines von ungezählten Scharmützeln im unterirdischen Krieg zwischen den amerikanischen Sicherheitsdiensten, denen westliche Zöllner mehr oder minder willig an die Hände gehen, und international arbeitenden Geschäftsleuten, die ihrerseits von östlichen Diensten gelenkt, jedenfalls aber ins Brot gebracht werden. Auf dem Spiele stehen monströse Summen. Die Handelsmänner liefern gesperrte Hochtechnologie auf abenteuerlichen Umwegen in die Sowjetunion. Und Deutsche haben eine Spitzenstellung in diesem Geschäft.

Die in Schweden sistierten Container enthalten einen kompletten VAX 11-782-Computer, ein elektronisches Führungssystem, speziell für Raketen, ein System, das die Sowjets in dieser Qualität vorerst nicht bauen können. Das System darf aus den Vereinigten Staaten nur mit Sondergenehmigung der Zollbehörde – faktisch des Pentagons – ausgeführt werden.

Daß es trotzdem bis nach Südschweden gelangte, verdankt es der Kreativität eines offenbar außergewöhnlichen Norddeutschen, der unter dem Namen Müller den Spürsinn des FBI, der CIA, des britischen MI 5 und, nachgeordnet natürlich, auch des Bundesnachrichtendienstes beschäftigt – ohne, daß es bislang zu einem Prozeß oder auch nur zu einer Festnahme gekommen wäre.

Dazu muß man nun wissen, daß die Vereinigten Staaten seit Beginn des Kalten Krieges und seit sie begriffen haben, daß die Entwicklung der sowjetischen Atombombe sowohl wie die raschen russischen Fortschritte auf dem Gebiete der Raumfahrt, in hohem Maße auf der Nutzung westlicher, vornehmlich amerikanischer Technologie beruhen, solch kommunistischer „Schnorrerei" Steine in den Weg zu legen suchen.

Im Laufe der Zeit wurde die Liste „strategischer Güter", deren Ausfuhr in Länder des Ostblocks verboten ist, länger. Und da sich im Computer-Zeitalter nur noch schwer auseinanderhalten läßt, was zivilen und was eventuell militärischen Zwecken dient, gerieten immer weitere Bereiche gerade der fortschrittlichsten Technik auf die Embargo-Listen.

Weil andererseits die westliche Welt prinzipiell auf freien Verkehr von Waren und Kenntnissen abstellt, weil Innovation und Kreativität als konstituierende Elemente gelten, entstanden alsbald Spannungen – und sie werden anhalten, so lange sich die beiden Systeme unversöhnlich gegenüberstehen.

„Co-Com" regelt, was ausgeführt werden darf

Um den Austausch mit den fortgeschrittenen Ländern Europas und Asiens einigermaßen sicherzustellen, und dennoch den Herrschaftsraum des Warschauer Pakts kurz zu halten, wurde in den 50er Jahren in Paris ein Gremium installiert, dessen Publizität in umgekehrtem Verhältnis zu seinem tatsächlichen Einfluß steht: das „Coordinating Committee for East-West Trade Policy", kurz „Co-Com" genannt. Diese winzige, aber mächtige Behörde regelt, was die Westeuropäer und auch die Japaner in den Comecon-Bereich ausführen dürfen. Ihre Entscheidungen werden von den nationalen Regierungen stillschweigend akzeptiert: In Zeiten nachlassender globaler Spannung wird das Embargo lässiger gehandhabt, in Konfrontations-Perioden werden die Zügel straff gezogen.

In Europa sind lediglich die Neutralen, also die Schweiz, Österreich, Schweden und Finnland nicht im Co-Com vertreten. Doch auch sie respektieren die von Washington gezogenen Grenzen: Fällt nämlich den Amerikanern auf, daß bestimmte Sendungen, die etwa von Schweizern gekauft wurden, anschließend nach Ungarn oder Bulgarien weiterreisen, so droht der Schweiz eine Liefersperre für solche Geräte. Bei der Prädominanz der

Das Geschäft mit dem Computer blüht – nicht nur im legalen Bereich. Das Abgrenzungsproblem zwischen rein wirtschaftlich oder auch militärisch nutzbarer Elektronik hat internationale Spionagekreise auf dieses einträgliche Geschäft aufmerksam gemacht. Allein die US-Zollverwaltung hat seit 1981 über 350 Fälle zur rechtlichen Verfolgung gemeldet. Bisher gab es 211 Verurteilungen. Jüngst konnte die Auslieferung des amerikanischen Computersystems VAX 11/782 an die Russen mit Hilfe des deutschen Zolls in letzter Sekunde gestoppt werden. Das Beispiel VAX 11/782 – mit dem System könnte Moskau die Zielgenauigkeit seiner Raketen verbessern – demonstriert, mit welchen Methoden heute in diesem „Geschäft" gearbeitet wird.

Amerikaner in nahezu jeder Spitzentechnologie sind im allgemeinen die Partner vorsichtig mit dem Weiterverkauf von Anlagen, von dem sie wissen, daß ihn die Vereinigten Staaten nicht wünschen.

Streitpunkte innerhalb des kapitalistischen Lagers entstehen dort, wo es um die Lieferung von Technologie geht, die sowohl im zivilen wie im militärischen Bereich verwendet werden kann. Während einleuchtet, daß eine Fliegerabwehr-Waffe, wie etwa die amerikanische, von der Schulter gefeuerte, hitzesuchende Rakete „Redeye" nicht geliefert werden darf, entsteht sofort böses Blut, wenn es sich um Gerät für einen auf den ersten Blick friedlichen Zweck handelt, so etwa, als Präsident Carter der US-Firma Sperry die Lieferung eines Großcomputers „Univac 1100" verbot, den die Sowjets im Jahre 1978 für das Rechenzentrum der Olympischen Spiele in Moskau haben wollten. Der Computer wurde dann später doch noch geliefert; die Europäer wollten das Embargo in diesem Fall nicht akzeptieren.

Wie kompliziert die Thematik ist, zeigt der – fast anstandslose – Verkauf zweier gigantischer Trockendocks, deren Bau mit eigenen Mitteln der Sowjetunion erst nach mehrjährigen Infrastruktur-Vorarbeiten möglich gewesen wäre. Das erste Dock ging 1978 nach Wladiwostok und dient seither der sowjetischen Pazifikflotte. Das andere liegt seit 1981 in Murmansk. Es ist integraler Teil der Nordmeer-Flotte (Atlantik).

Nur in diesen beiden Docks können die neuen Träger der Kiev-Klasse (Senkrechtstarter-Basen) gewartet werden. Erst recht lassen sich nur in diesen beiden Docks auch die den amerikanischen Einheiten ebenbürtigen Großträger versorgen, über die Moskaus Flotte voraussichtlich ab Beginn der 90er Jahre verfügen wird.

Gegenwärtig ist CoCom auf amerikanisches Betreiben dabei, die Embargo-Listen wieder einmal auf den neuesten Stand zu bringen – und zu erweitern.

Die Transponierung in deutsche Embargo-Regeln geht dann, wie bisher schon, über das „Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft", das in Eschborn seinen Sitz hat; dort müssen die Exporteure die Ausfuhrgenehmigungen beantragen. Die Kontrolle obliegt dem Zoll.

Daß über den ganzen Mechanismen ein Grauschleier liegt, hat viele Gründe:

- die wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Nationen differieren;
- die nationalen Industrien wollen exportieren, während die Militärs für Abschottung plädieren und schließlich, aber nicht zuletzt,
- westliche Industriefirmen wollen sich nicht in die Karten sehen lassen.

Generell läßt sich sagen, daß Handel mit Spitzentechnologie auf den Binnenmärkten im allgemeinen frei ist, bei Grenzüberschreitung, vor allem bei Lieferung aus den USA, in ein anderes westliches Land gewissen Kontrollen unterliegt, beim nicht ausdrücklich genehmigten Durchstoßen des Eisernen Vorhangs hingegen strafbar wird.

Die Aktivitäten des Commodore Dieter Gerhardt

Die Container in Hälsingborg, die am 21. November festgehalten wurden, und die offenbar zugehörigen Kisten mit Software, die seither und noch in dieser Woche in Malmö und Stockholm vom schwedischen Zoll aufgespürt wurden, erlauben Einblick in ein weltweites Szenario, wie er bislang so deutlich nicht möglich war.

Die Geschichte des oder der Computer VAX 11-782 ist abenteuerlicher, als John le Carré sie sich hätte ausdenken können. Ursprünglich verschiffte die US-amerikanische „Digital Equipment Corporation" zwei dieser Systeme, ordnungsgemäß deklariert und freigegeben, bestimmt für den südafrikanischen Marine-Stützpunkt Simonstown. Dort kamen die Container zwar an, wurden aber unter vorerst undurchsichtigen Umständen umgeladen. Sie schwammen alsbald auf der „Elgaren" Richtung Hamburg, jetzt mit neuen Papieren, die eine neue Verkäuferfirma und eine neue Empfängerfirma aufwiesen; beide – „Optronix" in Kapstadt, wie „Integrated Time" in Luzern – gehörten Herrn Müller.

Von dem Elbehafen aus sollte die Ladung über Schweden weitergehen in einen sowjetischen Ostsee-Hafen. Inzwischen aber waren die Amerikaner von den Südafrikanern schlaugemacht worden. Minuten vor dem Auslaufen der „Elgaren" aus Hamburg gingen deutsche und US-Beamte an Bord. Die überstürzt erwirkte gerichtliche Verfügung zur Sicherstellung bezog sich freilich nur auf einen der beiden VAX 11-782. Der andere schwamm ab, nach Hälsingborg.

Die Re-Deklarierung in Simonstown hing offenbar mit den Aktivitäten eines Commodore Dieter Gerhardt zusammen, bis zu seiner Verhaftung Stellvertretender Chef der Marinebasis. Gerhardt war im Oktober wegen Spionage angeklagt worden. Ihm droht die Todesstrafe, das Urteil fällt dieser Tage. In der nichtöffentlichen Verhandlung hatte sich herausgestellt, daß Gerhardt auf Anweisung Müllers arbeitete.

Richard Müller, wiewohl erst kurze Zeit fest ansässig, ist in Südafrikas Society kein Unbekannter. Er residierte seit 1980 zeitweilig und seit Dezember 1982 ständig im vornehmen Cape Town – und lebte so, wie es sich der James-Bond-Kenner bei einem Topagenten vorstellt.

Zuerst kaufte er für 300 000 Rand der geschiedenen Frau Barbara des Herzchirurgen Barnard ihr Häuschen ab – als vorübergehendes Domizil. Gleichzeitig faßte er eine angemessene Residenz ins Auge: Buitenverwachting, eines der fünf historischen Weingüter am Kap. Preis damals: 2 Millionen Rand. Er vergrößerte den Besitz um eine anschließende Farm und um Teile des Nachbarguts „Husseys Vlei", so daß das Gesamtobjekt nun mit 110 Hektar nur noch knapp hinter dem weltweit renommierten „Groot Constantia" rangierte. Er ließ ein Fünf-Jahres-Programm anlaufen: Betriebs-Modernisierung, Restaurierung der historischen Gebäude. 1982 zog er auf dem Gelände für seine Familie und sich einen luxuriösen Landsitz hoch, die Barnard-Villa stieß er ab.

Die Begabung, Geld zu schöpfen und Leute zu beflügeln, hatte Müller bis in den Spätherbst 1982 schon einmal bewiesen, südlich von Hamburg, in Jesteburg. Widmete er sich in der Kap-Provinz dem Weinbau, so hatte er sich in Niedersachsen der Pferdezucht verschrieben. Sein Trakehner-Stall genoß internationales Renommee.

Auch in Hamburgs Süden waren an Müller Wirtschaftswunder geschehen. Mitte der 70er Jahre tauchte er, damals knapp über 30, in Jesteburg auf und bezog ein kleines Einfamilienhäuschen. Alsbald begann er mit dem Bau eines reetgedeckten Landsitzes im Wert von zehn Millionen. Nebenher entwickelte er sein Trakehnergestüt „Wiedenhof". Er erfreute sich zweier Rolls Royce, eines Mercedes 500, eines Porsche und einer Korporalschaft Bediensteter. Um das große Grundstück hatte er Mauern und Stacheldraht und Hecken gezogen.

Die Fama von des Jesteburger Neubürgers Schätzen und Scheinen erreichte zwar nicht die ansonsten so wache Behörde, wohl aber einen nahezu bankrotten Hersteller elektronischer Orgeln im Eulenspiegel-Städtchen Mölln. Roland Waidhas und seine Freunde hatten sich finanziell übernommen. An einem Montag im Mai 1982 sollte Konkurs angemeldet werden. Noch am Sonntag aber fuhr einer der Gesellschafter, Gerhard Schaal, auf gut Glück nach Jesteburg. Er traf den Pferdezüchter tatsächlich an – und verließ ihn nach einer Stunde mit einem Barscheck über DM 50 000.

Eine Woche später gehörten die „Gerland-Orgelwerke GmbH" zur internationalen Firmengruppe Richard Müller: Die Möllner Heimorgeln begannen atonale Stücke zu spielen. Schon im Herbst mußten die Musikinstrumente ganz in die Ecke.

Müller kam mit einigen Leuten und einem halben Dutzend Lkw an. Die Orgelwerkstatt füllte sich mit Rechnern, die noch in der Originalverpakkung der „Digital Equipment Corporation" steckten, Typ VAX 11-780. Auch dieser Typ darf nach den amerikanischen Bestimmungen (Export Administration Act) nicht in die Länder des Warschauer Pakts ausgeführt werden; er wird auf der Embargo-Liste von CoCom unter Nummer 1565 geführt. In Mölln wurden die Computer in neutrale Kisten umgepackt und die ursprüngliche Verpakkung vernichtet.

Am Abend des 29. Oktober 1982 rollte der erste von fünf ungarischen Schwerlastern auf den Gerland-Hof. Die Lkw kamen von der Spedition „Hungarocamion" in Budapest. Die Frachtpapiere lasen sich jetzt so: „Klima-Anlagen", „Büromöbel", „PVC-Belag", „Beleuchtungskörper mit Zubehör"; als Absender fungierte die Müller-Firma „Technimex Import und Export GmbH, D 2101 Harmstorff". Unbeanstandet reisten die brisanten Rechner an den Helmstedter Zöllnern vorbei in die „Deutsche Demokratische Republik".

Immer neue Zick-Zack-Routen

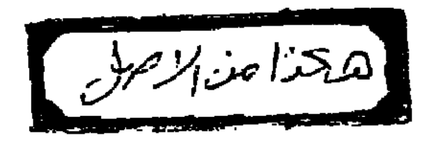
Dieser Richard Müller, der über die Möllner Orgler anschließend noch ein komplettes Rechenzentrum – vom Computer bis zur Klima-Anlage und zum Feuerlöscher – in die Sowjetunion lieferte, ist den Amerikanern schon seit 1974 bekannt. Auf immer neuen Zick-Zack-Routen hat er über seine ständig den Standort wechselnden Firmen in den Vereinigten Staaten und Kanada, in Deutschland und der Schweiz brisantes Gerät in den Osten geschleust: Computer, ganze Steuerungssysteme, Halbleiter-Ausrüstungen.

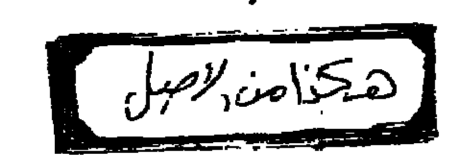
Immer wieder im Laufe der Jahre platzten solche Geschäfte. Müller löschte Firmen, ließ neue eintragen, verschwand, war in der Bundesrepublik sicher vor Auslieferung.

Erst die Möllner Episode mit den gefälschten Frachtpapieren brachte ihn hierzulande in Gefahr. Er gab im Dezember 1982 in Jesteburg ein rauschendes Abschiedsfest und verschwand mit Frau und Kindern.

Am Kap der Guten Hoffnung kümmerte er sich offiziell um seine Reben. In Wahrheit zauberte er die beiden Großcomputer VAX 11-782 den Südafrikanern aus ihrer Marinebasis.

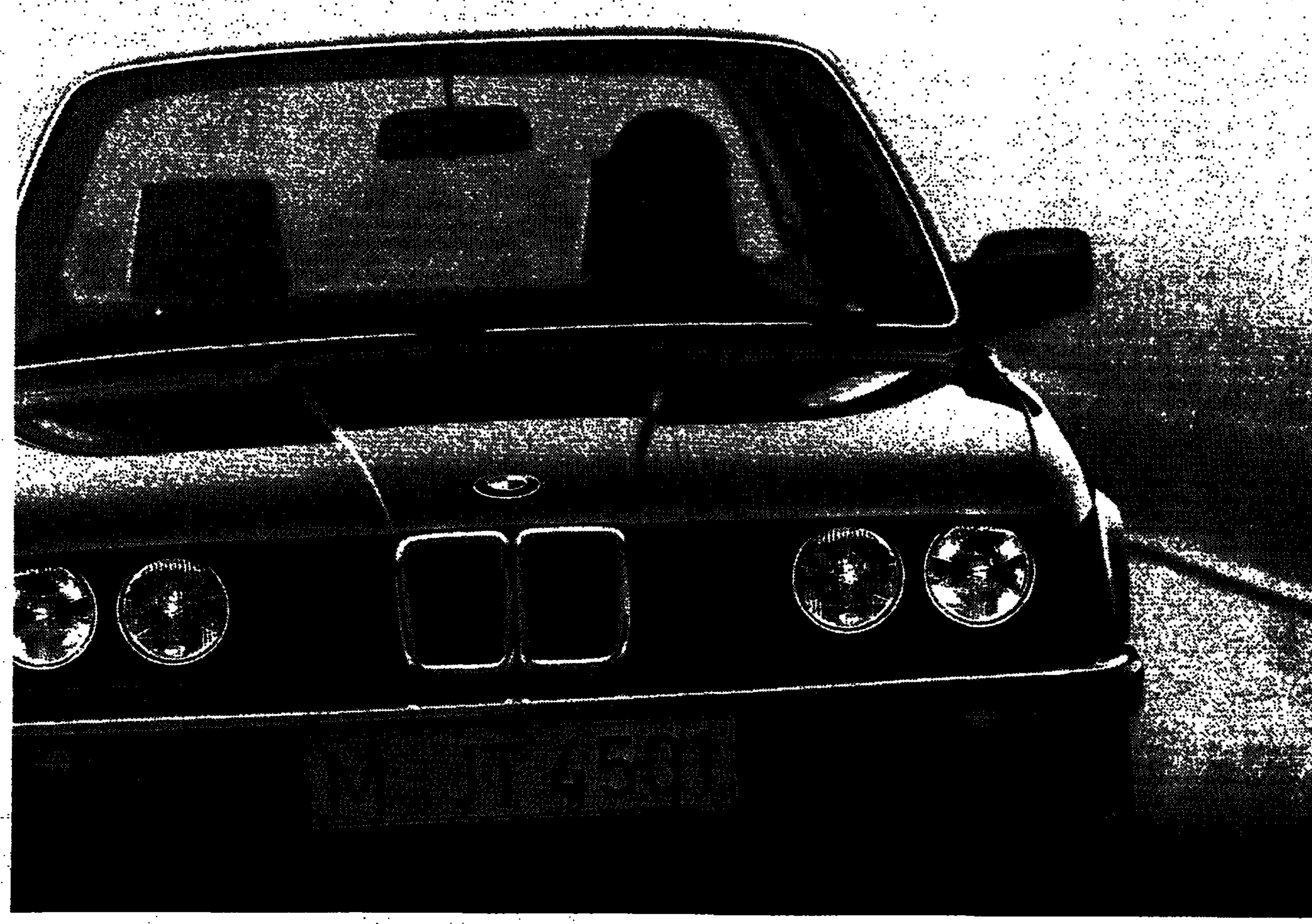
Als Christina Müller in den letzten Novembertagen von südafrikanischen Reportern in Cape Town nach dem Verbleib ihres Mannes gefragt wurde, wehrte sie ab: „Ich bin schokkiert, mein Mann ist in Deutschland – seit Wochen."





Wenn Sie im Sinne von mehr Umweltfreundlichkeit beim Automobil einen neuen Anfang machen möchten, sollten Sie zu BMW kommen.

Bei uns beginnt mehr kritisches Bewußtsein nämlich gleich beim Einstieg in die Kompaktklasse: BMW 316.



Die zukünftige Einführung von bleifreiem Benzin ist ein wichtiger Schritt zu mehr *Umweltfreundlichkeit im Straßenverkehr.* Ganz entscheidende Verbesserungen lassen sich allerdings schon heute realisieren: Mit höherer technischer Intelligenz beim Triebwerk.
Alle Fachleute sind sich einig:
Würden bereits heute alle Automobile im Straßenverkehr mit anspruchsvollen elektronischen Triebwerkssteuerungen arbeiten, wären bereits jetzt wesentliche Umweltschutz-Ziele beim Automobil erreicht, die sich ansonsten erst nach vollständiger Einführung der Katalysator-Technik verwirklichen ließen.

*Es gibt keinen anderen Automobil-*Hersteller, der bei Serienfahrzeugen so umfassend und so konsequent umweltfreundliche Elektronik einsetzt wie BMW.
90% der BMW Automobile besitzen bereits die besonders umweltfreundliche elektronische Einspritzanlage.
35% der Modelle sind sogar mit der zukunftweisenden Computersteuerung DME ausgestattet.
Und schon der 316 besitzt eine sehr umweltfreundliche Gemisch-Aufbereitungsanlage: den elektronisch gesteuerten Vergaser.

Wer mit großem Bewußtsein fährt, kann bei BMW von Anfang an besonders *intelligente Lösungen erwarten.*
Schon aus Gründen sozialer Weltsicht ist nicht einzusehen, daß die preiswerteren Modelle eines Programms weniger umweltfreundlich sein sollten als die aufwendigeren und teureren Alternativen.
Deshalb bietet der BMW 316 z.B. eine Technik, die dafür sorgt, daß stets so wenig wie möglich Kraftstoff zu so wenig wie möglich Abgas verbrennt.
Weil sie – wie es weder ein herkömmlicher Vergaser, noch eine herkömmliche mechanische Einspritzung kann – in jeder Situation für einen optimalen Betrieb mit magerstem Kraftstoff-Luft-Gemisch sorgt.
Und das auch unter kritischen Bedingungen wie z.B. während der Warmlaufphase im Stadtverkehr, wo die Verminderung der Abgasemission bekanntlich besonders wichtig ist.

Die neue Triebwerkssteuerung im BMW 316 – der elektronische Vergaser – beweist, daß man auch in der Kompaktklasse nur mit Elektronik zu einer wirklich erstklassigen Lösung kommen kann.
Die Elektronik des Vergasers im 316 vermeidet darüber hinaus auch die unangenehme Eigenschaft herkömmlicher mechanischer Technik, sich zum Schlechten hin zu verändern.
Falsche Einstellungen an der üblichen Vergasertechnik, Veränderungen am Zünd- und Vergasersystem im Laufe der Fahrzeit können erfahrungsgemäß zu bis zu 50% mehr Verbrauch und zu einer erheblich schlechteren Zusammensetzung des Abgases führen.
Fachleute schätzen, daß alle Fahrzeuge mit herkömmlicher Technik durch diese Veränderungen im Durchschnitt 10% mehr verbrauchen und damit mehr und schadstoffreicheres Abgas produzieren als notwendig.
Solche Fehlleistungen können wir uns heute nicht und morgen schon gar nicht mehr leisten.
BMW Elektronik schließt sie ein für allemal aus.

Wenn es Ihr Stil ist, neue Probleme mit neuer Technik statt mit neuen Klagen zu beantworten, sollten Sie sich mit BMW auseinandersetzen.
Freiheit ist Verantwortung. Und dafür muß jeder mehr Bewußtsein auch am Steuer seines Automobils entwickeln.

BMW Automobil-Technik zeigt, wie es möglich ist, die Probleme von heute und morgen bei Auto und Umwelt zu lösen.
Betrachten Sie die Wahl eines Automobils auch einmal unter diesem Aspekt.
Und Sie werden uns noch überzeugter zustimmen, wenn wir sagen, daß es niemals sinnvoller war als heute, BMW zu fahren.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Regeln und Mißbräuche

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist einfach erschreckend, mit welcher Unkenntnis in den Massenmedien über die Angelegenheit Graf Lambsdorff/Flick berichtet und geurteilt wird. Immer wieder wird vor der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, daß an der Sache der Bestechlichkeit doch irgend etwas „dran" sei und der Minister schließlich zurücktreten müsse. Hoffentlich tut er es nicht.

Hierzu einige Erläuterungen. Die gesetzliche Vorschrift des Paragraphen 6 b EStG verfolgt ihrem Wesensgehalt nach nur volkswirtschaftliche Anliegen und keine persönlichen Anliegen der Eigner. Die Verwaltungsanweisung, nach der die Veräußerung von Anlagevermögen bei gleichzeitigem Erwerb von Anlagevermögen steuerlich erfolgsneutral behandelt werden darf und melde- und genehmigungspflichtig durch die Fachminister ist, zeigt gerade das volkswirtschaftliche Anliegen der vorgenannten Bestimmung und vor allem auch die Verhütung von Mißbräuchen. Würde sich jemand z. B. aus dem Veräußerungserlös von Anlagevermögen Segeljachten oder einen Rennstall kaufen, so könnte ein solches Vorgehen eben nicht unter der Vorschrift des Paragraphen 6 b EStG eingeordnet werden, weil es eben keine volkswirtschaftlichen Anliegen, sondern persönliche Anliegen betrifft. Die zuständigen Fachminister müßten derartige Vorhaben ablehnen. Anders ausgedrückt kann der Vorwurf der Bestechlichkeit nur dann erhoben werden, wenn im Genehmigungsverfahren nach der Vorschrift des Paragraphen 6 b EStG die Fachminister eine mißbräuchliche Handhabung (siehe oben) gegen Vorteilsgewährung gestattet hätten. Das ist aber nicht der Fall!

Mit freundlichen Grüßen
H. Siebert,
Frankfurt 71

Für mich war es einer der schwärzesten Tage in der Justizgeschichte der Bundesrepublik, als die Anklagebehörde im Rahmen einer Pressekonferenz öffentlich aus einer Anklageschrift Beschuldigungen u. a. gegen den Bundeswirtschaftsminister erhob, ohne daß diese den Inhalt dieser Anklage kannte, geschweige sich an gleicher Stelle – zum gleichen Zeitpunkt – öffentlich verteidigen konnte.

Auch gegenüber einer „Person des öffentlichen Lebens" muß das Rechtsstaatsgebot eines fairen Verfahrens und das Prinzip der „Waffengleichheit" zwischen Ankläger und Angeklagtem gelten – ein Gebot, das bei jedem Zuhälter und bei jedem Räuber (zu Recht) peinlich beachtet wird.

Aber damit nicht genug! Nach dem spektakulären Fernsehauftritt der fünf Bonner Staatsanwälte wurden und werden nach wie vor Auszüge aus den Ermittlungsakten und der Anklageschrift der Presse zugespielt, ohne daß die oberste Dienstbehörde der in Rede stehenden Anklagebehörde irgend etwas unternommen hat. Eine SPD-Justizministerin stellte sich fernsehwirksam sogar noch vor diese „Machenschaften".

Und wo sind und waren die zahlreichen „engagierten" und „progressiven" Richter und Staatsanwälte, die in der Vergangenheit bei anderen Gelegenheiten – sei es wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit der Nachrüstung, wegen vermeintlicher Angriffe auf persönliche Daten oder andere Übergriffe des Staates – als „selbsternanntes Gewissen der Nation" auf die Straße oder in den Anzeigenteil der Tageszeitung gingen? Auch habe ich diesmal die Stimme des sonst in Rechtsstaatsfragen so umtriebigen ehemaligen Verfassungsrichters Hirsch und seine sozialdemokratische juristische Arbeitsgemeinschaft vermißt. Auch frage ich mich, wo zum Beispiel der sogenannte republikanische Anwaltsverein geblieben ist – Stimmen, die sich in anderen Fällen schon bei dem geringsten Anschein einer Rechtsstaatsverletzung lautstark gemeldet haben. Offenbar gelten die Grundprinzipien des Rechtsstaates und der Anspruch auf ein faires Verfahren in deren Augen nicht für jedermann – auf keinen Fall für einen F.D.P.-Minister. Das nenne ich parteiisch.

Ernst v. Schönfeldt,
Bremen 1

Geisterfahrer

Sehr geehrte Damen und Herren,

zweifelsfrei waren die Gewerkschaften IG Metall und ÖTV in der Vergangenheit die Hauptantreiber für überdurchschnittliche Lohnerhöhungen, so daß die Bundesrepublik nach Schweden und Belgien die höchsten Arbeitskosten verzeichnet.

Wenn nun die ökonomischen Geisterfahrer der Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich lauthals fordern, dann muß man doch deren Führer fragen, wie bei einer Erhöhung der Lohnkosten um rd. 14 Prozent die sich zwangsläufig verteuernden Produktionskosten aufgefangen werden sollen. Da der Lohnkostenanteil, bezogen auf die Herstellkosten, in vielen Unternehmen bereits 50 Prozent der Gesamtherstellkosten erreicht, werden sich naturgemäß die Erzeugnisse um rd. 7 Prozent verteuern.

Dies bedeutet, daß unsere stark exportabhängige Industrie weiter erheblich an Wettbewerbsfähigkeit verliert und daß der deutsche Verbraucher diesen Luxus teuer bezahlen muß.

Die Unternehmer werden ihre Betriebe weiter drastisch rationalisieren und sich dreimal überlegen, ob sie zusätzliche Arbeitskräfte einstellen und den Anteil der Überstunden kräftig erhöhen, wo irgend möglich.

Der Öffentliche Dienst, der mit 4,5 Millionen Beschäftigten in den letzten Jahren gigantisch aufgebläht wurde, müßte etwa 540 000 neue Beamte und Angestellte einstellen.

Diese neuen 540 000 Mitarbeiter würden den Steuerzahler ohne Sachkosten rd. 21 Millionen DM jährlich kosten. Schon jetzt konsumiert der öffentliche Dienst vom Gesamtsteueraufkommen unseres Landes in Höhe von 379 Milliarden DM in 1982 über 70 Prozent! Der Staat müßte daraufhin die Steuerschraube weiter anziehen und seine ohnehin gebremsten Investitionen drosseln.

Die Herren Oberpostrat Breit, Janz, Steinkühler und Frau Dr. Wulf Mathies sollten sich einmal vier Wochen lang die Asean-Staaten einschließlich Japan und Korea etwas näher ansehen, dann werden sie sehr schnell erkennen, was für eine Niedrigpreiswelle schon jetzt und in naher Zukunft noch auf Europa zurollt.

Was verdient denn z. B. ein einheimischer Ingenieur in Hongkong, Taipeh, Manila, Singapur, Djakarta und Bangkok? Zwischen 500,- bis 600,- DM monatlich. Angelernte Facharbeiter kommen auf 300,- bis 400,- DM und Hilfsarbeiter auf 150,- bis 200,- DM monatlich. Und davon gibt es jede Menge. Urlaub von 10 bis 14 Tagen erhalten nur die Mitarbeiter von Firmen, die sich in japanischem, europäischem oder amerikanischem Eigentum befinden. Die Beschäftigten der einheimischen Industrie erhalten tageweise Urlaub – für die Hochzeit, für Geburten und für Sterbefälle.

Haben die Gewerkschaften überhaupt berücksichtigt, daß ihre Mitglieder durchschnittlich 1982 nach Abzug von Urlaub, Krankheit, Schlechtwetter usw. effektiv nur 32 Stunden in der Woche arbeiteten? Und da sich erfahrungsgemäß die Fehlzeiten der 40-Stunden-Woche auch auf die 35-Stunden-Woche auswirken werden, sinkt die Produktivität auf der ganzen Linie.

Mit freundlichen Grüßen
H. Behrendt,
Bendestorf

Wort des Tages

„Es braucht Mut, den Schwierigkeiten zu begegnen, und Mut, den Erfolg zu ertragen. Wir dürfen uns nach einem Erfolg nicht zur Ruhe setzen. Nie wollen wir uns einbilden, daß irgendeine „Zukunftswelle" uns je zu einem Ziel bringen könne."

Sigrid Undset, norweg. Autorin und Nobelpreisträgerin (1882–1949)

Personalien

GEBURTSTAG

Am 23. Dezember wird Prof. Dr. **Hermann M. Görgen**, Altmeister der brasilianischen Soziologie, 75 Jahre alt. Görgen, gebürtiger Saarländer, gehörte seit 1929 der Widerstandsgruppe von Prof. **Friedrich Wilhelm Foerster** gegen den Nationalsozialismus an. Nach der von ihm bekämpften Angliederung seiner Heimat floh er nach Österreich, wo er gemeinsam mit konservativen Kreisen weiter gegen den Nationalsozialismus kämpfte, und schließlich nach Brasilien. 1954 zurückgekehrt, wurde er 1957 auf der Liste der CSU Saar (der einzigen CSU außerhalb Bayerns) in den Deutschen Bundestag gewählt und Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks. Ab 1958 reiste er mehrere Male im Auftrag **Adenauers** nach Brasilien. 1960 gründete er die Deutsch-Brasilianische Gesellschaft und 1961 das Lateinamerika-Zentrum. Görgen, Träger des Großen Verdienstkreuzes, ist Inhaber zahlreicher brasilianischer Ehrungen.

EHRUNGEN

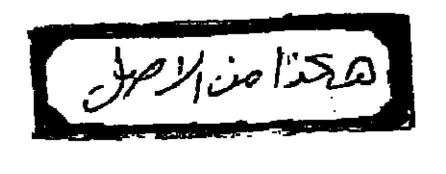
Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ist der Chef des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamtes, **Hans Werner Hamacher**, ausgezeichnet worden. Hamacher, der 1950 seine Karriere als Sachbearbeiter bei der Düsseldorfer Polizei begann, ist es als Kripochef in Köln gelungen, die Stadt von ihrem Image als „Chicago am Rein" zu befreien. Großes Aufsehen hatte der weit über die Grenzen der Bundesrepublik als Polizeiexperte geschätzte Kriminalist erregt, als er sich in Köln einer Bankräuberbande nach einem gescheiterten Überfall als Austauschgeisel zur Verfügung stellte.

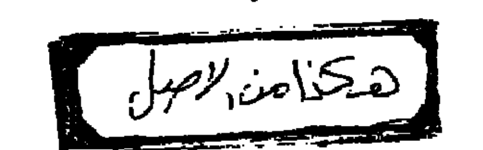
Prof. Dr. med. **Erich Blechschmidt**, ehemaliger Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Göttingen, ist von Papst **Johannes Paul II.** zum Komturritter des Gregoriusordens ernannt worden. Er erhielt den hohen päpstlichen Orden für die weitreichende Bedeutung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet der Humanembryologie, insbesondere der Widerlegung des biogenetischen Grundgesetzes. Damit hat Blechschmidt bewiesen, daß sich die Entwicklung des menschlichen Embryos von Anfang an von allen tierischen Embryonen klar unterscheidet und so das „biogenetische Grundgesetz" von **Ernst Haeckel** widerlegt, wonach der Mensch im Mutterleib verschiedene tierartige Embryonalstufen durchlaufen soll.

Auf Vorschlag von Ministerpräsident **Johannes Rau** hat der Bundespräsident Dr. **Hans Joachim Heumann**, seit 1978 Präsident der Industrie- und Handelskammer Bonn, das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Außer seiner Tätigkeit im Bonner Raum hat sich Heumann, seit 1967 ununterbrochen ehrenamtlicher Richter für Handelssachen am Landgericht Bonn, auch auf internationalem Gebiet, so in der Commission de Politique Economique et Commerciale, der Ständigen Konferenz der Industrie- und Handelskammer der Europäischen Gemeinschaft, eingesetzt.

Prof. Dr. **Neinz Maerker**, emeritierter Ordinarius für Technische Elektrophysik der Technischen Universität München, wurde für seine „hervorragenden wissenschaftlichen Verdienste um die Aufklärung der Natur des elektrischen Lichtbogens" mit der Ehrendoktorwürde der Universität Karlsruhe ausgezeichnet.

Dr. **Lutz Reichardt**, Leiter der Bibliothek der Pädagogischen Hochschule Eßlingen, und Dr. **Jürgen Udolph**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, teilen sich den diesjährigen Preis der Henning-Kaufmann-Stiftung (je 5000 Mark). Reichardt erhält den Preis für Ortsnamensforschung im südwestdeutschen Raum, Udolph wird für seine Arbeiten auf dem Gebiet der deutsch-slawischen Namensforschung ausgezeichnet.





Richter beschränken Bürgermeister

Fraktionsanträge müssen ohne Inhaltsprüfung auf die Tagesordnung der Ratssitzung

WILM HERLYN, Münster

Die Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden sind verpflichtet, Anträge von Ratsfraktionen ohne inhaltliche Vorprüfung auf die Tagesordnung der Ratssitzungen zu setzen. Das ist der Tenor eines jüngsten Grundsatzurteils des 15. Senates des Oberverwaltungsgerichtes Münster. Damit entschieden die Richter das seit mehr als einem Jahr umstrittene Thema, ob die Gemeindeparlamente überhaupt darüber diskutieren dürfen, ihre Kommune zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Nun wird erwartet, daß nach diesem Grundsatzurteil eine Vielzahl von Fraktionen darauf dringen werden, die Problematik in ihren jeweiligen Kommunen zu erörtern.

Schon im Vorfeld dieser Entscheidung hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau versucht, besänftigend einzuwirken. In einer dieser Redaktion bekanntgewordenen Stellungnahme hatte Rau bereits vor dem Urteil geschrieben, er sei sich mit dem zuständigen Innenminister Herbert Schnoor über die kommunalaufsichtliche Beurteilung von Gemeinderatsbeschlüssen in dieser Frage völlig einig: „Solche Beschlüsse sind deshalb nicht rechtsmäßig, weil die Gemeinderäte dafür kein Mandat haben." Gemeinden könnten nur dann im Zusammenhang mit Verteidigungsfragen Beschlüsse fassen, wenn spezifisch kommunalpolitische Belange berührt seien und die Beschlüsse sich darauf richteten. Rau betonte in seiner Stellungnahme, die er etwa vor einem Monat vor Abstimmung des SPD-Sonderparteitages über den NATO-Doppelbeschluß in Köln vom 19. November abgab, die Kommunalaufsicht „muß solche Beschlüsse nicht beanstanden, weil sie keine rechtliche Wirkung haben und der Bund darin bislang keine Beeinträchtigung bundespolitischer Belange sieht". Der Ministerpräsident stellte zwar fest, auch er sei der Meinung, daß die Räte in den Gemeinden für solche Diskussionen wegen des nach der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden fehlenden Mandats „nicht der richtige Platz sind". Er halte es aber in der augenblicklichen Situation, in der eine weitere Zunahme des Rüstungspotentials in Mitteleuropa drohe, „für eminent wichtig, daß sich überall sonst Parteien, auch ihre örtlichen Gliederungen, andere Organisationen sowie interessierte Bürger mit der Abrüstungs- und Friedenspolitik befassen". Jeden Versuch, die politische Diskussion „auf dieser Ebene" einzuschränken, hielte er für zutiefst undemokratisch.

Der Streit um diese Problematik wurde Anfang des Jahres ausgelöst, als sich die entsprechenden Beschlüsse von Gemeindeparlamenten häuften. Damals gab Innenminister Herbert Schnoor Anweisung an die Bürgermeister, derartige Anträge auf die Tagesordnung zu setzen. Er begründete damals seinen Schritt mit der Ansicht, daß in demokratischen Gemeinwesen politische Aktionen und Willenskundgebungen „nicht durch Verwaltungsakte abgewürgt" werden dürften. Diskussionen von derart existentieller Bedeutung dürften nicht „von oben totgemacht" werden.

Demgegenüber erklärte die CDU mit Hinweis auf höchstrichterliche Urteile, nach der „eindeutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juli 1958" erstrecke sich das gemeindliche Selbstverwaltungsrecht „nur auf Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft. Die Gemeinden und ihre Organe sind deshalb nicht befugt, Beschlüsse zu fassen über Angelegenheiten, die den örtlichen Wirkungskreis überschreiten und allgemeine politische Fragen betreffen".

Paris gibt deutsches Eigentum frei

dpa, Paris

Die französische Nationalversammlung hat gestern einstimmig das seit 1944 beschlagnahmte deutsche Eigentum in Frankreich freigegeben. Es handelt sich dabei vorwiegend um Eigentum, das bisher noch nicht vom französischen Staat verkauft wurde, wie etwa 500 Hektar meist auf dem Gebiet elsässischer Grenzgemeinden liegende Weinberge sowie den Pfälzer Mundatwald.

Terrorismus am Feierabend

W. K. Bonn

Als „Feierabend-Terrorismus" bezeichnete der hessische Staatsschutz die in Rüsselsheim aufgedeckte Planung von Anschlägen gegen Militärtransporter (s. WELT v. 20. 12.). Von den vier Verhafteten arbeitete einer als Dreher, einer war Zivildienstleistender, einer wollte das Abitur nachholen, und der vierte bezog Arbeitslosenunterstützung. Kriminaltechniker werden jetzt „Revolutionären Zellen" (RZ) zuzuordnende Anschläge mit Erkenntnissen aus den Wohnungsdurchsuchungen bei den Verdächtigen vergleichen.

US-Bericht: Militärs mitschuldig

Untersuchung über den Anschlag auf die Marines in Libanon / Personelle Konsequenzen?

D. SCHULZ, Washington

„Ernste Fehler" der militärischen Führung hätten dazu beigetragen, daß der Bombenanschlag auf die Unterkunft der amerikanischen Marineinfanteristen in Beirut am 23. Oktober so viele Todesopfer gefordert hatte. Das ist das Fazit eines Untersuchungsberichts, den ein Unterausschuß des US-Repräsentantenhauses veröffentlichte.

Der Bericht bestätigt, was im Verteidigungsministerium schon seit Wochen zu hören war: Es hat entscheidende Fehler der örtlichen militärischen Befehlshaber gegeben, Fehler, die den Bombenanschlag mit seinen horrenden Folgen erst möglich machten. Vor allem dem Chef der an Land stationierten Marineinfanterie-Einheit von rund 1500 Mann, Oberst Timothy Geraghty, werden ernste Vorhaltungen gemacht. Er habe es unterlassen, „das volle Spektrum der Bedrohungen" zu berücksichtigen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

Vorwürfe richten sich auch an die Vorgesetzten des Obersten, die es an der nötigen Voraussicht hätten fehlen lassen und nicht von sich aus auf einen besseren Schutz für die in einem Flughafengebäude untergebrachten Marinesoldaten gedrängt hätten. Die betroffenen Befehlshaber werden nicht namentlich genannt, doch reicht der Befehlsstrang bis hinauf zu General Bernard Rogers, dem in Brüssel amtierenden obersten Befehlshaber aller amerikanischen Streitkräfte im Europa-Bereich.

Mängel wurden schließlich auch den amerikanischen Nachrichtenoffizieren angelastet, die die Marineinfanterie-Einheit in Beirut mit „Feindnachrichten" regelrecht überflutet hätten, ohne den in diesen Fragen unerfahrenen „Ledernacken" vor Ort dabei zu helfen, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen. Die Folge war, daß die Offiziere in Beirut keine der zahlreichen Warnungen vor möglichen Terroranschlägen mehr ernst nahmen.

Auch die politische Führung kommt in dem Kongreßbericht nicht ungeschoren davon. So wird bemängelt, daß der Auftrag der Marineinfanteristen so vage umschrieben war, daß die Befehlshaber vor Ort über wesentliche Fragen im unklaren blieben. Der politische Auftrag, als Friedensstreitmacht so „sichtbar" wie möglich zu bleiben, stand im Konflikt mit der militärischen Notwendigkeit, die Truppe gegen feindliche Angriffe so gut wie möglich zu sichern. Der Bericht, von dem bisher nur eine Zusammenfassung veröffentlicht wurde, rät der Reagan-Administration, zu überlegen, ob die Anwesenheit der „Marines" in Libanon noch notwendig sei, um die Ziele der amerikanischen Nahost-Politik durchzusetzen.

In dem Unterausschuß des Streitkräfteausschusses hatte es beträchtliche Auseinandersetzungen darüber gegeben, wie scharf die Kritik an den Verantwortlichen in dem Bericht formuliert werden müsse. Am Ende setzte sich jedoch die Vorsicht durch. Die Vorwürfe werden nur allgemein vorgebracht, rechtlich relevante Begriffe wie „fahrlässiges" Verhalten werden vermieden, damit eventuell notwendig werdende Kriegsgerichtsverfahren nicht durch Äußerungen des Kongresses präjudiziert werden können.

Das Pentagon stellte eine eigene Untersuchung an. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses des Verteidigungsministeriums ist Admiral a. D. Robert Long. Zu welchen Schlüssen Admiral Long und seine Kollegen kommen werden, ist noch ungewiß. Allgemein gilt jedoch als sicher, daß die Karriere so manch eines hohen Offiziers als Folge des Vorfalls auf dem Spiel steht. (SAD)

Hanseatische Kirche auf Kurs gehalten

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Religion ist „das Unvermeidliche des Menschen", sie gehört „zum Haushalt des Körpers der Menschheit". Hans-Otto Wölber, 19 Jahre lang als Hamburger Bischof oberster Seelsorger einer Metropole – auch einer Metropole der säkularisierten Welt –, hat bei seinen Bemühungen um den Großstadtmenschen immer wieder ein tiefes Bedürfnis nach Religion festgestellt. Morgen wird dieser lutherische Kirchenmann 70 Jahre alt. Im April hatte er sein Amt an den Münchener Theologie-Professor Peter Krusche übergeben.



Bischof Hans-Otto Wölber wird morgen 70 Jahre alt
FOTO: CORNELIA GUS/DPA

Wölber – in Hamburg geboren – wollte eigentlich Schiffsingenieur werden wie sein Vater. In Bethel lernte der Abiturient „die Kirche von innen" kennen. Diese Erfahrung praktizierter Nächstenliebe kam ihm, als er nach der Rückkehr aus dem Krieg 1945 Landesjugendpastor wurde, als Seelsorger ebenso zugute wie als Lehrbeauftragter für Jugendkunde an der Theologischen Fakultät. 1956 wurde er Hauptpastor an der Nikolaikirche und damit jüngster Hauptpastor der Bundesrepublik. 1964 wählte ihn die Hamburger Synode zum Bischof, zum Hirten in einer Stadt, die Wölber einmal als die „entkirchlichste Metropole" Deutschlands bezeichnet hat. Von 1969 bis 1975 war er Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD).

Hohe Ämter – doch gerade über die Gefahren und Versuchungen der Amtskirche hat sich der Bischof immer wieder beunruhigt gezeigt. „Die religiöse Verwaltungsmentalität ... widerspricht unserem biblischen Auftrag", heißt es bei Wölber, „die Annahme der Demütigung machtloser, geduldiger Begegnung wäre bescheidener." Sein Schluß daraus lautet: „Die Wahrheit kommt immer über die Person"; der Pfarrer als Person sei gleichsam der „Bürge" der kirchlichen Sache. „Niemand ist ein guter Christ, ein guter Pastor oder Diakon" – so lautet sein Credo – „der nicht hingeht zu seinem Mitmenschen und mit ihm spricht. Ich sorge mich um die Ausziehrung der Front. Wir sind schrecklich mit uns selbst beschäftigt, und wir haben die fatale Ansicht, wir könnten nicht eher richtige Menschen oder richtige Zeugen sein, bevor wir nicht die richtigen Techniken und Methoden entwickelt haben. Es ist eine schlimme Methodengläubigkeit."

Ein Mann wie Wölber, der die Seelsorge ins Zentrum des pastoralen Auftrags rückte, mußte höchst sensibel auf alle Formen politischer Verkündigung in der Kirche reagieren. Als Hamburger Bischof warnte er schon früh vor einer drohenden Politisierung der Kirche, vor einem politischen Aktionismus, der vielfach zum Verlust alter Bindungen an die eigentlichen Elemente der Kirche geführt hat. Für radikale Pastoren, die im Talar zu Kernkraftwerken marschierten, war Wölber ein unbequemer Wächter, häufig als konservativ abgestempelt. Zu Unrecht, denn gerade über den Zugang von jungen Menschen zum Christentum hat der frühere Landesjugendpastor auch als Bischof gedacht und gepredigt. Genauso wie als „Missionar" in einem Ballungszentrum, das er einmal als „exemplarisches Missionsgebiet Nummer 1 in der Bundesrepublik" beschrieben hat.

Bei diesem Erosionsprozeß erlebte Wölber eine Welle von Kirchenaustritten, die Zahl der Taufen erreichte nicht einmal 50 Prozent der nominellen Christen. Wölber resignierte jedoch nicht, er hielt – wie er sagte – „die hanseatische Kirche auf Kurs". Eine Kirche, in der er in den letzten Jahren ein neu entfachtes Interesse an allen Fragen entdeckte, die mit Glaube, Religion und Sinngebung des Lebens zu tun haben. Dabei mußte als Voraussetzung für eine seiner Meinung nach glaubhafte Antwort auf die Fragen der Bürger „die Kirche Kirche bleiben und nicht irgendwie untergehen unter vielen politischen Strömungen". Denn Wölber ist überzeugt: „Eine Kirche, die zur Sozialanstalt wird, verleugnet zwar nicht ihre Verantwortung, aber ihren Ursprung."

Als oberster Repräsentant der Nordelbischen Kirche in Hamburg – die Kirchenleitung residiert in Kiel; Hamburg wurde dort in Wölbers Augen häufig nur als „Anhängsel" betrachtet – war der Bischof auch von weltlichen Gremien häufig gefordert. Er sprach vor Ärzte- und Juristen-Kongressen, Bankiers und Manager-Clubs. Hier konnte der Seelsorger ebenso das Gewissen schärfen wie den Menschen ermutigen, „sich nicht durchhängen zu lassen".

Als er im Frühjahr sein Amt niederlegte, mahnte Hans-Otto Wölber die Gläubigen in der Hamburger Michaeliskirche: „Wertet die Barmherzigkeit höher als die Gerechtigkeit."

Kirche fordert von „DDR" Haftentlassung

rtr, Berlin

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg hat die Behörden der „DDR" aufgefordert, zwei Mitglieder der Gruppe „Frauen für den Frieden" aus der Haft zu entlassen. Die Frauen waren am Montag vergangener Woche in Ost-Berlin festgenommen worden. Es handelt sich dabei um die 39jährige Bärbel Bohley und die 30jährige Ulrike Poppe.

Schärfere Normen für saubere Luft

E. N. Bonn

Auf 114 Schreibmaschinenseiten hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann den Ländern den Entwurf einer Novelle zu der seit 1974 gültigen und schon einmal verschärften Technischen Anleitung (TA) Luft zugeschickt. Wenn sich in den für Februar 1984 vorgesehenen Gesprächen mit den Ländern die erwartete Mehrheit für diesen Text ergibt, dann ist mit einer drastischen Senkung der Grenzwerte für Schadstoffe zu rechnen.

Der generelle Emissionswert für Industrie-Staub wird für Kleinanlagen auf 150 Milligramm pro Kubikmeter Abluft festgelegt, bisher sind es 500 Milligramm, bei größeren Anlagen soll statt bisher 150 Milligramm nur noch ein Drittel dieser Menge ausgeworfen werden dürfen. Die Liste der organischen Verbindungen wird um etwa 25 Schadstoffe erweitert, für die es bisher in der Umweltgesetzgebung keine Regelung gab. Erstmals werden in großem Umfang emissionsmindernde Maßnahmen für geruchsintensive Stoffe vorgesehen. Minister Zimmermann sagte zu der Vorlage, damit solle ein „bedeutsamer Schritt auf dem Wege einer konsequenten Vorsorgepolitik vollzogen werden".

Zum zweiten Mal muß Arafat weichen

1982 aus Beirut evakuiert / Der PLO-Führer versprach, nicht zurückzukehren

PETER M. RANKE, Athen

Schon einmal, im August 1982, zog PLO-Chef Arafat aus Libanon ab. Der Beiruter Hafen war von amerikanischen Soldaten abgesperrt, in den Speichern und zerstörten Büro-Häusern ringsum lagen israelische Soldaten hinter ihren Maschinengewehren. Einer von ihnen hatte Arafat im Visier, aber er schoß nicht. Dicht umdrängt von Fernseh-Teams und Reportern nahm Arafat mit dem V-(Sieges)Zeichen der rechten Hand Abschied von der Stadt, die er zu einem Hauptquartier des Terrors gemacht hatte.

Ehe Arafat auf den griechischen Dampfer „Atlantis" stieg, der ihn zu seinem Freund Papandreou nach Piräus brachte, gab es eine Abschiedszeremonie. Ministerpräsident Wazzan und Arafat umarmten sich. Auch die Botschafter Frankreichs und Griechenlands waren zugegen. Die Franzosen wollten zunächst für Arafat eine Ehrengarde der damals schon anwesenden alliierten Friedenstruppe stellen. Aber die Amerikaner winkten ab.

In wochenlangen Verhandlungen mit den Palästinensern und Syrern, die in West-Beirut von den Israelis seit 10. Juni eingeschlossen waren, hatte der amerikanische Unterhändler Philip Habib den Abzug Arafats, seiner etwa 9000 Kämpfer und der syrischen Brigade ausgehandelt. Das sichere Geleit und den Schutz der Bevölkerung übernahm die eilends herbeigerufene Friedenstruppe, der Amerikaner, Franzosen, Briten und Italiener angehörten. Als die Palästinenser abgerückt waren, zogen auch sie ab – und kamen nach den Massakern in Sabra und Shatil Mitte September zurück.

Arafat hatte bei den Verhandlungen versprochen, daß er nicht zurückkehren werde. Schriftlich wurde das allerdings nicht vereinbart, auch nichts über den Schutz der Palästinenserlager. Jedoch erwies sich Arafat schon damals als Meister der Verzögerung, des Hinhaltens und Plänemachens. Der geduldige Amerikaner Habib, selbst libanesischer Abkunft, glaubte viel zu lange, Arafat und seine PLO werde durch sein gutes Zureden Beirut räumen. Erst als die israelischen Truppen Mitte August den Einschließungsring enger zogen und die Quartiere der Palästinenser und Linksmilizen schwer bombardierten, stimmte Arafat innerhalb weniger Tage dem Abzug zu.

Tagelang rollten dann die Lkw-Transporte mit den leicht bewaffneten Palästinensern und syrischen Soldaten über die Damaskus-Straße nach Osten. Die Syrer durften auch ihre Panzer mitnehmen. Israelische Offiziere und Soldaten sahen zu. Die PLO-Kämpfer machten vor zahlreichen Kameras das V-Zeichen, ihre Lastwagen waren mit Arafat-Plakaten geschmückt. Die Syrer zogen mit Kleiderspinden, Betten, Kühlschränken und Fernsehapparaten ab. Sie hatten sich schon häuslich in Beirut eingerichtet.

Aber die Libanesen, die am Straßenrand standen, wurden enttäuscht. Die Transporte gingen nur bis in die Bekaa-Ebene, nicht bis Damaskus. Die syrischen Soldaten wurden auf Fronteinheiten verteilt, die Palästinenser zogen in die Lager oder sammelten sich in Baalbek oder Tripoli.

Nur die über See abgezogenen PLO-Kämpfer blieben den Winter über in Tunis, Algier oder im Jemen. Dann kehrten die meisten von ihnen nach Damaskus und Tripoli zurück. Schon im Oktober 1982 stellte die libanesische Geheimpolizei fest, daß im moslemischen West-Beirut PLO-Männer aus ihren Verstecken im „Untergrund" kamen oder neu in die Stadt geschleust wurden, um Terrorkommandos zu bilden. Die in Sabra und Shatila festgestellten Waffenlager wurden niemals geräumt. Sie bilden heute das Arsenal für immer neue Bombenanschläge und Überfälle auf Armee und Friedenstruppe.

(SAD)

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Viele wollen mehr Lohn statt kürzerer Arbeit

hy. Düsseldorf

Die Gewerkschaftsforderung nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist unter den Arbeitnehmern selbst umstritten. Diesen Schluß zieht der Arbeitgeberverband Gesamtmetall aus einer repräsentativen Umfrage des Emnid-Institutes (Bielefeld). Dabei sprachen sich auch immer mehr Arbeitnehmer für Lohnerhöhungen anstelle einer Arbeitszeitverkürzung aus.

Auf die Frage „Halten Sie die Forderungen der Gewerkschaft nach einer Verkürzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von derzeit 40 auf 35 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich im Jahr 1984 für richtig oder nicht?" antwortete Ende November die Mehrheit von 40 Prozent mit „nicht richtig". 34 Prozent der 1400 Befragten stimmten der Forderung zu. Dagegen hatten sich noch Anfang Oktober 39 Prozent für die 35-Stunden-Woche und 32 Prozent gegen sie ausgesprochen. Gesamtmetall liest daraus ab, daß den Beschäftigten zunehmend bewußt wird, daß der „18prozentige Kostenhammer 35-Stunden-Woche" weder Arbeitsplätze schafft noch sichert, sondern sogar den eigenen Arbeitsplatz gefährdet.

Bei der zweiten Frage „Wenn Sie in der Tarifrunde 1984 zu wählen hätten, a) entweder eine kürzere Wochenarbeitszeit und dann aber keine Lohnerhöhung oder b) eine Lohnerhöhung, dann aber keine Wochenarbeitszeitverkürzung, was würden Sie wählen?" entschieden sich noch Anfang Oktober 38 Prozent für eine Wochenarbeitszeitverkürzung statt für mehr Lohn (29 Prozent), Ende November aber votierte bei dieser Frage eine klare Mehrheit von 42 Prozent für Lohnerhöhung gegenüber nur noch 27 Prozent für eine Arbeitszeitverkürzung.

Dagegen setzte gestern in Frankfurt die IG Metall das Ergebnis einer Umfrage des Institutes für angewandte Sozialwissenschaften (Infas). Danach wünschten sich 55 Prozent der Arbeitnehmer eine kürzere Arbeitszeit.

Blüm: Vorruhestand schon von April 1984 an

Kabinett räumt eine „Mittelstandskomponente" ein

GISELA REINERS, Bonn

„Wenn alles gut geht", dann kann nach Einschätzung von Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) die von ihm ausgearbeitete Vorruhestandsregelung im April 1984 Gesetz sein. Das Bundeskabinett hatte am späten Montagabend der Regelung zugestimmt, nach der von 1984 bis 1988 die Jahrgänge 1925 bis 1929 nach dem abgeschlossenen 59. Lebensjahr in den „Vorruhestand" treten können. Sie sollen 65 Prozent ihres Bruttogehaltes beziehen, von denen sie Lohnsteuer und Beiträge für die Renten- und Krankenversicherung zahlen müssen. Arbeitgeber, die den freiwerdenden Posten neu besetzen oder in Betrieben mit bis zu 20 Arbeitnehmern einen zusätzlichen Lehrling ausbilden, erhalten 40 Prozent des Vorruhestandsgeldes vom Arbeitsamt ersetzt. Über die Finanzierung der Differenzsumme müssen Tarifverträge vereinbart werden.

Noch während der Beratungen des Bundeskabinetts war der CSU-Vorsitzende Strauß auf einer Veranstaltung des Wirtschaftsbeirats der CSU in München mit Äußerungen in die Öffentlichkeit getreten, die eine Distance zu den ursprünglichen Blüm-Plänen erkennen ließen. Die Vorruhestandsregelung, so Strauß, dürfe sich nicht auswirken wie eine zweite Lohnfortzahlung. Er sprach zudem von drohenden Belastungen für die Klein- und Mittelbetriebe.

Gegenüber dem ersten Gesetzentwurf ist in die jetzt gebilligte Regelung aber eine „Mittelstandskomponente" eingearbeitet worden. Betriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern können den Vorruhestand verwehren, wenn sonst für sie die Kosten untragbar würden oder sie auf den Mitarbeiter nicht verzichen können. Der öffentliche Dienst ist nicht von vornherein ausgeschlossen, doch Blüm ließ keinen Zweifel daran, daß die öffentlichen Arbeitgeber kein Angebot machen werden. Er verwies darauf, daß die Ministerpräsidenten kürzlich Initiativen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit angekündigt hatten.

Blüm betonte, daß die 65 Prozent vom Bruttogehalt als Vorruhestandsgeld nur eine Untergrenze seien. Es stehe den Tarifpartnern frei, einen höheren Prozentsatz zu vereinbaren, den Tariflohn, das Monats- oder Jahresgehalt zugrunde zu legen. Der Vorruheständler werde jetzt etwa 70 Prozent seiner Nettobezüge behalten und der „Eckrentner", der 40 Jahre lang Durchschnittsbeiträge gezahlt habe, eine um 40 Mark niedrigere Altersrente beziehen. Laut Blüm ist das Vorruhestandsgeld höher als das Arbeitslosengeld und auch höher als das Altersruhegeld des Rentners mit 40 Versicherungsjahren und Durchschnittsverdienst.

> „Wenn wir die Schwarzarbeit mit Arbeitszeitmaßnahmen bekämpfen wollten, dann müßten wir die 90-Stunden-Woche einführen."
> Norbert Blüm

Will jemand nach einem Jahr Arbeitslosigkeit mit 60 Rente beziehen, muß sein Arbeitgeber auch das vorgezogene Altersruhegeld erstatten, und das für mindestens drei Jahre, wenn der Arbeitnehmer zehn Jahre bei ihm beschäftigt war. Allerdings gibt es Ausnahmen für die Erstattungspflicht: wenn der Betrieb öffentliche Gelder erhält oder sonst Konkursgefahr bestünde.

Eine Kontrolle der Wiederbesetzung lehnt Blüm ab. Es genüge, für die Erstattung, wenn der Unternehmer glaubhaft mache, daß der Platz wieder besetzt worden sei. Weil von den Arbeitnehmern Lohnverzicht geleistet werden müsse, um das Vorruhestandsgeld aufzubringen, glaube er an große „Aufmerksamkeit", die ein „Schummeln" so gut wie unmöglich mache.

DAG vermutet „Gebärpflicht" in Bayern

AP, München

Erstaunt über die „Gebärpflichtigkeit" bayerischer Beamtinnen hat sich die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft gezeigt. DAG-Landesverbandsleiter Heinz-Georg Harbauer äußerte Unverständnis für die „bayerische Initiative zum Mutterschaftsgeld". Die bayerische Regelung, die vorsieht, daß zwar für die Beamtinnen das Mutterschaftsgeld auf den alten Betrag von 750 Mark aufgestockt wird, nicht hingegen für weibliche Angestellte und Arbeiterinnen, stelle keineswegs ein „familienpolitisches Signal" dar, „es sei denn, die bayerische Staatsregierung beabsichtigt, das Berufsbild der Beamtinnen mit dem Merkmal ‚außergewöhnlicher Gebärpflichtigkeit' zu bereichern und das Beilager zur dienstlichen Obliegenheit zu erklären".

Zwar sei es richtig, fuhr Harbauer fort, daß die Entscheidung des Bundes, das Mutterschaftsgeld zu kürzen, ein Negativsignal für die Geburtenentwicklung darstelle. Er bezweifele jedoch, daß die bayerischen Beamtinnen als einzige „ausersehen und berufen" seien, diesen Trend zu bekämpfen.

IG Metall gegen „Einmischung" Kohls

AP, Frankfurt

Die IG Metall hat sich gegen die „erschreckende und fortlaufende Einmischung" der Bundesregierung und „vor allem von Bundeskanzler Kohl" in die derzeitige Tarifrunde verwahrt. Das für Tarifangelegenheiten zuständige Vorstandsmitglied Hans Janßen erklärte, sollte der Bundeskanzler weiterhin die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als „dumm und töricht" bezeichnen, könne dies auf ihn selbst zurückschlagen. Die IG Metall werde es nicht hinnehmen, daß sich Kohl und die Bundesregierung „zum Sprecher und Bundesgenossen der Arbeitgeber" machten.

„Mehr Zurückhaltung der Richter"

Carstens warnt vor politischen Äußerungen vor einem Verfahren / Benda in „ernster Sorge"

XING-HU KUO, Karlsruhe

Bundespräsident Karl Carstens hat die Richter in der Bundesrepublik Deutschland aufgefordert, sich bei politischen Äußerungen zurückhaltender als bisher zu verhalten. Während einer Feierstunde im Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anläßlich der Verabschiedung von Präsident Ernst Benda und der Ernennung von Wolfgang Zeidler zu dessen Nachfolger erklärte Carstens, zwar hätten auch Richter „wie jeder andere Staatsbürger das Recht, ihre Meinung frei zu äußern". Allerdings sollten sie sich „innerhalb und außerhalb ihres Amtes so verhalten, daß das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit nicht leidet".

Denn, so argumentierte der Bundespräsident, ein Richter, der sich zu politischen Fragen öffentlich äußere, erleide „eine zweifache Einbuße". Erstens lege er sich selbst in gewisser Weise fest, bevor er alle Argumente kenne oder kennen könne, die später einmal vorgebracht werden könnten, zum anderen setze er „das Vertrauen der Allgemeinheit in seine Unparteilichkeit aufs Spiel", betonte Carstens. Diese Bedenken seien um so schwerwiegender, „als die Neigung bei uns zunimmt, politisch kontroverse Fragen den Gerichten und insbesondere dem Bundesverfassungsgericht zu unterbreiten", sagte Carstens weiter. Man müsse sich deshalb fragen, ob es „für die politische Kultur unseres Landes gut" sei, wenn immer häufiger politische Streitfragen bei Gericht anhängig gemacht werden.

An dem Festakt nahmen neben Carstens auch Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundestagspräsident Rainer Barzel, Bundesratspräsident Franz Josef Strauß, mehrere Ministerpräsidenten der Länder sowie Bundesminister aus Bonn teil. Kohl würdigte wie die übrigen Redner die Verdienste des höchsten deutschen Gerichtes, des jetzt nach zwölf Jahren scheidenden Präsidenten Benda und zwei weiterer verabschiedeter Richter bei der Wahrung von Verfassungsmäßigkeit und Recht in der Bundesrepublik Deutschland. Der Kanzler nannte die Feierstunde eine „Demonstration im besten Sinne dieses Wortes". Jetzt werde nämlich „ein Bekenntnis aller Verfassungsorgane zur Gemeinsamkeit im Respekt vor unserer Verfassung abgelegt".

Das Bundesverfassungsgericht, so der Kanzler weiter, sei als neue Institution im deutschen Verfassungsleben von den Bürgern unseres Landes ungewöhnlich rasch angenommen worden. Dadurch habe die politische Kultur der Republik gewonnen. Kohl sprach sich für ein entschiedenes „Festhalten an einer wehrhaften Demokratie" aus, denn es gelte, den einzelnen vor Grundrechtsbruch, Rechtsmißbrauch und erst recht vor Willkür zu schützen. Aber auch Verfassung und Staat bedürften dieses Schutzes, unterstrich Kohl.

Bundestagspräsident Barzel erklärte, der Bundestag möchte dem höchsten Gericht auch dann seinen „hohen Respekt" ausdrücken, wenn das Bundesverfassungsgericht das Parlament kritisiere oder korrigiere. Denn so wolle es das Grundgesetz und das Prinzip der Gewaltenteilung, so wolle es „unsere parlamentarische Demokratie". Das Verhältnis zwischen dem Bundestag und dem Verfassungsgericht habe sich deshalb „bei natürlichem, gelegentlichem Ärger" bewährt.

In seiner Abschiedsrede erklärte Benda, er wolle „keine Ratschläge erteilen außer dem einen: Das Gericht sollte nicht auf die Ratschläge seiner in den Ruhestand gehenden Kollegen hören. Das Gericht muß vielmehr in jeder neuen Besetzung seinen eigenen Weg suchen". Benda sprach von der „ernsten Sorge", daß auch das Bundesverfassungsgericht durch den immer steigenden Geschäftsanfall „zunehmend in Zeitnot" gerate. Dies müsse auf die Dauer zu Lasten der Qualität seiner Arbeit gehen, wenn die seit Jahren diskutierte Frage, wie das Gericht entlastet werden könne, nicht bald zu „konkreten Ergebnissen" führe. Für den scheidenden Präsidenten ist es „wichtiger als die Wahrung und Entwicklung der Verfassung", „daß die Menschen unseres Landes zu ihrem Staat eine innere, auch gefühlsmäßige Verbundenheit entwickeln können". Sie müssen, so Benda weiter, „den Staat nicht nur als das große Dienstleistungsunternehmen begreifen, das sich um die Wohlfahrt seiner Bürger bemüht, er ist vor allem der Hort der Freiheit und der Gerechtigkeit", erklärte Benda.

Mit Ernst Benda wurden die Richter Walter Rudi Wand und Joachim Rottman verabschiedet. Zum neuen Vizepräsidenten wurde der ehemalige baden-württembergische Innenminister Roman Herzog berufen, zu Nachfolgern der ausgeschiedenen Richter Ernst-Wolfgang Böckenförde und Hans-Hugo Klein. Wolfgang Zeidler ist der erste Sozialdemokrat an der Spitze des höchsten deutschen Gerichtes.

Bonn bleibt bei seiner Afrikapolitik

CSU-Minister erreichten die Streichung des Wortes „Südafrika" aus Apartheid-Kritik

BERNT CONRAD, Bonn

Das Bundeskabinett hat nach gründlicher Diskussion eine 32seitige Antwort auf eine große Anfrage der SPD zur Afrikapolitik beschlossen. Der Text, der gestern dem Bundestagspräsidium zugeleitet wurde, verbindet nach Angaben aus Regierungskreisen Kontinuität in der Sache mit einer für alle Koalitionspartner annehmbaren Sprache. Auf dieser Grundlage wird die Bundesregierung die für Anfang 1984 zu erwartende Afrika-Debatte des Bundestages bestreiten.

Regierungssprecher Peter Boenisch beschränkte sich gestern vor der Presse auf den kurzen Hinweis, die Regierungsantwort bekräftige die Entschlossenheit Bonns, sich für möglichst rasche friedliche Lösungen im südlichen Afrika einzusetzen. Auf Fragen versicherte er, die CSU-Minister hätten dem Text zugestimmt. Eine CSU-Frontstellung gegen andere habe es nicht gegeben. Boenisch betonte: „Es bleibt dabei, daß das Konsulat in Windhuk geschlossen bleibt."

Hinter diesen Bemerkungen verbarg sich ein seit Monaten hinter den Kulissen andauerndes Tauziehen zwischen dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und dem FDP-Vorsitzenden, Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Strauß hatte intern und öffentlich immer wieder bemängelt, daß die von Bundeskanzler Helmut Kohl geführte Regierung eine von Genscher in der Zeit der sozial-liberalen Koalition konzipierte Afrikapolitik unverändert fortsetze, ohne die von der CSU geäußerten Bedenken zu berücksichtigen.

Die Hauptforderungen des bayerischen Ministerpräsidenten waren: mehr Verständnis für die internen Probleme Südafrikas, keine einseitige Parteinahme zugunsten der von der UNO-Mehrheit unterstützten Untergrundorganisation Swapo in Namibia, Wiedereröffnung des auf Druck der UNO und der Swapo geschlossenen Konsulats der Bundesrepublik in der namibischen Hauptstadt Windhuk.

Nach Angaben von Teilnehmern zeigte sich jedoch in der „sehr abgewogenen, emotionsfreien Diskussion" im Bundeskabinett am Montagabend, daß es bei den Differenzen unter den Koalitionspartnern mehr um Akzentfragen als um Prinzipien ging. „Grundlegend war die Tatsache, daß unser Spielraum in der Afrikapolitik durch die Afrikapolitik unserer Freunde, vor allem der USA und der EG-Partner und insbesondere der Teilnehmer der westlichen Fünfergruppe, bestimmt wird", hieß es in Regierungskreisen. Für schwerwiegende Veränderungen in der Afrikapolitik gebe es international keinen Raum. Dies sei die Meinung Kohls und Genschers.

Deshalb stand ein Abgehen von der UNO-Resolution 435 und den daraus resultierenden gemeinsamen Namibia-Vorschlägen der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der Bundesrepublik, wie zu erfahren war, im Kabinett nicht zur Debatte. Auch eine Wiedereröffnung des Konsulats in Windhuk hielten Kanzler und Außenminister für nicht aktuell. Ausdrücklich betont wurde hingegen die positive Rolle der afrikanischen „Frontstaaten" bei den Bemühungen um eine Namibia-Lösung.

Die CSU-Minister erreichten allerdings, daß der vom Auswärtigen Amt vorgelegte Text an einigen Stellen sprachlich verändert wurde. So wurde bei der Kritik an der Apartheidpolitik das Wort „Südafrikas" gestrichen, so daß jetzt nur noch ganz allgemein die Apartheid und damit jede Diskriminierung, sowohl Schwarzer als auch Weißer, verurteilt wird. Andere Korrekturen gingen in eine ähnliche Richtung. Das Ergebnis wurde in Regierungskreisen als ein „überzeugendes Stück übereinstimmender Afrikapolitik" bezeichnet.

Demnach wird sich an der praktischen Politik kaum etwas ändern. Dies relativiert sich nach Ansicht von Experten dadurch, daß angesichts der festgefahrenen Situation in der Namibia-Frage derzeit ohnehin kaum Möglichkeiten für Bonner Aktivitäten bestehen. Die Fünfergruppe hatte praktisch schon im letzten Sommer ihre Tätigkeit als vorläufig beendet angesehen.

Blüm contra Wirtschaftsrat

Rei. Bonn

Arbeitsminister Blüm (CDU) hat gestern vor der Presse in Bonn versichert, daß es mit ihm keine Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall geben werde. Auf entsprechende Forderungen des Wirtschaftsrates der CDU sagte Blüm, er sei angetreten als „Lebensretter" des Sozialsystems, nicht „als Axt im Walde". Es müßten allerdings soziale Besitzstände überprüft werden. So hätten sich manche Schutzvorschriften als Sperre erwiesen. Bei der Krankenversicherung überlege man, wie der Leistungskatalog „zusammengedrückt" werden könne. Aber bei der Lohnfortzahlung höre es auf.

Berliner SPD verliert 68 Mitglieder / Schwere Vorwürfe

■ Fortsetzung von Seite 1

sten", dem bei einer vergeblichen Suche nach Mehrheiten durchaus ein „Volksfront-Bündnis mit den Alternativen zuzutrauen ist, die ja zur Mehrzahl aus Kommunisten bestehen". Derart harte Worte, mit denen der Redner auf derzeit an der Spree schwelende Koalitionsgerüchte zwischen SPD und AL anspielte, gab es in der Berliner Sozialdemokratie lange nicht mehr.

Mit offenkundiger Hilflosigkeit versucht gleichzeitig die Berliner Parteispitze einer Entwicklung zu begegnen, die das durch den Weizsäker-Abgang in der Partei entstandene Stimmungshoch wieder in den Keller treiben dürfte. Der SPD-Landesgeschäftsführer Hans-Joachim Pfaff sprach von einem Komplott „konservativer Kräfte" und von einer „von langer Hand geplanten Aktion". Der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Hans Kremendahl ließ über die Nachrichtenagentur Reuter verbreiten, die Austritte würden durch ein Rechtsanwaltsbüro koordiniert, das „enge Kontakte" zur rechtsgerichteten „Bürgergemeinschaft" und zum Axel-Springer-Verlag unterhalte. Die Ausgetretenen dazu: „Ein zusammengesponnenes Märchen."

Reist Glemp in die Sowjetunion?

Geplante Besuche in Wilna und Riga / Warschau begrüßt Weihnachtsbotschaft des Primas

DW./AFP, Warschau

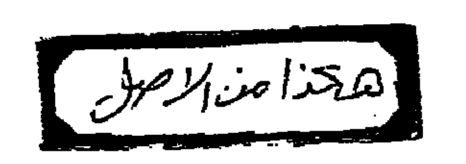
In Warschau sind Spekulationen darüber laut geworden, daß der polnische Primas, Kardinal Jozef Glemp, eine Reise in die Sowjetunion plant. Ein hoher kirchlicher Würdenträger habe mitgeteilt, daß der Primas in Kürze einer Einladung des Patriarchen der orthodoxen Kirche nach Moskau Folge leisten werde. Das Sekretariat des polnischen Episkopats in Warschau wollte diese Nachricht gestern weder bestätigen noch dementieren.

Glemp wünsche sich, wie es in Warschau heißt, als Stationen seiner Reise die litauische Hauptstadt Wilna und das lettische Riga. Das genaue Datum, die Reiseroute und die Zusammensetzung der polnischen Delegation stünden noch nicht fest. Dem Vernehmen nach wäre die Reise in Zusammenhang mit den Ökumene-Bestrebungen und der vom Vatikan gewünschten „Vermittlerrolle" für Frieden und Abrüstung zu bringen.

In der Weihnachtsbotschaft des polnischen Primas, die an den Feiertagen in allen polnischen Kirchen verlesen wird, hat sich Glemp gegen die politische Betätigung von Priestern ausgesprochen und gleichzeitig Staat und Gewerkschaftsbewegung zur Verständigung aufgerufen. In dem in Warschau vorab veröffentlichten Text kritisierte er indirekt Regierung und Untergrundführung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität".

Glemp sagte, das Wort „Versöhnung", das ohnehin einen Teil seiner Bedeutung verloren habe, sei alleine noch kein Programm. Mit dem Begriff „nationale Versöhnung" bezeichnet die Regierung in Warschau ihre Bemühungen, die regimekritischen Arbeiter zurückzugewinnen. Der Kardinal lehnte auch das von der „Solidarität" in Sabotageaufrufen aus dem Untergrund benützte Motto „Je schlimmer, desto besser" ab. Er bezeichnete es als „unchristlich und selbstmörderisch". Er formulierte: „Polen muß gerettet werden. Man kann nicht an dem sparsamen Kleidchen ziehen, mit dem das Vaterland seine Nacktheit bedeckt." In diesem schweren Augenblick wolle auch die Kirche der Nation dienen.

Vom polnischen Regierungssprecher Jerzy Urban würde gestern die Weihnachtsbotschaft des Primas begrüßt. Urban sagte in Warschau, diese Botschaft beweise nach Auffassung der Regierung das „richtige Verständnis von der Rolle der Kirche im öffentlichen Leben des Landes".



Vertrauen in den Markt

fu. (London) – Der massive Wertanstieg des amerikanischen Dollars wird die Regierung Thatcher nicht von ihrem Standpunkt abbringen, daß es kein festes Paritätenziel für das Pfund Sterling geben sollte. So offen hat sich kaum zuvor ein Mitglied der Regierung dazu bekannt, daß London überhaupt keine Wechselkurspolitik betreibt, wie dies jetzt Schatzkanzler Nigel Lawson vor einem gemischten Parlamentsausschuß getan hat. Der Schatzkanzler: „Die Entwicklung des Pfundkurses gegenüber den wichtigen Währungen überlassen wir ganz den Marktkräften." Nur extrem erratische Schwankungen würden durch Interventionen der Bank von England „abgepolstert".

Dies ist eine absolut vernünftige Einstellung. Es ist ja auch nicht so, daß die Tatsache, daß keine feste Wechselkurspolitik betrieben wird, schon bedeutet, daß die Paritäten chaotische Entwicklungen nehmen. Was will die Londoner Regierung auch unternehmen, wenn feststeht, daß der jüngste Wertverfall des Pfundes gegenüber dem amerikanischen Dollar die Stärke des Dollar und nicht eine Schwäche des Pfund widergibt? So ist der Wert des Pfund gegenüber einem Korb ausländischer Währungen seit Anfang des Jahres erstaunlich stabil geblieben.

Dies ist um so bemerkenswerter, als am internationalen Ölmarkt seit Monaten ein Druck auf die Preise festzustellen ist. Aber selbst wenn es zu Wertverlusten des Pfund auch gegenüber der D-Mark und anderen führenden Währungen käme, täte London recht daran, nicht auf die Opposition zu hören, sondern die Kursentwicklung den Marktkräften zu überlassen. Wer will im übrigen schon genau wissen, wo die richtige Parität liegt?

Konsequent

dos – Eines werden die Aktionäre der Volkswagenwerk AG, wenn sie den Jahresabschluß 1983 in den Händen halten, dem Vorstand nicht vorwerfen können: mangelnde Konsequenz. Die Gunst der dividendenlosen Stunde nutzend, wurde in Wolfsburg mehr als nur das unbedingt Notwendige getan, um das Fundament für die Wende in der Ertragsentwicklung einzuziehen. Vor diesem Hintergrund wird vor allem die Bilanz der Muttergesellschaft zu analysieren sein. Um reinen Tisch zu machen, werden die Beteiligungen an den lateinamerikanischen Töchtern in erheblichem Umfang abgeschrieben. Der Hinweis des VW-Finanzchefs, Rolf Selowsky, das positive Ergebnis der AG werde in der Bilanz 1983 nicht sichtbar, spricht für sich. Denn auch für die Einführung des neuen Golfs mußten gewaltige Vorleistungen erbracht werden. Im kommenden Jahr schon, so rechnen die Wolfsburger, sollen die ersten Früchte des finanziellen Kraftakts eingefahren werden. Zweifel daran sind kaum erlaubt. Dies dürfte auch die Stimmung der Aktinonäre auf der kommenden Hauptversammlung verbessern.

Schwere Hypothek

Von KAREN SÖHLER

Wellen der Euphorie überrollen Argentinien seit einigen Wochen. Der Grund: Nach acht Jahren Militärregierung wird das Land der südlichen Hemisphäre wieder von einer demokratischen Regierung geführt. Die Frage ist nur, wie lange diese Hochstimmung anhält, ob das Volk auch langfristig die neue Führungsspitze stützt. Daß der neue Präsident, Raúl Alfonsin, den liberalen, pragmatisch denkenden Bernardo Grinspun zum Wirtschaftsminister erkoren hat, reicht nicht aus, um den Karren der zerrütteten Wirtschaft aus dem Dreck zu ziehen. Viel entscheidender wäre, daß vor allem die Gewerkschaften und die peronistische Opposition – die nach 30 Jahren noch immer dem Volksbeglückungsexperiment Juan Domingo Peróns nachhängen – erkennen, was die Stunde geschlagen hat: eine Teuerungsrate in diesem Jahr von 400 bis 450 Prozent, eine verheerende Liquiditätslage der Unternehmen, die im Augenblick Zinssätze von bis zu 33 Prozent im Monat zahlen, eine Arbeitslosenquote von rund 15 Prozent, ein Haushaltsdefizit, das 14 Prozent des Bruttosozialproduktes ausmacht, und Auslandsschulden von insgesamt 40 Milliarden Dollar. Diese wirtschaftlich angespannte Lage erzwingt eine straffe Austerity-Politik und läßt zumindest in dieser Legislaturperiode mit Sicherheit keine sozialen Zugeständnisse zu.

Jedoch – Grinspun mag sich offenbar nicht auf die Einsicht der Argentinier verlassen. Eine seiner ersten Amtshandlungen war es, Lohnerhöhungen von etwa 50 Prozent – gemessen am Mindestlohn – durchzusetzen. Dieses populistische Vorgehen dämpft freilich die Hoffnung auf eine ernsthafte Sparpolitik.

Zudem haben die Unternehmen – die staatlichen und die privaten – in den letzten Jahren genug Federn gelassen. Sie werden dem durch diese Maßnahme entstehenden Kostendruck nicht standhalten können. Konsequenz: Die Ausgabensteigerung wird zu einer erneuten Geldschöpfung führen. Und was wäre besser geeignet, der Inflation einen weiteren Schub zu versetzen, als eine Ausweitung der Liquidität.

Freilich – mit den Lohnsteigerungen gehen zahlreiche Preiskontrollen einher. Für Lebensmittel, Arzneimittel, Zigaretten, Zement und Schulartikel gelten Preisstopps für eine noch unbegrenzte Dauer. Zusätzlich werden die Gewinnspannen im Groß- und Einzelhandel überwacht und eingeschränkt. Mit diesem Schritt soll den Unternehmen die Möglichkeit genommen werden, die erhöhten Lohnkosten auf die Preise abzuwälzen. Damit scheint ein weiterer Auftrieb der Teuerungsrate unmöglich. Aber diese Hoffnung trügt. Hat doch die Erfahrung gelehrt, daß nach einer späteren Lockerung der Zügel ein Preisschub mit um so größerer Geschwindigkeit und Gewalt einsetzt. Zudem fragt es sich, wie die Unternehmen ihre Investitionen eigentlich finanzieren sollen, um den Anschluß an die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht völlig zu verlieren.

Auch die verhängten Importsperren für „nicht lebenswichtige Güter" und die Genehmigungspflicht für andere Einfuhren – nur die für die inländische Industrie wichtigen Rohstoffe sind ausgenommen – lassen das Herz eines Marktwirtschaftlers nicht unbedingt höher schlagen. Sicher – Grinspuns Ziel steht außer Frage: Wenig Devisen ausgeben, viel Fremdwährung ins Land hereinholen. Diese Haltung ist durchaus verständlich in Anbetracht der Tilgungszahlungen, die 1984 auf Argentinien warten: Etwa 20 Milliarden Dollar, wobei zwei Milliarden aus Rückstellungen und rund sieben Milliarden Dollar aus Fälligkeiten aller staatlichen Stellen, die nicht umgeschuldet werden konnten, eingeschlossen sind. Argentinien möchte den ganzen Betrag so umschulden, daß der Schuldendienst (Tilgungen und Zinsen) aus dem Handelsbilanzüberschuß bestritten werden kann. Der Ausfuhrüberhang betrug in diesem Jahr 3,5 Milliarden Dollar.

Trotz der zahlreichen dirigistischen Maßnahmen darf man dem neuen Wirtschaftsminister sicherlich nicht absprechen, daß er langfristig einen freien Markt anstrebt. Nur, wie Insider erklären, sei Grinspun eben ein Mann, der eher staatliche Eingriffe als Patentrezept ansieht, um jenes Fernziel zu erreichen. Den Weg vorschnell zu verurteilen, wäre sicher falsch, zumal auch nicht ersichtlich ist, welche Finanzpolitik die neue Regierung in Zukunft verfolgen wird. Und angesichts der schon phantastisch anmutenden Hypothek, die auf dem jungen Regime lastet, reicht der Blick durch eine Brille wohl nicht aus.

BUNDESBANK / Monatsbericht zieht eine positive Bilanz für das Jahr 1983

Seit dem Sommer trägt auch der Export zum Wirtschaftsaufschwung bei

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Eine aus wirtschaftspolitischer Sicht „verhältnismäßig positive" Bilanz für das Jahr 1983 zieht die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht. Erstmals seit 1980 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder etwas gewachsen. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte um ein Prozent gestiegen sein. Die Beschäftigungslage war nicht ganz so ungünstig wie zunächst befürchtet. Die Preise stiegen weniger als angenommen. Die Leistungsbilanz wird mit einem Überschuß etwa in vorjähriger Höhe (8,5 Milliarden Mark) schließen.

Der wirtschaftliche Erholungsprozeß habe sich nach den Ferienmonaten auf gefestigter Basis fortgesetzt, schreibt die Bundesbank, die für das vierte Quartal mit einer Produktionssteigerung um etwa 2,5 bis drei Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit rechnet. Sie sieht im leichten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl von August bis November, dem Abbau von Kurzarbeit bei gleichzeitiger Zunahme von Überstunden und der Vermittlung von mehr Stellen an Arbeitssuchende auch erste Anzeichen für eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt.

Zur Stütze der bis zum Sommer hauptsächlich von der Inlandsnachfrage getragenen Konjunktur hat sich inzwischen auch der Export gemausert. Das verarbeitende Gewerbe verbuchte von August bis Oktober saisonbereinigt 7½ Prozent mehr Aufträge als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Die deutsche Industrie profitierte vor allem von der Konjunkturbelebung in den meisten westlichen Industriestaaten. Außergewöhnlich kräftige Exportsteigerungen meldet die Bundesbank in die USA (28 Prozent), nach Kanada (plus 32 Prozent) und Großbritannien (plus 14 Prozent), wobei auch der niedrige D-Mark-Kurs mitgeholfen habe.

Bemerkenswert zugenommen haben auch die Ausfuhren in die meisten Nachbarländer und nicht zuletzt in die Staatshandelsländer; in einigen hochverschuldeten Ostblockländern sei der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß möglicherweise so weit fortgeschritten, daß wieder mehr Spielraum für die Ausweitung der Nachfrage nach westlichen Industrieprodukten bestehe, meint die Bundesbank. Als Schwachstellen hebt die Notenbank die Exporte nach Frankreich (minus vier Prozent), dem größten Handelspartner, sowie in die Opec-Staaten (minus 28 Prozent) hervor.

Die Exportbelebung kam vor allem der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zugute. Die Ausfuhren klassischer deutscher Exportprodukte der Investitionsgüterindustrie stiegen bislang nur zögerlicher; doch aus der Zunahme der Bestellungen schließt die Bundesbank auf bald auch stärker wachsende Lieferungen.

Mit der Konjunkturerholung in der Bundesrepublik, die von der verstärkten Investitionstätigkeit, von der Auslandsnachfrage sowie vom wieder zunehmenden privaten Verbrauch Impulse erhielt, haben sich auch die Einfuhren von August bis Oktober weiter kräftig erhöht. Gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatsabschnitt stiegen sie um real 2,5 und nominal 4,5 Prozent, gegenüber der gleichen Vorjahreszeit ist das ein Plus von 7,5 Prozent; besonders ausgeprägt war der Einfuhranstieg von Fertigwaren (plus 15 Prozent gegenüber August/Oktober 82). Ausländische Fertigwaren dürften Marktanteile gewonnen haben, meint die Bundesbank. Besonders stark zugenommen haben die Importe aus Japan (plus 30 Prozent gegenüber August/Oktober 82) und aus Frankreich (plus 11,5 Prozent). Der deutsche Exportüberschuß gegenüber Frankreich hat sich in der Berichtszeit von 4,2 auf 2,9 Milliarden Mark verringert, und gleichzeitig erhöhte sich das deutsche Außenhandelsdefizit gegenüber Japan trotz kräftig gestiegener Exporte von 1,7 auf 2,3 Milliarden Mark.

An der Preisfront registriert die Bundesbank im Herbst zunächst noch Ruhe. Doch mit der Abschwächung der D-Mark im November dürften sich die Warenbezüge aus dem Ausland neuerlich verteuert haben, was auf die Endproduktpreise bisher jedoch noch nicht durchschlug.

KONJUNKTUR

Ifo: Die Belebung wird weiter an Fahrt gewinnen

DANKWARD SEITZ, München

Eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs im gesamten Jahr 1984 erwartet das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München. Nach Ansicht von Ifo-Chef Karl-Heinrich Oppenländer ist ein „klassischer, zyklischer Erholungsprozeß in Gang gekommen". Bei vorsichtiger Bewertung könne man davon ausgehen, daß das reale Bruttosozialprodukt um etwa 2,5 (1,0) Prozent wachsen wird. Sogar ein noch stärkeres Wachstum sei möglich, weil „in einem Aufschwung die Geschwindigkeit meist unterschätzt" würde.

Wachstumsträger seien die Einkommensentwicklung, der Export und die Investitionen. Zugrunde gelegt wird dabei, daß sich die Zahl der Beschäftigten und deren effektive Arbeitszeit konjunkturell bedingt nicht mehr reduziert, sondern wieder leicht zunimmt. Entsprechend wird sich die Brutto- und die Nettolohngehaltssumme, die 1983 stagnierte, um 4,0 bzw. 2,5 Prozent erhöhen und das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 3,5 Prozent zunehmen. Bei unverändertem Anstieg der Verbraucherpreise um drei Prozent und einem Rückgang der Sparquote um 11,0 (11,5) Prozent ergibt sich damit für 1984 wieder ein reales Wachstum des privaten Verbrauchs um rund ein Prozent.

Bei einem um vier Prozent steigenden Welthandelsvolumen wird die Erholung 1984 auch von der Auslandskonjunktur gestützt. Wenn nicht große Unsicherheiten hinsichtlich der finanziellen und politischen Lage in Drittländern und im Nahen Osten sowie protektionistischer Tendenzen in den USA bestünden, wäre ein Exportboom nicht auszuschließen. Realistisch sei jedoch ein reales Plus für die Warenausfuhr von fünf Prozent, einschließlich der Dienstleistungen von 4,5 Prozent. Der Leistungsbilanzüberschuß dürfte von 8,5 Milliarden 1983 auf rund 11,0 Milliarden steigen.

Wegen des Wegfalls der Investitionszulage geht das Ifo davon aus, daß die Ausrüstungsinvestitionen 1984 um vier (fünf) Prozent steigen werden. Im Vordergrund werden noch immer Rationalisierungsmaßnahmen stehen, da die Kapazitätsauslastung erst bei 79 Prozent liege. Erst bei einem Wert von 86 Prozent könne mit echten Erweiterungsinvestitionen gerechnet werden. Im Bausektor wird ein Plus von fünf bis sechs Prozent erwartet.

Das Wachstum wird nach Ansicht von Oppenländer 1984 nur in geringem Umfang dazu beitragen, das Arbeitslosenproblem zu lösen. Im Jahresdurchschnitt müsse mit 2,2 (2,3) Millionen Erwerbslosen gerechnet werden.

Um die Konjunkturerholung durch bessere Rahmenbedingungen in einen sich selbst tragenden Aufschwung überzuleiten, forderte Oppenländer die Bundesregierung auf, schon für Anfang 1986 eine Steuerreform in der Größenordnung von 20 Milliarden Mark vorzubereiten.

AUF EIN WORT



„Im Gegensatz zur geforderten Arbeitszeitverkürzung dient die flexible Arbeitszeitgestaltung mehr der Sicherung des inländischen Arbeitsmarktes. Was wir brauchen, ist eine bessere Anpassung der bezahlten Arbeitszeit an die Produktionsrhythmen unserer Industrie. Optimale Nutzung der Arbeitszeit ist eine wichtigere Komponente als eine starre Arbeitszeitregelung. Leerläufen in ruhigen Zeiten stehen teure Überstunden in Hauptproduktionszeiten gegenüber."

Gerd Somberg, Präsident des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie
FOTO: DIE WELT

Ausländer kauften Renten

Ausländische Anleger haben von August bis Oktober, als die Aussichten für die D-Mark an den internationalen Devisenmärkten günstiger eingeschätzt wurden, soviel deutsche festverzinsliche Papiere gekauft wie nie zuvor in den letzten zehn Jahren: 8,8 Milliarden Mark deutsche Anleihetitel und eine weitere Milliarde ausländischer DM-Schuldverschreibungen. Das geht aus dem Bundesbankbericht hervor. In dieser Zeit ging die Kapitalmarktrendite zugleich um rund ⅜ Prozentpunkte zurück, und am Devisenmarkt schlug sich die höhere Wertschätzung der D-Mark in einer Verbilligung des Dollars von 2,73 auf 2,58 DM nieder.

Für den erheblichen Terrainverlust der D-Mark seit Mitte Oktober würden zwar häufig auch außerökonomische Gründe wie die Zunahme weltpolitischer Spannungen, innenpolitische Entwicklungen und die Vorgänge um die SMH-Bank genannt; tatsächlich aber reiche als Erklärung für den jünsten Dollarkursauftrieb der Zinsvorsprung von Dollaranlagen gegenüber D-Mark-Anlagen aus, solange diese Differenz beträchtlich größer sei als das derzeit geringe aktuelle und erwartete Inflationsgefälle zwischen den USA und der Bundesrepublik, betont die Bundesbank. Seit Jahresbeginn hat sich die D-Mark gegenüber dem Dollar um mehr als 14 Prozent abgewertet. Gegenüber den Währungen von 23 wichtigen Handelspartnern errechnet die Bundesbank seit Jahresbeginn zwar noch eine Aufwertung um 1¼ Prozent, doch das bedeute bei dem gleichzeitig größer gewordenen Preisgefälle eine reale Abwertung der D-Mark.

In ihrem Monatsbericht registriert die Bundesbank ein beschleunigtes Wachstum kurzfristiger und ein verlangsamtes Wachstum langfristiger Kredite; möglicherweise bevorzugten manche Schuldner nach der Leitzinserhöhung Anfang September wieder mehr kurzfristige Finanzierungen, weil sie auf längere Zeit eher wieder mit Zinssenkungen rechneten, kommentiert die Bank dieses Verhalten der Wirtschaft.

MERKLE-VORTRAG

Forderungen der IG Metall sind „geradezu unsozial"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt und die Gewerkschaft es nicht zu einem politischen Machtkampf kommen läßt, dann sollte es aufwärts gehen. Dies ist die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage an der Jahreswende, die Bosch-Chef Hans L. Merkle in einem Vortrag in der Stuttgarter Wertpapierbörse formulierte.

Die derzeitige Tarifrunde sei ein Prüfstein dafür, ob die Wirtschaft die zyklischen Auftriebskräfte zu nutzen wisse, oder ob sie in eine Sackgasse laufe. Es gehe darum, an die Kräfte, die nach oben führten, nicht nur zu glauben, sondern sie zu unterstützen. Das Forderungspaket der IG Metall bezeichnete Merkle als „geradezu unsozial". Die Erfüllung würde zu einer weiteren Gefährdung der Arbeitsplätze führen.

Merkle, der sich von überschwenglichen Konjunkturbeurteilungen distanzierte, verwies darauf, daß der Export der Binnenkonjunktur noch immer nachhinke und daß diese sich eher als Konsum- denn als Investitionskonjunktur präsentiere. In diesem Zusammenhang mahnte er die Regierung, nicht nur auf eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zu denken, sondern auch an eine Senkung der Unternehmensbesteuerung heranzugehen. In der zu hohen Belastung und den zu geringen Abschreibungsmöglichkeiten liege eine der Ursachen dafür, daß hierzulande die Eigenkapitaldecke der Unternehmen zu dünn sei.

Der Arbeitsmarkt habe – so Merkle – auf die Aufschwungtendenzen noch nicht reagiert. Erst bei einem realen Wirtschaftswachstum von mehr als 2,5 bis drei Prozent werde die Arbeitslosenquote zurückgehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Klöckner-Bußgeld soll vollstreckt werden

Düsseldorf (J. G.) – Die Bundesregierung werde jetzt die Vollstreckungsklausel zur Eintreibung des Bußgeldes von 23,9 Mill. DM bei der Klöckner-Werke AG erteilen, nachdem der Europäische Gerichtshof die Klöckner-Klage gegen dieses Bußgeld, das von der EG-Kommission wegen Produktionsquotenüberschreitung im zweiten Quartal 1981 verhängt wurde, mit Urteil vom 14. Dezember abschlägig beschieden hatte. Dies teilte ein Sprecher des Bundesjustizministeriums mit, ohne den Tag zu nennen, an dem dies geschehen soll. Von Klöckner wird dazu betont, daß man gegen diesen ersten Versuch der Eintreibung bisher verhängter und noch drohender Bußgeld-Bescheide (geschätzte Gesamthöhe bis zu 500 Millionen Mark) wegen Verstoßes gegen elementare Grundrechtsprinzipien Rechtsmittel bei den deutschen Gerichten einlegen werde, „die die Verwirklichung des Bußgeldes verhindern".

Zweistelliges Absatzplus

Flensburg (AP) – Die Hoffnung der deutschen Automobilindustrie und der Importeure auf ein zweistelliges Absatzplus wird sich in diesem Jahr erfüllen. Wie das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg gestern mitteilte, rollten von Januar bis November mit 2,681 (Vorjahr 2,418) Millionen Einheiten 10,9 Prozent mehr fabrikneue Kraftfahrzeuge auf die deutschen Straßen als im gleichen Zeitraum des Jahres 1982. Bei Personen- und Kombi-Wagen, von denen 2,281 (2,015) Millionen Einheiten verkauft wurden, betrug das Absatzplus 13,2 Prozent.

Rohstoffabkommen beitreten

Bonn (AP) – Die Bundesregierung will einer Vereinbarung zur Stabilisierung der Erlöse rohstoffexportierender Länder beitreten. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der den Beitritt der Bundesrepublik zu einem Übereinkommen zur Gründung gemeinsamer Fonds für Rohstoffe vorsieht. Das Übereinkommen hatte die Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen (Unctad) im Jahr 1980 getroffen.

Einkommensteuerreform

Bonn (VWD) – Das Bundesfinanzministerium hat erkennen lassen, wo die Schwerpunkte der angekündigten Einkommensteuerreform liegen sollte. Entlastungen sollten besonders bei der Progressionszone, und hier für den Bereich der zu versteuernden Einkommen von 18 000 DM/36 000 DM bis 60 000 DM/120 000 DM (Ledige/Verheiratete), ansetzen. In diesem Bereich steige die Progression von 22 Prozent auf 50 Prozent an. Nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs Hansjörg Häfele wird die Bundesregierung über die Leitlinien einer Neugestaltung des Einkommensteuertarifs im ersten Halbjahr 1984 entscheiden.

Erdöl-Förderzins kritisiert

Hannover (AP) – Als „enttäuschend" und „arbeitsplatzgefährdend" hat gestern der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) in Hannover die ab 1984 in Niedersachsen geltenden neuen Sätze für den Förderzins auf einheimisches Erdöl und Erdgas bezeichnet. Nach Darstellung der WEG werden sich die „nach wie vor hohen staatlichen Belastungen" negativ auf die Erkundung von Vorräten, die Erbohrung von Lagerstätten und die Förderung auswirken. Seit Ende März 1982 sei die Zahl der Bohrgeräte von 36 auf 25 zurückgegangen. In der westdeutschen Erdöl- und Erdgasgewinnungswirtschaft sind nach Angaben des WEG rund 11 600 Menschen beschäftigt, die im letzten Jahr rund 4,3 Millionen Tonnen Erdöl und etwa 16,6 Milliarden Kubikmeter Erdgas förderten.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Etat trotz Einspruch des Ministerrats unterzeichnet

WILHELM HADLER, Brüssel

Das Europäische Parlament hat im Streit um den EG-Haushalt erneut Selbstbewußtsein bewiesen. Trotz Einspruchs des Ministerrates unterzeichnete Präsident Piet Dankert gestern den 57-Milliarden-Mark-Etat in der von den Abgeordneten gewünschten Fassung. Der Rat hatte zuvor vergeblich versucht, dem Parlament mit einer gemeinsamen Strategie entgegenzutreten. Das einzige, auf das sich die Außenminister einigen konnten, war ein Brief an Dankert. Darin warfen die Regierungen dem Parlament vor, seine Marge zur Aufstockung der Gemeinschaftsausgaben überzogen und eine falsche Klassifizierung bestimmter Ansätze vorgenommnen zu haben.

Das Parlament hatte in der vergangenen Woche zusätzliche Ausgaben in Höhe von 297 Millionen Mark beschlossen, vor allem aber den für Großbritannien und die Bundesrepublik ausgehandelten Beitragsausgleich für 1983 in Höhe von rund 2,7 Milliarden Mark in ein Reservekapitel des Haushalts gestellt. Dies bedeutet, daß die vorgesehenen Mittel nur freigegeben werden können, wenn das Haus dies ausdrücklich beschließt.

Der Ministerrat vertritt mehrheitlich die Meinung, daß das Parlament zu diesem Schritt nicht berechtigt sei. Die im Rahmen des Budgetausgleichs finanzierten Projekte zugunsten Großbritanniens und der Bundesrepublik sind in seinen Augen sogenannte obligatorische Ausgaben, über die dem Parlament nicht das letzte Wort zusteht. Als Ausweg bleibt jetzt nur eine Klage einzelner Mitgliedsländer gegen die Kommission sowie gegebenenfalls die einseitige Einbehaltung eines Teils der nationalen EG-Beiträge.

INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT / Zurückhaltende Prognose für 1984

Steuerliche Anreize werden vermißt

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft bleibt bei seiner etwas zurückhaltenden Prognose für 1984. Die Finanz- und Geldpolitik, von der 1983 erhebliche unmittelbar Nachfrage anregende Effekte ausgingen, dürfte 1984 die Zunahme der Investitionen und der Verbrauchsausgaben eher dämpfen. Die konjunkturstützenden Einflüsse sind nach der Kieler Prognose von der Auslandsnachfrage zu erwarten.

Wegen des deutlichen Überhangs zum Jahresbeginn 1984 wird die Zunahme des realen Sozialprodukts im nächsten Jahr mit 2,5 bis drei Prozent dennoch merklich über der des laufenden Jahres liegen. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Verlauf des Jahres 1984 abnehmen. Das Kieler Institut geht sogar davon aus, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt etwas niedriger ausfallen wird als 1983. Für das laufende Jahr geht das Kieler Institut von 2,26 Millionen aus. Günstig sieht es nach dieser Prognose auch weiterhin an der Preisfront aus. Die laufende Rate werde 1984 zwischen zwei und drei Prozent liegen; im Jahresdurchschnitt wird sich die Lebenshaltung um rund 2,5 Prozent verteuern.

Bislang ist der Konjunkturmotor nach Ansicht des Kieler Wissenschaftlers vor allem durch geld- und finanzpolitische Starthilfen auf Touren gebracht worden. Für eine nachhaltige Förderung des Wirtschaftswachstums müßten jedoch die Investitions- und Leistungsanreize für Produzenten und Arbeitnehmer verbessert werden. In dieser Hinsicht sei bisher wenig geschehen.

Mit der Entscheidung, die Lohn- und Einkommenssteuer erst in den späten 80er Jahren zu senken, wurde die Chance vergeben, die wirtschaftliche Erholung durch verbesserte Anreize auf eine breitere Basis zu stellen. Bei der Kürzung der Ausgaben, vor allem der Subventionen, mangelt es nach Ansicht des Instituts ebenso an Konsequenz. Die Subventionen für die Kohle-, Stahl- und Schiffbauindustrie seien sogar aufgestockt worden.

Vor allem von der Lohnpolitik hänge es ab, ob sich die Unternehmenserträge weiterhin verbessern. Nach Ansicht der Kieler Konjunkturforscher spricht einiges dafür, daß die Einigungsformel in vielen Bereichen eine kürzere Lebensarbeitszeit, in anderen Sektoren eine kürzere Wochenarbeitszeit für ältere Arbeitnehmer enthalten werden.

Trotz der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung würden die Gewerkschaften versuchen, in der Lohnrunde 1984 die Realeinkommen zu sichern. Wegen der besseren Konjunkturlage dürfte ihnen dieses gelingen. Lohnabschlüsse in der Größenordnung des Preisanstiegs von knapp drei Prozent scheinen daher wahrscheinlich, dies dürfte eine weitere Verbesserung der Ertragslage kaum zulassen.

OST-WEST-HANDEL / Prognose der WestLB

Nur verhaltenes Wachstum

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im Gegensatz zu den meisten westlichen Industrienationen hat die Bundesrepublik Deutschland ihren Handel mit den kommunistischen Comecon-Staaten weiter ausgebaut und damit ihre führende Position im Osthandel mit einem Marktanteil von 20 Prozent ohne den innerdeutschen Handel gefestigt.

Die „DDR" verlagerte nach Angaben der Westdeutschen Landesbank (WestLB) ihre Importe radikal auf die Bundesrepublik, weil sie dort in Verrechnungseinheiten und nicht in Devisen zu bezahlen hat. Diese Entwicklung hielt auch 1983 an.

Innerhalb des Comecon dominiert die UdSSR mit einem Anteil von über 50 Prozent des gesamten Handels mit den westlichen Industriestaaten. Sie exportiert vor allem Energie und Rohstoffe. Nach Meinung der Bank ist der Osthandel für den Westen mit 3,2 Prozent der gesamten Exporte (ohne innerdeutschen Handel) von weitaus geringerer Bedeutung als der Westhandel für den Comecon mit mehr als einem Viertel des Gesamtexports dieser Länder.

Für 1983 zeichnet sich bei wachsendem Welthandel eine Stagnation des Handels zwischen Industrie- und Comecon-Staaten ab. Damit dürfte der Ostblock seine Netto-Auslandsverschuldung aufgrund des Leistungsbilanzüberschusses gegenüber den Entwicklungsländern nach UN-Schätzungen um sechs Milliarden US-Dollar abbauen. In den kommenden Jahren ist nach Meinung der WestLB nur mit verhaltenem Wachstum im Ost-West-Handel zu rechnen.

Die Comecon-Staaten werden auch bei einem besseren Konjunkturverlauf im Westen kaum hinreichend Devisen erwirtschaften können, um ihren umfangreichen Importbedarf zu decken, meint die Bank. Die Export-Chancen seien durch relativ niedrige internationale Wettbewerbsfähigkeit, Importrestriktionen der Industriestaaten sowie Eigenbedarf begrenzt.

Neue Kredite für die Problemländer des Comecon sind dagegen kaum zu erhalten. Verhältnismäßig gut steht nach wie vor die UdSSR da, obwohl sich ihre Exportaussichten wegen der augenblicklich reichlichen Energieversorgung verschlechtert haben. Am ungünstigsten sind die Aussichten naturgemäß für die Umschuldungsländer Polen und Rumänien.

Die „DDR" wird nach Feststellung der WestLB wahrscheinlich weiter von den „besonderen Beziehungen" zur Bundesrepublik profitieren. Relativ positiv sind die Aussichten für Ungarn aufgrund seiner marktwirtschaftlicheren Wirtschaftspolitik. Das gelte auch für Bulgarien, das eine vergleichsweise geringe Netto-Auslandsverschuldung aufweist.

Die Comecon-Staaten haben 1982 mit Ausnahme der UdSSR ihre Importe um bis zu 37 Prozent gekürzt und erstmals seit den 60er Jahren wieder einen Überschuß in der Handelsbilanz mit dem Westen von etwa 1,6 Milliarden Dollar erzielt. Die Leistungsbilanz blieb dagegen negativ.

FRANKREICH / Nationalinstitut veröffentlicht pessimistische Studie, aber:

Unternehmer wollen mehr investieren

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Mindestens noch sechs Monate müssen die Franzosen den Gürtel enger schnallen, um wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Das verkündete just zum Weihnachtsfest das französische Nationalinstitut für Statistik (Insee). Die Austerity-Politik der Regierung habe inzwischen zwar Erfolge an der Außenhandels- und Inflationsfront gebracht, aber das wirtschaftliche Gleichgewicht des Landes sei damit noch nicht wiederhergestellt.

Bei weiter zunehmender Arbeitslosigkeit sagt das Insee den Franzosen für das erste Halbjahr 1984 eine Kaufkraftschrumpfung der verfügbaren Bruttoeinkommen von einem Prozent (minus 0,5 Prozent in 1983) voraus. Dabei ist unterstellt, daß die Stundenlöhne um 3,6 Prozent und die Lebenshaltungskosten um 3,8 Prozent steigen.

Sehr düster ist auch die Wachstumsprognose ausgefallen. 0,1 Prozent bedeutet quasi Stagnation, wobei ein realer Exportanstieg von 0,8 Prozent und ein Verbrauchszuwachs von 0,2 Prozent erwartet wird, der aber von dem 0,9prozentigen Importanstieg weitgehend aufgezehrt wird. Demzufolge würde die Zahl der Arbeitslosen bis Mitte 1984 auf gut 2,2 Millionen steigen. Das wären 200 000 mehr als Mitte 1983.

Pessimistischer als die OECD schätzt das Insee die Außenhandelsentwicklung ein. Gegenüber dem dritten Quartal 1983 könnte sich im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1984 das Defizit der Handelsbilanz um 0,5 bis eine Milliarde Franc – auf bis zu zwei Milliarden Franc – erhöhen. Dies bedeutet aber gleichwohl gegenüber dem ersten Quartal 1983 (monatsdurchschnittlich acht Milliarden Franc Defizit) einen beträchtlichen Fortschritt.

Verbessert haben sich andererseits die Investitionsabsichten der französischen Industrie, wie eine gleichzeitig veröffentlichte Unternehmerbefragung des Insee zeigt. Für das Gesamtjahr 1984 planen die 3000 befragten Unternehmenchefs eine Investitionsausweitung um 15 Prozent. Bei der vorangegangenen Befragung im Juni hatten sie erst 13 Prozent oder real drei Prozent angegeben.

Die Aufbesserung der Investitionsabsichten erklärt das Insee zunächst damit, daß ein Teil der schon 1983 vorgesehenen Projekte auf 1984 verschoben worden ist. Tatsächlich ging die Investitionstätigkeit in diesem Jahr um real vier Prozent zurück, während bei der letzten Befragung mit minus drei Prozent gerechnet worden war. Von 1981 auf 1982 hatte der effektive Rückgang fünf Prozent erreicht.

Außerdem beurteilen insbesondere die Großunternehmen ihre weiteren Exportchancen zuversichtlicher als vor sechs Monaten. Die internationale Konjunkturbelebung veranlaßt sie deshalb auch, ihre Investitionspläne auszuweiten. Der Anteil der Kapazitätserweiterungsvorhaben bleibt aber mit 37 Prozent (letzte Befragung 30 Prozent) gegenüber dem der Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen in der Minderheit. Die in diesem Jahr um 140 000 Personen zurückgegangene Industriebelegschaft dürfte deshalb im kommenden Jahr weiter schrumpfen.

Wenn es ihnen die Finanzlage erlaubte, würden die Unternehmen allerdings noch ehrgeizigere Investitionspläne verfolgen. Der Anteil derjenigen, die alle an sich notwendigen Investitionen im nächsten Jahr durchzuführen hoffen, beträgt nur noch 47 Prozent gegenüber 51 Prozent bei der letzten Befragung. Als Hauptthemmnis wurde die zu geringe Selbstfinanzierungsmarge angegeben.

BANK VON ENGLAND / Höhere Produktivität

Konjunktur-Optimismus

WILHELM FURLER, London

Ein außergewöhnlich positives Bild über den gegenwärtigen Stand der britischen Konjunktur zeichnet die Bank von England in ihrem jüngsten Quartalsbericht. Nachdem die britische Wirtschaft eine tiefere Rezession durchgemacht habe als die der meisten anderen Länder, gehöre sie jetzt zu den Anführern einer weltweiten Konjunkturbelebung. Das von der Verbraucher-Nachfrage getragene Wirtschaftswachstum liege bei etwa drei Prozent pro Jahr und damit über dem in den meisten anderen europäischen Ländern.

Gleiches gelte für die Inflations-Entwicklung: Nachdem Großbritannien noch vor kurzem eine der höchsten Inflationsraten unter den Industrieländern hatte, zähle es jetzt zu den Ländern mit den niedrigsten Preissteigerungsraten. Eine besonders wichtige Marke sei im übrigen dadurch erreicht worden, daß die Arbeitslosigkeit ganz offensichtlich nicht weiter zunehme.

Besonderes Gewicht legt die Notenbank auf die Erfolge im Bereich der Produktivität. Nachdem das Produktivitätswachstum in der britischen Wirtschaft für etliche Zeit bis in die frühen siebziger Jahre hinein hinter den in den anderen führenden Industrieländern herhinkte und sich nach der ersten Ölpreisexplosion 1973/74 sogar weiter verschlechterte, habe die Produktion je Arbeitsstunde in der britischen Wirtschaft während der letzten drei Jahre rapide zugenommen. Dagegen würden die Lohnkosten in der verarbeitenden Industrie Großbritannien noch immer etwas über dem internationalen Durchschnitt liegen.

Insgesamt gesehen seien damit die Fertigungskosten in der britischen Wirtschaft in jüngster Zeit parallel zu denen im Ausland gestiegen. Um die Wettbewerbsposition Großbritanniens weiter zu verbesern, bleibe eine Zurückhaltung bei Lohn- und Gehaltsanhebungen vordringlich.

Ebenfalls herausgehoben wird von der Notenbank die rapide Verbesserung der Ertragslage in der britischen Wirtschaft. So seien die Gewinne der Unternehmen in Industrie und Handel zwischen der ersten Hälfte 1981 und der ersten Hälfte dieses Jahres um nahezu 50 Prozent gestiegen. Real liege die Wachstumsrate bei den Gewinnen (ausgenommen der Bereich Nordseeöl) bei über sechs Prozent, verglichen mit einer Rate von zwischen zwei und drei Prozent in der ersten Jahreshälfte 1981.

ITALIEN / Bardepots zum Teil aufgehoben

Kapitalverkehr liberalisiert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Reform des Devisenstrafgesetzes (Lex 159) in Teilen vorwegnehmend hat die italienische Regierung am vergangenen Wochenende die Kapitalinvestitionen im Ausland liberalisiert. Während bisher Firmen und Private, die im Ausland investieren wollten, bei den Währungs- und Kreditbehörden eine Genehmigung einholen mußten, um von der Pflicht zur Hinterlegung des zinslosen Bardepots von 50 Prozent des Investitionsbetrages befreit zu werden, sind ab sofort Direktinvestitionen von Industrieunternehmen und Banken antragslos freigestellt. In den übrigen Fällen gilt der Antrag dann als genehmigt, wenn von den Währungs- und Kreditbehörden innerhalb von 15 Tagen keine Antwort erfolgt.

Stark liberalisiert wurden auch die Warenverkehrsbestimmungen. In diesem Fall wurden die Ausfuhren in die EG-Länder mit Zahlungsfristen unter fünf Jahren – auf die rund 47 Prozent aller italienischen Exporte entfallen – von der bisherigen Genehmigungspflicht durch das staatliche Devisenamt befreit. Exporte in Nicht-EG-Länder mit Zahlungsfristen bis zu 120 Tagen unterliegen hingegen weiter dieser Pflicht.

Zusätzliche Liberalisierungsmaßnahmen sind in Vorbereitung und betreffen die im Ausland bestehenden oder zu gründenden Holding-Gesellschaften. Der Reformentwurf der Lex 159 aus dem Jahre 1976 befindet sich bereits vor den Parlamentsausschüssen. Wichtigste geplante Maßnahme ist hier die Erhöhung des Kapitalbetrages, dessen illegale Ausfuhr strafrechtliche Folgen nach sich zieht von bisher fünf auf 100 Millionen Lire (164 300 Mark). Darunter soll die illegale Ausfuhr in Zukunft nur noch auf dem Verwaltungswege bestraft werden.

Londoner Börse auf neuem Höchststand

fu, London

Die Aktienkurse an der Londoner Wertpapierbörse sind gestern wieder auf Rekordhöhen gestiegen. Bis zum frühen Nachmittag erreichte der Financial-Times-Index für 30 führende Industriewerte mit 766,5 Punkten einen neuen Höchststand; 4,4 Punkte über dem Montag-Börsenschluß. Händler erklären die „Weihnachtsstimmung" vor allem mit den jüngsten überraschend optimistischen Konjunkturberichten. Besser als erwartete Unternehmensergebnisse in den letzten Tagen taten ein übriges.

In Börsenkreisen rechnet man damit, daß die aufwärts gerichtete Kursentwicklung zumindest bis zum Jahresende anhalten wird, wenngleich das Geschäft wegen der Feiertage ruhig werden dürfte. Erst im Oktober vergangenen Jahres hatte der Financial-Times-Index erstmals die 600-Punkte-Marke überschritten. Bereits Ende April folgte die 700-Punkte-Marke. Ein Teil der jüngsten Kursgewinne geht auch auf die verstärkte Übernahmetätigkeit in Großbritannien zurück, so etwa der Versuch von Allianz und BAT, die Kontrolle über den britischen Versicherer Eagle Star zu gewinnen.

USA–KANADA / Freier Güteraustausch angestrebt

Zollunion durchaus denkbar

H.-A. SIEBERT, Washington

Zwischen den USA und Kanada haben Gespräche über eine größere Liberalisierung des Warenverkehrs begonnen, der in den ersten zehn Monaten dieses Jahres bereits einen Gesamtwert in Höhe von 80 Milliarden Dollar (mehr als 220 Milliarden Mark) erreichte. Angefertigt wird zunächst eine Studie, in der die Vorteile eines freien Handels für beide Länder untersucht werden. Es ist durchaus möglich, daß später eine Zollunion geschaffen wird, zumal sich kanadische Wirtschaftskreise immer stärker dafür einsetzen.

Aus kanadischer Sicht erscheint der freie Güteraustausch bei Stahl, Textilien, petrochemischen Erzeugnissen, Ausrüstungen für den Massenverkehr, Generatoren und Fleisch besonders vielversprechend. Die USA schlagen eine Beseitigung der Handelsbarrieren in den Bereichen Computer, Möbel und Fernmeldegeräte vor. Außer den Zöllen sollen alle nichttarifären Hemmnisse wie Quoten oder diskriminierende Praktiken bei den Regierungsausschreibungen abgeschafft werden. Nach den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) müssen viele Grenzabgaben zwischen den USA und Kanada ohnehin abgebaut werden. Von 1987 an wird auf 80 Prozent der kanadischen und auf 65 Prozent der amerikanischen Lieferungen kein Zoll mehr erhoben.

Ganz offensichtlich hat die Regierung in Ottawa mit Washington Frieden geschlossen, der jahrelang durch die forcierte „Kanadisierung" der Industrie und der Energiewirtschaft gestört war. Das Abkoppeln vom südlichen Nachbarn verhindert haben die Einbrüche während der langen Rezession und der Verfall der Ölpreise. Zum größten Teil aufgehoben wurden inzwischen die Investitionsbeschränkungen für Ausländer, die sich hauptsächlich gegen die USA richteten.



Weniger Importe aus dem Nahen Osten

dpa/VWD, Hamburg

Die Bundesrepublik hat in den ersten neun Monaten 1983 aus dem Nahen und Mittleren Osten mit 10,3 Milliarden Mark rund 36 Prozent weniger importiert als in den ersten drei Quartalen 1982 (rund 16 Milliarden Mark). Nach Angaben des Nah- und Mittelost-Vereins, Hamburg, ist dies vor allem auf die gesunkene Rohöleinfuhr und die niedrigeren Ölpreise zurückzuführen. Demgegenüber konnten die Ausfuhren in diesen Raum den Angaben zufolge um knapp zwei Prozent auf 26,3 (25,8) Milliarden Mark gesteigert werden. Allerdings entfalle der Zuwachs – ausgenommen Iran – vornehmlich auf Nicht-Ölländer.

Bei den Importen aus den arabischen Staaten ergab sich ein Rückgang um fast 50 Prozent auf 6,5 Milliarden Mark. Dabei verbuchte Saudi-Arabien ein Ausfuhrminus von fast 65 Prozent auf 3,1 Milliarden Mark. Dagegen konnte Iran seine Ausfuhren in die Bundesrepublik auf 1,3 Milliarden DM nach 844 Millionen DM im Vorjahr steigern.

WOHNUNGSWIRTSCHAFT / Einsatz von EDV

Hilfe bei Mietänderungen

DW. Düsseldorf

Veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen zwingen immer mehr gemeinnützige Wohnungsunternehmen zur Rationalisierung durch Einsatz elektronischer Datenverarbeitung. Darauf haben Sprecher der Computerindustrie und des Wohnungswesens bei der Einweihung des Neubaus des auf wohnungswirtschaftliche Computersysteme spezialisierten Systemhauses D. Konertz GmbH, Leverkusen, hingewiesen. Nach Angaben des in diesem Bereich führenden Partnerhauses der Nixdorf Computer AG, Paderborn, betreuen derzeit etwa 1830 gemeinnützige Wohnungsunternehmen – davon allein 1199 Genossenschaften – in der Bundesrepublik Deutschland knapp 3,4 Mill. eigene Mietwohnungen. Zusätzlich werden von der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft weitere 403 000 Fremdwohnungen verwaltet.

Mieterhöhungen führen bei derart umfangreichem Wohnungsbestand zu „kritischen Spitzenbelastungen". Daraus resultiere bei der manuellen Abwicklung der Rechen- und Schreibarbeiten ein Verrechnungsstau, der erhebliche Miet- und Zinsverluste zur Folge habe. Die EDV biete hier eine fristgerechte Mietanpassung. Im Einzelfall konnten dadurch Mietmehreinnahmen von 40 DM pro Jahr und Wohnung erzielt werden.

In Fachkreisen, so die Konertz GmbH, geht man davon aus, daß die gemeinnützige Wohnungswirtschaft durch Einsatz hauseigener EDV-Anlagen jährlich etwa 30 Mill. DM an Mehreinnahmen verbucht. Hinzu kommen noch erhebliche Kosteneinsparungen durch den Mieteinzug über direkten Datenträger-Austausch mit der Hausbank. Auch beim Abbau der Verluste aus Mietrückständen spielt die EDV mit Mahnprogrammen eine immer stärkere Rolle.

Unter Berücksichtigung technisch überholter Anlagen der ersten Generation (z. B. Magnetkonten-Computer) verfügen knapp 50 Prozent der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen über eigene Rechnerleitung. Nur gut 20 Prozent der Unternehmen können aber mit moderner EDV-Ausstattung die erheblichen Rationalisierungsvorteile der hauseigenen Computerlösung nutzen. Vor zwei Jahren lag der Installationsbestand bei der wohnungswirtschaftlichen EDV erst bei knapp 10 Prozent.

WEIHNACHTSGESCHÄFT / Die Stagnation macht sich in Italien bemerkbar

Nur Video-Spiele sind stark gefragt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Wenn alles läuft wie geplant, wird das Weihnachtsgeschäft in Italien nicht besser ausfallen als im Vorjahr. Einzelhandel und Konsumentenvereinigungen rechnen jedenfalls mit höchstens unveränderten Verkaufsergebnissen gegenüber dem Vorjahr. Obwohl zahlreiche Haushalte, wie schon in den Vorjahren, das Weihnachtsgeld verwendeten, um die während der vorangegangenen Monate aufgestauten Bedürfnisse nach höherwertigen Konsumgütern zu befriedigen, hat das an der Grundtendenz nichts geändert.

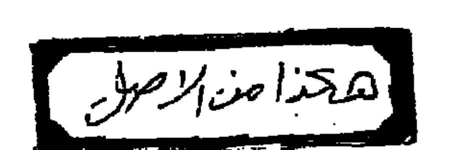
Auf dem diesjährigen Weihnachtsgeschäft lastet nicht nur die weiter hohe Inflation, die neuerdings auch die mittleren Einkommen immer stärker anzunagen begonnen hat, sondern auch die Furcht vor einschneidenden Sanierungs- und Sparmaßnahmen von seiten des Staates und der Unternehmen. Während an den Verkaufstischen deutscher Warenhäuser mittlerweile der Eindruck vorherrscht, daß es mit dem Verbrauchen wieder aufwärtsgeht, reagierten die italienischen Konsumenten in diesen Tagen nicht viel anders, als sie es in den letzten Monaten taten. Immerhin wird das Jahr 1983 als das erste dieser Nachkriegszeit in die Geschichte eingehen, in dem der private Verbrauch abgenommen hat.

Untrügliches Zeichen dafür, daß die Nachfrage eher schwach reagiert, sind die vielen Sonderangebote auch bei den typischen Festtagserzeugnissen. Der topfkuchenförmige „Panettone" aus Hefeteig, Orangeat und Rosinen wird erstmals nicht nur in der klassischen Ein-Kilo-Packung angeboten, sondern auch als 500-Gramm-Sparausgabe und in Klarsichtfolie obendrein.

Um die Preise der Grundnahrungsmittel und der über die Festtage am meisten gefragten Genußmittelerzeugnisse unter Kontrolle zu halten, haben die Gemeindeverwaltungen mit den örtlichen Einzelhandelsorganisationen zusammen Sparangebote vereinbart, die von der Tagespresse pausenlos abgedruckt werden. Keiner soll auf sein Festtagsessen verzichten, auch wenn es nicht in jedem Fall Lachs aus Irland sein kann. Die Beobachter der italienischen Weihnachtsmarktszene sind sich einig, daß es wie in früheren Zeiten neuerdings wieder mehr Haushalte gibt, die aufs Geld schauen müssen. Dafür sind auf der anderen Seite der Einkommenspyramide die sogenannten Reichen noch reicher geworden. Einer vor wenigen Tagen veröffentlichten Untersuchung zufolge vereinen die Haushalte mit einem Vermögen von über 150 Millionen Lire (246 450 Mark) inzwischen 42 Prozent des privaten Gesamtvermögens auf sich gegenüber erst 40 Prozent vor fünf Jahren. Gleichzeitig sank der Anteil dieser Haushalte an der Gesamtzahl der sogenannten „reichen Familien" von 6,7 auf 6,4 Prozent.

Im Ladenbild der Vorweihnachtszeit schlägt sich die Krisenlage in der Rückkehr zu nüchterner Nützlichkeit und im weiteren Abflauen der Päckchenwelle nieder, die die siebziger Jahre gekennzeichnet hatte. Von den Pelzorgien der vergangenen Weihnachtssaison ist in diesem Jahr nichts zu merken. Auch Schmuck wird nur zurückhaltend gekauft. Ausgesprochene Renner sind dafür Video-Spiele aller Art für Kinder und Jugendliche, während Heimcomputer für die Masse der Konsumenten noch zu teuer sind.

Eine neue Lebenshilfe für Inflationsgeplagte hat sich die italienische Ausgabe des Michelin-Führers ausgedacht, die pünktlich Mitte Dezember auf dem Markt erschienen ist: Erstmals enthält sie auch die Namen der Restaurants und Pizzerias, in denen man unter 20 000 Lire pro Kopf gut essen kann.



SHW / Kooperation auch mit chinesischem Partner

Wieder positives Ergebnis

W. NEITZEL, Wasseralfingen

Die SHW-GmbH, Aalen-Wasseralfingen, deren Name sich aus den „Schwäbischen Hüttenwerken" ableitet und die sich längst nicht mehr mit der Eisenverhüttung, wohl aber mit einer breit diversifizierten Palette hochtechnischer Produkte befaßt, wird ihre Kapazitäten auf dem Sektor der Pulvermetallurgie im kommenden Jahr erheblich erweitern. Gerade auf diesem Gebiet, in dem die SHW zu den führenden Unternehmen zählt und beispielsweise Zahnräder, Flansche und Naben als Sinterformteile für die verschiedensten Einsatzzwecke herstellt, erhofft sich das Unternehmen einen deutlichen Umsatzschub. Weniger rosig sieht es hingegen in dem Sog der Stahlkrise liegenden Blankstahl-Sektor aus. Hier wird bis zum nächsten Frühsommer ein Teil der Zieherei stillgelegt werden, wobei 27 Arbeitnehmern gekündigt werden mußte.

Mit der Entwicklung des Geschäftsjahres 1982/83 (31. 3.) ist die Firmenleitung „durchaus zufrieden". Zwar verringerte sich der Umsatz um 9,6 Prozent auf 270 Mill. DM, doch wurde aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen ein gegenüber dem Vorjahr deutlich höherer Betriebsgewinn erzielt. Der Jahresgewinn aus jenem Geschäftsjahr wie auch der aus dem angeschlossenen Rumpfgeschäftsjahr 1983 (1. 3. bis 30. 6.) – die SHW paßte sich der GHH an, der sie zu 50 Prozent gehört (die anderen 50 Prozent hält das Land Baden-Württemberg) – von kumuliert 2 Mill. DM wurde den Reserven zugeführt.

Vom Umsatz entfielen knapp 44 Prozent auf Guß-, Schmiede- und Sinterformteile. Die nächstgrößere Sparte bilden Maschinen und Anlagen mit fast 29 Prozent des Umsatzes. Im Werkzeugmaschinen-Sektor hat die SHW neben der Kooperation mit der Friedrich Deckel AG, München, auch ein Kooperations- und Lizenzabkommen mit einer chinesischen Maschinenfabrik („Nr. 2" in Nanjing) vereinbart. Die Investitionen (einschließlich Rumpfgeschäftsjahr) beliefen sich auf 5,5 Mill. DM, für 1983/84 sind 10 Mill. DM eingeplant. Im laufenden Geschäftsjahr zeige sich eine Belebung im Auftragseingang. Man rechne wieder mit einem positiven Ergebnis. Die SHW zählt 2000 Mitarbeiter.

WÄRMEMARKT / Elektrizitätswirtschaft will wieder stärker ins Geschäft kommen

Noch Kapazität für Speicherheizungen

HANS BAUMANN, Essen

Am heißumkämpften Wärmemarkt der Bundesrepublik versucht jetzt auch die Elektrizität, wieder besser ins Geschäft zu kommen. Mit Untersuchungen des Vereins Deutsche Ingenieure (VDI) stützt der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Gerhard Hecker, seine Feststellung, daß die Speicherheizung derzeit die billigste Form der Wärmedarbietung sei. Den durchschnittlichen Arbeitspreis gibt er mit 9,2 Pfennig je Kilowattstunde an, rund die Hälfte des normalen Haushaltstarifs.

Nach Hecker wird zur Zeit die Elektro-Speicherheizung von 8 Prozent der bundesdeutschen Haushalte genutzt. Es stünden aber Nachtspeicherkapazitäten zur Verfügung, die eine Bedienung von 16 Prozent der Haushalte ermöglichten.

Im Jahr 2000 soll jeder vierte Haushalt eine Elektrospeicherheizung haben, das Erdgas soll dann 16 Prozent des Energiebedarfs decken, die Fernwärme 8 Prozent. Hecker erinnert daran, daß 7000 Megawatt neuer Steinkohlenkraftwerke in Bau seien, die die Nachttäler für die Speicherheizung wieder vertiefen werden.

Die VDEW erklärte vor Journalisten, daß der Endenergieverbrauch von Industrie, Haushalten und Kleinverbrauchern zwischen 1979 und 1982 um 16 Prozent oder 33 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) gesunken sei. Der Heizölanteil am Endenergieverbrauch ging in der gleichen Zeit von 43 Prozent auf 35 Prozent zurück. Der Stromverbrauch dagegen blieb trotz der Flaute konstant. Im Bereich Haushalt und Kleinverbrauch erhöhte er sich sogar um 7 Prozent.

Mehr als zwei Millionen elektrisch beheizte Wohnungen haben 1982 rund 4 Mill. Tonnen Öl in einem Einfuhrwert von 2,5 Mrd. DM gespart. Die Zahl der mit Strom beheizten Wohnungen hat sich seit 1973 um rund 60 Prozent erhöht. Dies wird darauf zurückgeführt, daß trotz zweier Ölpreiskrisen die Zahl der mit Kohle beheizten Wohnungen sich zwischen 1973 und heute halbierte, und zwar von mehr als 5 Mill. auf rund 2,5 Millionen. Hecker: „Die Zurückdrängung der Kohle aus der Raumwärmeversorgung haben also auch zwei Ölpreiskrisen nicht aufhalten können."

Über die Sicherheit der Stromversorgung sagte Hecker, daß 87 Prozent der Stromerzeugung auf heimischen Energieträgern beruhen oder auf Energieträgern, die heimischen Quellen gleichgestellt werden könnten. An erster Stelle unter den Energieträgern stehe die deutsche Steinkohle mit einem Anteil von gut 30 Prozent. Werde mehr mit Strom geheizt, so vergrößere sich auch die Wahrscheinlichkeit, daß der Jahrhundertvertrag zwischen Stromwirtschaft und Steinkohle eingehalten werden könne. Einen weiteren Anteil von knapp 30 Prozent übernehme die heimische Braunkohle. Die Kohle „über den Draht zu versenden" ist für ihn die komfortabelste und umweltfreundlichste Art der Verwendung der festen Brennstoffe.

Eine bedeutsame Rolle spielt inzwischen auch die Kernenergie mit einem Anteil am Stromaufkommen von 21 Prozent. Der Uranvorrat in der Bundesrepublik entspreche zur Zeit einem Bedarf von fünf Jahren. Berücksichtige man die Möglichkeiten der Wiederaufarbeitung, so verlängere sich diese Reichweite noch wesentlich. Uran habe daher den Charakter von heimischer Energie. Der Kernbrennstoff sei wegen der großen Vorratshaltung relativ unempfindlich gegen Preissprünge und Lieferengpässe auf dem Weltmarkt. Dies um so mehr, als von derartigen Einflüssen nur ein Kostenanteil von zur Zeit 0,6 Pfennig je Kilowattstunde betroffen wäre, während zum Beispiel beim Öl der Brennstoffkostenanteil zur Zeit rund 10 Pfennig je Kilowattstunde betrage. Weitere 7 Prozent des erzeugten Stroms komme aus Wasserkraft, Müll und aus Koppelprodukten der Kohleverwendung. Den Ölanteil im Kraftwerk gibt Hecker mit „nur noch 3 Prozent" an, den des Erdgases mit rund 10 Prozent.

Hecker verweist darauf, daß für die Andienung von Wärme aus Elektrizität keine neuen Kraftwerke gebaut werden müßten. Zur besseren Auslastung vorhandener Kraftwerksleistung trage sowohl die Elektro-Speicherheizung als auch die bivalente Elektro-Wärmepumpe bei, von denen nach Erhebungen der VDEW Ende 1982 knapp 40 000 in Wohngebäuden installiert waren und rund 50 000 Wohnungen mit Wärme versorgten.

Zum Preis sagt die VDEW, daß der Strom eine maßvolle Preisentwicklung durchlaufen habe. So sei der Preis für die Speicherheizung seit 1972 nur auf das Zweieinhalbfache gestiegen, während sich die Preise für Heizöl (leicht) auf das Fünfeinhalbfache erhöht hätten.

UNIONZEISS / Umsatz kräftig gewachsen

Bildschirmtext als Renner

INGE ADHAM, Frankfurt

Als wahren „Renner" bezeichnet Hans Viktor Howaldt, Chef der Familiengruppe Unionzeiss, Frankfurt, den Bildschirmtext. Bereits Anfang November seien bei der Post knapp 6000 Anträge auf Btx-Anschlüsse eingegangen, regionaler Schwerpunkt mit fast einem Viertel der Anträge war dabei der Raum Frankfurt. Die Privaten haben sich freilich auch nach Howaldts Erfahrung dabei entgegen ursprünglichen Post-Vorstellungen zurückgehalten.

Der Unionzeiss-Gruppe, die mit Betrieben und Geschäften in Frankfurt, Berlin und Bad Oldesloe zu den größten deutschen Bürohändlern gehört, bescherte das Interesse an Btx einen „rasanten Start" bei der Vertretung von Loewe Opta Bildschirmgeräten. Auch die übrigen Angebotsbereiche sind in den letzten drei Monaten bei anhaltend stürmischem Vormarsch der Elektronik im Büro mit einem zweistelligen Umsatzzuwachs besser als erwartet gelaufen, so daß Howaldt „ein gutes Jahr" 1984 erwartet. Bei der Vorlage seines Jahresberichts 1982/83 (30. 6.) wies er jedoch ausdrücklich auf hohe Forderungsausfälle aus der weiterhin hohen Zahl von Firmenzusammenbrüchen hin. Insgesamt hat jedoch Unionzeiss im vergangenen Jahr besser abgeschnitten als im Jahr zuvor.

„Erstmals seit vielen Jahren" im Schnitt ohne Preiserhöhungen stieg der Umsatz um 6,5 Prozent auf 86 Mill. DM. Dabei blieb die Entwicklung bei Büromöbel noch hinter der allgemeinen Entwicklung zurück, inzwischen hat sich aber auch in diesem Bereich das Geschäft belebt; die Umsätze mit Bürobedarf und EDV-Zubehör stiegen zweistellig. Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich auf 420 (460); die Ertragsentwicklung kennzeichnet Howaldt trotz einer leichten Verbesserung als noch unbefriedigend.

NAMEN

Alfons Kohlbrecher, Vorstandsvorsitzender der Allgemeinen Privatkundenbank AG, Hannover, tritt Ende 1983 in den Ruhestand. **Dr. Hans-Dieter Meyer** übernimmt das Amt des Vorstandssprechers.

Erhard Falk, Geschäftsführer der Kabelmetal electro GmbH, Hannover, feierte am 20. Dezember den 60. Geburtstag.

Erich Schumann, Bonn, ist nach dem Rücktritt von **Heinz-Friedrich Hoppe** zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Hanomag GmbH, Hannover, gewählt worden. Schumann ist Geschäftsführer der Zeitungsgruppe WAZ in Essen und gehört auch dem Aufsichtsrat der IBH-Holding, Mainz, an.

Karl Heinz Schlieter, Leiter des Geschäftsbereichs Industrieprodukte der Maizena GmbH, Hamburg, scheidet zum 31. Dezember 1983 aus der Geschäftsführung aus und übernimmt als Vice President der CPC Europe Ltd., Brüssel, neue Aufgaben im Industriegeschäft der Gruppe. Sein Nachfolger ist **Heinz Bunze**. Gleichzeitig ist **Hans Ulrich Woelk** vom stellvertretenden zum ordentlichen Geschäftsführer ernannt worden.

SEDUS / Deutliche Aufwärtsentwicklung

Trend zu mehr Sitzkomfort

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Es wird komfortabler gesessen. Den Trend zu qualitativ hochwertigen Bürostühlen spürt einer der führenden Hersteller in dieser Sparte, die Firma Sedus Christof Stoll GmbH & Co KG, Waldshut, in der Geschäftsentwicklung deutlich. Im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) wuchs der Umsatz bei leicht rückläufiger Stückzahl um 9,5 Prozent auf 55,7 Mill. DM. Dabei dürfte das Wachstum real bei etwa 8,5 Prozent gelegen haben.

Das Familienunternehmen, dessen Exportanteil auf 49,4 (45,6) Prozent anstieg, sieht sich vom Marktanteil her als die Nr. 1 in Europa. Insbesondere seit der zweiten Jahreshälfte zeige sich eine deutliche Aufwärtsentwicklung im Inlandsabsatz, dem eine verstärkt zunehmende Auslandsnachfrage folge. Das Unternehmen operiert mit Tochtergesellschaften, denen neben dem Vertrieb auch jeweils eine kleine Montage angegliedert ist, in Frankreich, Italien, Österreich und in den Niederlanden. Eine weitere Tochterfirma soll im nächsten Jahr in Großbritannien gegründet werden.

Die Ertragslage bezeichnet man bei Sedus als „zufriedenstellend". Auch im Blick auf die Geschäftserwartungen für das laufende Jahr gibt man sich zuversichtlich. Es gebe keine Beschäftigungsprobleme, man sei voll ausgelastet. Teilweise werden sogar Überstunden „gefahren". Beim Umsatz wird ein ähnliches Wachstum wie im Berichtsjahr angepeilt. Investiert wurden in 1982/83 knapp 4,9 (3,5) Mill. DM. Das Unternehmen, das in der Gruppe rund 500 Mitarbeiter beschäftigt, gibt seine Eigenkapitalquote mit rund 40 Prozent an. Für die Mitarbeiter besteht ein Beteiligungsmodell, von dem rege Gebrauch gemacht wird.

Sparkasse München: Hoher Mittelzufluß

sz. München

Eine kräftige Ausweitung ihres Geschäftsvolumens verzeichnete die Stadtsparkasse München in den ersten zehn Monaten 1983. Nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Alfred Lehner ist dies vor allem auf den entgegen der allgemeinen Entwicklung im Bundesgebiet hohen Mittelzufluß von 268 (183) Mill. DM zurückzuführen. Allein in die Spareinlagen flossen hiervon 256 (16) Mill. DM, die damit auf 4,6 Mrd. DM angewachsen sind.

Dagegen bestand geringes Interesse für kurzfristige Sparkassenobligationen, wo die Fälligkeiten den Neuerwerb um 107 Mill. DM übertrafen. Festgelder nahmen um 42 Mill. DM oder 6,2 Prozent ab. Eine lebhafte Nachfrage verzeichnete die Stadtsparkasse vor allem im gewerblichen Kreditgeschäft und bei Baufinanzierungen. Das gesamte Kundenkreditgeschäft erhöhte sich dadurch um 336 Mill. DM, wovon 150 Mill. DM auf Selbständige und Gewerbetreibende entfielen. Unter Berücksichtigung des Kreditgeschäfts mit Banken, das um 32 Mill. DM abgebaut wurde, erhöhte sich das Kreditvolumen um 304 (381) Mill. auf 6,2 Mrd. DM.

Diese Entwicklung und günstige Refinanzierung haben die Ertragslage laut Lehner positiv beeinflußt. Die Zinsspanne wird 1983 voraussichtlich bei 3,6 (3,24) Prozent liegen. Die Bilanzsumme, die bis Ende Oktober um 4,9 Prozent auf 8,5 Mrd. DM gestiegen ist, soll zum Jahresende rund 8,75 Mrd. DM erreichen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

:JK Wesseling bei Rheinbraun

Köln (VWD) – Die Union Rheinische 3raunkohlen Kraftstoff AG, Wesseing, bisher Gemeinschaftstochter von Rheinbraun und Hoechst, plant zur virtschaftlichen Gesundung des Unernehmens ein Rationalisierungsprogramm und Investitionen von über 400 Mill. DM. Dies sei Basis für eine vereinbarte langfristige Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Hoechst AG auf lem Gebiet der petrochemischen Rohstoffe, teilte die Gesellschaft mit. Gleichzeitig haben sich die Rheinichen Braunkohlenwerke AG und Hoechst den Angaben zufolge auf eine Bereinigung der Beteiligungsverhältnisse geeinigt. Danach wird Rheinbraun von Hoechst deren bisherigen 5prozentigen Anteil an UK Wesseling übernehmen und wieder – wie vor 1976 - 100 Prozent der UK-Anteile als Organträger halten. Im Gegenzug wird UK, wie es heißt, ihre Drittel-Beteiligung an der Ruhrchemie AG an Hoechst abgeben, die damit dort alleiniger Anteilseigner wird. Mit den Umstrukturierungs- und Bereinigungsmaßnahmen solle UK, deren Verluste für 1983 auf rund 100 Mill. DM veranschlagt werden, die Wettbewerbsfähigkeit bei Mineralölverarbeitung und Olefinerzeugung wiedergewinnen.

)unlop ab 1985 japanisch

Hanau (dpa/VWD) – Die deutschen Reifenaktivitäten der britischen Dunlop-Gruppe werden zum 1. Januar 1985 von der japanischen Sumitomo Rubber Industries Ltd. Kobe (SRI) übernommen. Wie die Dunlop AG, Hanau, mitteilte, wurde der zwischen Dunlop Holdings Plc. (London) und der SRI im August geschlossene Rahmenvertrag in London von Vertretern beider Gesellschaften vertraglich besiegelt. Danach veräußert Dunlop seine europäischen Reifenaktivitäten an das japanische Unternehmen. Gleichzeitig geben die Briten die im Dunlop-Besitz befindlichen SRI-Anteile (40 Prozent) an Sumitomo zurück.

Wilkens ohne Eurocom

Hamburg (JB.) – Die Hamburger Werbeagentur Wilkens hat die im Frühjahr 1981 vereinbarte Partnerschaft mit der französischen Agenturgruppe Eurocom wieder gelöst. Beide Partner nehmen die Anteile an ihren Agenturen wieder zurück. Die gemeinsame Finanzholding Satel GmbH, Hamburg, in die die Partner Anteile an ihren Agenturen eingebracht hatten, wird aufgelöst. Gründe für die Auflösung der vor zwei Jahren mit viel Euphorie angekündigten Zusammenarbeit werden nicht genannt.

Wolff hat PHB-Mehrheit

Düsseldorf (J. G.) – Das Bundeskartellamt hat der Otto Wolff AG, Köln, die Aufstockung ihrer Beteiligung an der PHB-Weserhütte AG, Köln, über die 50-Prozent-Schwelle genehmigt. Wolff war bisher an 30 Mill. DM Aktienkapital dieses auf Fördertechnik spezialisierten Anlagenbauers ebenso wie der Arbed-Konzern mit 49,6 Prozent beteiligt und kommt mit verbindlichen Angeboten aus dem kleinen Kreis freier Aktionäre auf 50,1 Prozent. Die bei der deutschen Verarbeitungsholding des Arbed-Konzerns liegenden PHB-Aktien werden für 53 Mill. DM vom Hoesch-Konzern erworben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bonn 1: Erwin Kuzinski, St. Augustin; **Hagen:** Heinr. Loos Nachf. Theodor Clever Kom.-Ges., Hagen-Haspe; **Hamm:** Nachl. d. Hedwig Ostermann geb. Wilke, Unna-Massen; **Hannover:** Nachl. d. Paul Wilke; Nachl. d. Heinz Olbinsky; **Herford:** Gustav Hörner; Bauer Holzbearbeitung GmbH, Rödinghausen; **Kempten:** Max Maerkel Nachf. Richard Fink GmbH, Lindenberg; **Ludwigshagen/Rhein:** Velte-Elektro-Handelsges. mbH i. L.; **Neu-Ulm:** Erich Schmidt, Günzburg; **Saarlouis:** Nachl. d. Hans Günther Wagner; **Wuppertal:** Tiefbau Konradt GmbH.

:OINTREAU / Nach der Neuordnung der Besitzverhältnisse bei Schneider Import

Neue Ziele für die deutsche Tochter

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

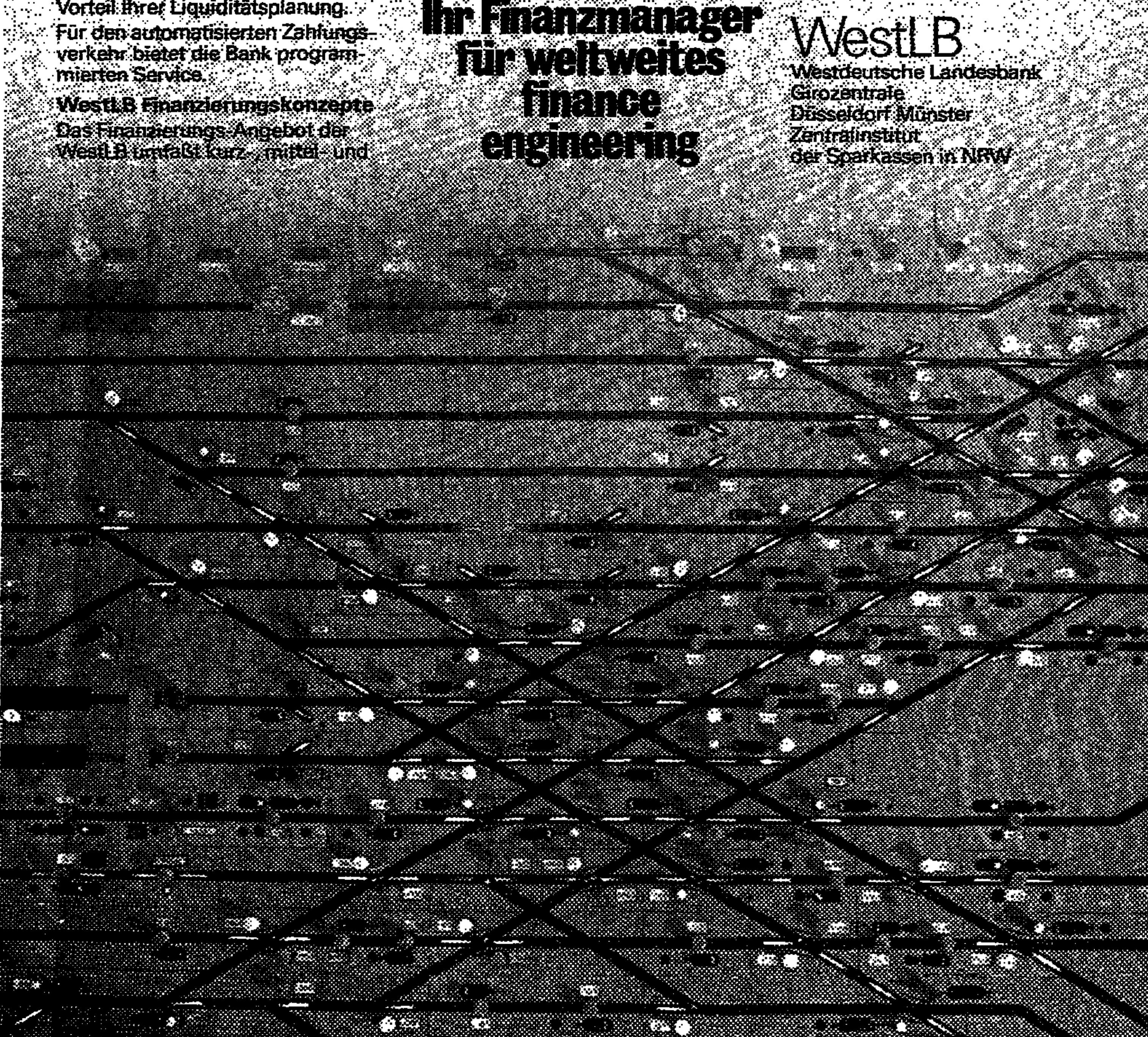
Die Schneider Import GmbH, Bin-?n, baut ihre Position auf dem Markt für Import-Spirituosen in der Bundesrepublik Deutschland weiter aus. In vier bis fünf Sektoren soll die Gesellschaft vor allem den großen Einkaufszentren der Bundesrepublik die jeweils beste Marke als zugkräftiges Sortiment anbieten. Dies erklärte in einem Gespräch mit der WELT die Generaldirektion des neuen Mehrheitsaktionärs Cointreau, Frankreichs größtem Produzenten von Qualitätslikör.

Die Mitte 1964 gegründete Schneider-Import-Gesellschaft war bis April 82 im Besitz der Familie Texier ?,5 Prozent), der Rémy Martin SA) Prozent), der Cointreau SA (20 Prozent) und der Izarra Sarl (2,5 Prozent). Seitdem hält Cointreau 89 Prozent des Kapitals. Die restlichen 11 Prozent befinden sich bei Izarra, die seit kurzem von Cointreau kontrolliert wird. Die wichtigsten der 20 von Schneider vertriebenen Marken sind Cointreau (Likör), Courvoisier (Cognac), Dimple (Whisky) und Harveys Bristol Cream (Sherry).

Nachdem durch die Neuordnung der Besitzverhältnisse die Differenzen zwischen den Aktionären beendet wurden, bemüht sich Cointreau um ein „repräsentatives Markenportefeuille" seiner deutschen Tochter. Für diesen Zweck soll deren Kapital verschiedenen Produzenten von Spitzenspirituosen gegen Einbringung ihrer Marken geöffnet werden. Cointreau will der größte Aktionär, wenn auch nicht unbedingt Mehrheitsaktionär, bleiben.

Schon heute gehört Schneider zu den größten deutschen Spirituosenimporteuren. Der Absatz der Gesellschaft dürfte in diesem Jahr rund 6 Millionen Flaschen erreichen, nach 4,5 Millionen 1982 (bei vergleichbaren Strukturen). Der Umsatz wird auf 130 bis 140 Mill. DM beziffert. Vor drei Jahren hatte er – allerdings einschließlich der Rémy-Martin-Produkte – 200 Mill. DM betragen. Inzwischen wurde die deutsche Alkoholsteuer mehrfach erhöht.

Die Cointreau-Gruppe selbst setzt 1983 zirka 1,2 Mrd. Franc (0,4 Mill. DM) um, davon 70 Prozent im Export. Beim Cointreau-Likör, von dem 12,9 Millionen Liter verkauft wurden, beträgt der Exportanteil 90 Prozent. Größter Auslandskunde war Spanien (27,1 Prozent), gefolgt von Italien (13,4 Prozent) und der Bundesrepublik (9,5 Prozent). Auf dem deutschen Markt hat sich die Gruppe besser als die meisten ihrer Konkurrenten behauptet. Seit Mitte 1983 wurden dort 26 Prozent mehr Cointreau-Liköre und 75 Prozent mehr Dimple-Whisky verkauft als in der gleichen Vorjahreszeit. Besonders große Expansionschancen verspricht sich Cointreau in Australien, Japan, in USA und Kanada. In Europa sollen die derzeitigen Marktanteile mindestens gehalten werden.



Aktien überwiegend freundlich

Nachfrage nach Stahlwerten, Deutsche Bank und Siemens

DW. – Die selektiven Anlagekäufe wurden an der Dienstagbörse fortgesetzt. Daran beteiligt waren wieder Ausländer, die sich vorrangig für Aktien der Deutschen Bank und für Siemens interessierten. Inländer hielten weiterhin Ausschau nach den Favoriten des kommenden Jahres, zu denen neuerdings auch Stahlaktien gerechnet werden. Im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges, so wird erwartet, sollte sich die Stahlkrise im nächsten Jahr zumindest mildern. Automobilpapiere lagen vernachlässigt.

Wenig verändert waren erneut die Papiere der Großchemie. Das in BASF und Bayer herauskommende Material, zum Teil aus dem Ausland stammend, wurde reibungslos aufgenommen. Bei den Banken lagen nicht nur die Papiere der Deutschen Bank fester, auch die anderen Institute kamen zu leichten Kursgewinnen. Hier scheint sich eine gewisse Neuorientierung durchzusetzen. Bei den Versicherungen erholten sich Aachen-Münchner-Beteiligung um 36 DM auf 966 DM. Damit kommt der Kurs seinem bisherigen Höchststand wieder sehr nahe. Allianz-Versicherung zogen um 7 DM auf 815 DM an. Trotz der bevorstehenden Kapitalerhöhung verbesserten sich Preussag um 2,50 DM.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten sich um 3 DM auf 199 DM, Dt. Texaco befestigten sich um 6,50 DM auf 254,50 DM, und Dyckerhoff St. zogen um 5,50 DM auf 229,50 DM an. Leffers stiegen um 3 DM auf 393 DM und Neckermann konnten sich um 4 DM auf 112 DM verbessern.

Frankfurt: Die Standardwerte konnten sich unterschiedlich bis zu 5 DM verbessern, vor allem Bankaktien waren freundlich, Autoaktien dagegen vernachlässigt, hier schlossen Mercedes ex 11,50 DM Dividende mit 574,50 DM um 7 DM niedriger. Ansonsten blieben Heidelberger Zement 455 DM plus 20 DM, Strabag Bau 215 DM plus 12,50 DM, Deutsche Conti-Rückversicherung-Inhaber 2050 DM plus 50 DM und dergleichen Namensaktien 935 DM plus 40 DM sowie Münchener Rück-Inhaber 1200 DM plus 50 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi verbesserten sich um 5 DM auf 152 DM. HEW kamen bis auf 97 DM plus 1 DM und NWK-Vz. bis 176,50 DM plus 1,50 DM. Reichelt konnten den Vortagsabschlag von 1,90 DM bei 90 DM voll aufholen. Dagegen schwächten sich Triton auf 131,50 DM ab.

München: Agrob Vz. erhöhten sich um 7 DM auf 300 DM, Augsburger Kammgarn verbesserten sich um 3 DM auf 93 DM, Diamalt AG zogen um 4 DM auf 170 DM an und Zahnräder Renk befestigten sich um 5 DM auf 260 DM. NAK Stoffe sanken um 2,50 DM auf 52,50 DM.

Berlin: DeTeWe zogen um 9 DM an. DUB-Schultheiss lagen um 4 DM, Berthold um 3 DM und Schering um 2 DM freundlicher.

Nachbörse: zuversichtlich

WELT-Aktienindex vom 20. 12.: 149,4 (149,0); WELT-Umsatzindex vom 20. 12.: 1956 (1895)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Kurswert in 1000 DM

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

F = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart.

Inlandszertifikate

DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

Amsterdam

Mailand

London

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

Brüssel

Hongkong

Singapur

Madrid

Paris

Geschlossen

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 20. 12.: 554 Optionen = 28 500 (32 550) Aktien, davon 119 Verkaufsoptionen = 6 150 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-75/2,5, 4-75/8,2, 4-80/6, 4-85/3,4, 7-80/9, 7-90/, BASF 1-160/7,9, 4-150/20, 4-170,8, 7-170/14,8, 7-180/8,8, Bayer 4-170/9,2, 4-180/5, 7-170/16, 7-180/9,2, 7-190/5,6, Bekula 4-100/3,35, BMW 4-450/14, Bay. Vereinsbank 4-320/12,5, Commerzbank 1-170/1,5, 4-170/9,2, 4-180/5, 4-210/0,65, 7-160/820,8, 7-170/16, 7-180/11, 7-200/6,4, 7-210/6,1, Conti 1-120/3, 4-120/8, 4-120/8, 4-130/4,6, Daimler 4-650/44, 4-690/19,5, 7-700/31,5, 7-720/20, Deutsche Babcock VZ 1-170/22,2, 4-200/13,4, Deutsche Bank 1-310/13, 1-320/5,6, 4-320/20, 4-330/13,5, 7-320/31, 7-370/7, Degussa 1-350/26, 1-360/59,5, 1-360/16,6, 1-370/7,3, 1-380/4, Dresdner Bank 4-170/9,45, 4-180/6, 4-190/2,85, 7-160/25, 7-170/17, 7-180/14, 7-190/9, GHH St. 4-150/10, Hoechst 1-150/25, 1-270/6,5, 4-170/13,9, 4-190/4,4, 7-180/16,6, 7-10/9,4, Hoesch 1-90/3,5, 4-90/10,5, 4-100/5,5, 7-90/15, 7-100/8,6, Karstadt 4-280/30,25, Klöckner 4-35/7, 4-40/4, 7-40/7, Lufthansa St. 1-130/10,7, Lufthansa VZ 1-120/23, 1-127,5/14,15, 4-130/14,3, MAN 4-130/15,6, Mannesmann 4-140/5,8, 4-150/4,2, 7-130/17,5, 7-140/10,6, RWE VZ 4-190/4,4, Schering 1-370/3, 4-380/9,9, Kali + Salz 1-187/3,5, Siemens 1-340/40, 1-350/29,8, 1-360/19,6, 4-380/16,5, 4-400/10,6, 4-420/3,2, 7-370/31, 7-400/18, Thyssen 7-90/3,5, Veba 1-162,5/8, 4-170/8, 4-180/4,5, 7-160/21,25, 7-170/15, 7-180/9,4, VEW 4-120/7,6, VW 1-190/14,4, 1-210/2, 4-200/31, 4-210/15, 4-220/10, 4-230/8,3, 4-240/6, 4-250/3, 7-200/30, 7-210/21,8, 7-220/20,05, 7-230/14, 7-250/7, 7-260/4,4. **Verkaufsoptionen:** BASF 1-160/1,2, 7-160/2,4, Bayer 4-170/4,9, BMW 4-390/5,5, 4-420/9,4, 4-430/15, Commerzbank 4-160/2,4, 4-170/7,7, 7-160/3,4, Conti 4-120/5,4, 7-120/6, Daimler 4-630/6,6, 4-660/19, Dresdner Bank 4-160/3, 4-170/6,5, GHH St. 4-130/2, Hoechst 4-170/3, 7-170/3,9, 7-180/8, Hoesch 4-95/3,35, 7-90/3,9, Karstadt 4-280/8, 7-290/15, Klöckner J4-35/2, 7-35/2,9, Lufthansa ST. 7-140/7,6, Mannesmann 4-130/3,8, 7-130/5, 7-140/8,8, Preussag 4-270/5,6, Kali + Salz I 220/16, Siemens 1-360/1,4, 1-370/4, 4-370/5, 4-380/11,5, Thyssen 4-75/2,6, Veba 1-170/3, 1-180/12, 7-160/2,4, VEW 4-120/4, VW 1-200/2, 1-210/5,5, 4-200/4, Chrysler 1-75/2, 4-75/4,4, 7-75/5,5, , IBM 7-320/8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10¼–10½	6⅜–6⅝	5 –5¼
3 Monate	10⅜–10½	6¼–6½	4⅝–4⅞
6 Monate	10½–10⅝	6⅜–6⅝	4½–4¾
12 Monate	10⅝–10⅞	6½–6¾	4⅝–4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1749,90
10 US-Dollar (Indian) **)	1176,00	1378,16
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	604,20
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	235,00	290,70
20 belgische Franken	186,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	251,00	313,50
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1057,00	1244,88
Maple Leaf	1057,00	1244,88
Platin Noble Man	1095,00	1298,20
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	262,00	330,60
20 schweiz. Franken „Vreneli"	258,00	323,76
20 franz. Franken „Napoléon"	207,00	264,48
100 österr. Kronen (Neuprägung)	976,00	1178,48
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	243,10
10 österr. Kronen (Neuprägung)	101,00	132,24
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	455,00	558,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	143,64

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

20. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfz.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,7617	2,7697	2,7383	2,72	2,81
London¹)	3,919	3,933	3,896	3,87	4,02
Dublin¹)	3,093	3,107	3,054	3,03	3,18
Montreal³)	2,2100	2,2180	2,1947	2,17	2,26
Amsterd.	88,920	89,140	88,0025	87,75	89,75
Zürich	125,300	125,400	25,20	123,75	126,50
Brüssel	4,899	4,919	4,851	4,73	4,95
Paris	32,675	32,835	32,16	32,00	33,75
Kopenh.	27,580	27,680	27,33	26,50	28,50
Oslo	35,410	35,530	34,88	35,00	36,75
Stockh.**)	34,045	34,205	33,665	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,642	1,652	1,603	1,62	1,72
Wien	14,162	14,202	14,182	14,00	14,32
Madrid**)	1,730	1,740	1,688	1,66	1,78
Lissabon**)	2,078	2,098	1,988	1,80	2,40
Tokio	1,1755	1,1785	–	1,13	1,19
Helsinki	46,900	47,100	45,94	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,748	2,808	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4140	2,4330	–	2,40	2,51
Johannesbg.*)	2,2425	2,2685	–	2,13	2,38

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Bei nachlassender Umsatztätigkeit hielt die Konsolidierungsphase für den Dollar. Ein freundlicher Bond-Markt sorgte am 20. 12. für eine leichte Klimaverbesserung und eine niedrigere Kursbasis von 2,7610 bis 2,7670. Erstmals seit über zwei Wochen trat die deutsche Bundesbank zur amtlichen Notiz (2,7657) nicht in Erscheinung. Der japanische Yen holte mit einem Kursgewinn von 4,7 Promille zwei Drittel seines Vortagsverlustes wieder auf, während die Mehrzahl der anderen amtlich notierten Währungen geringe Kursrückgänge hinnehmen mußte. Einen stärkeren Verlust erlitt lediglich der Escudo mit 5,7 Promille auf 2,088. US-Dollar in: Amsterdam 3,1055; Brüssel 56,35; Paris 8,4500; Mailand 1679,00; Wien 1950,50; Zürich 2,2073; Ir. Pfund/DM 3,100; Pfund/Dollar 1,4195.

Ostmarkkurs am 20. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die zögernde Verengung der Dollar-Depots gegen D-Mark setzte sich am 20. Dezember bei kleineren Umsätzen fort.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,99/0,89	2,78/2,68	5,36/5,16
Pfund/Dollar	0,165/0,185	0,33/0,36	0,52/0,57
Pfund/DM	1,50/0,10	3,60/2,20	6,80/5,20
FF/DM	36/ 10	87/ 51	127/111

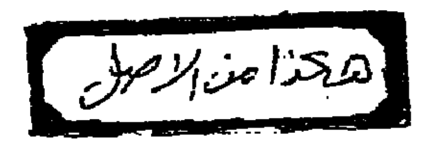
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 12.: Tagesgeld 5,45–5,5 Prozent; Monatsgeld 6,5–6,65 Prozent; Dreimonatsgeld 6,4–6,55 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 20. 12.: 4 Prozent Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammer Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,30 (7,60) – 10,00 (7,83). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,60 (7,16) – 8,5 (7,60) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,21, 2 Jahre 7,52. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,25, Kurs 100, Rendite 8,25.



Zinsanstieg gestoppt

Am Rentenmarkt scheint der Zinsanstieg zumindest vorübergehend gestoppt zu sein. Öffentliche Anleihen lagen bis zu 0,40 Prozentpunkte fester. Gesucht waren vor allem Papiere mit mittleren Laufzeiten. Allerdings blieben die Umsätze begrenzt. Die dauernden Emittenten verhalten sich zur Zeit marktschonend. Aktueller Finanzierungsbedarf scheint nirgends mehr zu bestehen. Bei den Pfandbriefen blieben die Renditen noch fast unverändert. Es wird aber erwartet, daß sie in den nächsten Tagen leicht rückläufig oder durch einen steigenden Dollar ausbleiben sollten.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

	20. 12.	19. 12.
M 5½ Bayer.Hubo Pf 14	90G	89,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
8½ dgl. Pf. 2	93,75G	93,5G
7 dgl. Pf 3	93G	93G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
8½ dgl. KS 14	95,25G	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	76G
6 dgl. KO Pf 50	99,8G	99,6G
6½ dgl. Pf 10	80,5G	80,5bG
6 dgl. KS 1	98,25G	98,25G

	20. 12.	19. 12.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,75	88,75
6 dgl. 47	77G	77G
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 6 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 60	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	99,35G	99,35G
4 dgl. KO 5	102	102
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 96	78,75	80,5G
6½ dgl. Pf 80	88	88
8 dgl. Pf. 249	100,4	100,4

	20. 12.	19. 12.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78bG	78bG
7 dgl. Pf 100	98,6G	98,6bG
D 8 WestLB Pf 350	99,95G	99,95G
6½ dgl. Pf 403	95,4G	95,4G
9½ dgl. Pf 1007	103,95G	103,95G
8 dgl. Pf 1015	97,25G	97,25G
7 dgl. KO 566	99,1G	99,1G
8½ dgl. KS 420	93,95G	93,95G
9½ dgl. KO 1301	102,9G	102,9bG
8½ dgl. KS 1278	110,85G	110,85G
8 dgl. IS 1512	98,85G	98,85G

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Optionsscheine

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

	20. 12.	19. 12.
F Warner Commun.	83,1	83,1
F Warner Lambert	79,5	77
F Wells Fargo	109	109
M Western Deep L.	139,5	138
M Western Mining	10,2	10,1
M Westinghouse El.	147,5	148,3
F Westl.-Utrecht H.	97	99
D Xerox Corp.	141	144

Warenpreise – Termine

Leicht befestigt schlossen die Goldnotierungen am Montag an der New Yorker Comex. In engen Grenzen uneinheitlich bzw. unverändert notierte Silber. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Schwächer zeigte sich Kakao. Mit Ausnahme des festeren Kassa-Monats kam es bei Kaffee in allen Sichten zu deutlichen Abschlägen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19. 12.	16. 12.
Dez.	352,00	346,50
März	359,75	355,50
Mai	357,00	353,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	19. 12.	16. 12.
St. Lawrence 1 CW	244,85	243,70
Amber Durum	260,70	260,20

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	141,50	139,50
März	147,00	145,50
Mai	150,50	149,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	121,50	120,20
März	124,30	122,90
Mai	124,40	124,50

Hafer Chicago (c/bush)	19. 12.	16. 12.
Dez.	186,00	186,50
März	188,25	186,25
Mai	190,00	188,00

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	352,00	127,50
März	359,75	130,75
Mai	357,00	134,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 12.	16. 12.
Dez.	129,20	127,20
März	134,10	132,20
Mai	134,90	133,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	19. 12.	16. 12.
Dez.	155,90	155,00
März	147,11	148,65
Mai	141,10	142,60

Kakao New York ($/t)	19. 12.	16. 12.
Terminkontr. Dez.	2488	2543
März	2472	2510
Mai	2475	2510
Umsatz	4074	4200

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	7,45	7,60
März	8,58	8,66
Mai	8,87	8,89
Juli	9,18	9,32
Sept.	9,36	9,54
Umsatz	3 535	6 235

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	19. 12.	16. 12.
	7,65	7,63

Kaffee London (£/t) Robusta-	19. 12.	16. 12.
Kontrakt Jan.	2075–2080	2123–2125
März	1997–1998	2020–2021
Mai	1905–1908	1923–1924
Umsatz:	2206	3031

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1915–1920	1903–1905
März	1886–1888	1884–1885
Mai	1874–1875	1874–1875
Umsatz	5016	9505

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	–
März	154,10	154,60–154,75
Mai	159,50–160,00	160,25–160,40
Umsatz	1291	1365

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 12.	16. 12.
schw. Sarawak spez.	420,00	420,00
weißer Sarawak	647,50	647,50
weißer Muntok	655,00	665,00

Orangensaft New York (c/lb)	19. 12.	16. 12.
Jan.	124,40	123,65
März	124,60	123,20
Mai	124,70	123,40
Juli	124,30	123,40
Sept.	124,30	123,45
Umsatz	700	350

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	19. 12.	16. 12.
Südstaaten fob Werk.	48,00	48,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	25,25	25,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	27,75	27,15
Jan.	27,90	27,16
März	28,40	27,68
Mai	28,85	28,15
Juli	28,95	28,32
Aug.	28,40	27,70
Sept.	27,25	26,60

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,50	28,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,00	18,00
Choise white hog 4% fr. F.	16,625	16,50

Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	18,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,25	15,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	49,50	48,25
Febr.	48,65	48,85
April	47,25	47,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	64,25	64,05
März	64,55	64,50
Mai	66,15	65,90

Rinder Chicago (c/lb)	19. 12.	16. 12.
Ochsen sch. schwere River Northern	54,50	54,50
Kälber sch. schwere River Northern	54,50	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	784,00	779,00
März	802,00	796,00
Mai	812,00	810,00
Juli	820,00	815,00
Aug.	808,00	802,00
Sept.	744,00	742,00
Nov.	695,00	698,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	216,00	214,50
Jan.	216,00	215,00
März	218,00	218,00
Mai	218,50	218,20
Juli	219,00	220,00
Aug.	216,00	216,00
Sept.	209,50	208,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	19. 12.	16. 12.
Dez.	393,00	385,00
März	400,00	395,00
Mai	410,00	405,00

Kokosöl New York (c/lb)	19. 12.	16. 12.
Westküste fob Werk	47,50	44,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	20. 12.	19. 12.
jegl. Herk. cif	855,00	880,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	510,00	510,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	725,00	725,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	197,00	195,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1062,50	1065,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	329,25	325,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	19. 12.	16. 12.
März	78,70	78,55
Mai	79,90	79,70
Juli	80,53	80,20
Okt.	75,35	75,28
Dez.	73,75	73,80
März	74,85	74,80

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS 1	58,00	58,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	19. 12.	16. 12.
Dez.	400–415	415–420
Jan.	408–413	410–412
März	421–423	424–428
Umsatz:	52	242

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	19. 12.	16. 12.
Dez.	46,50	46,50
März	46,90	46,90
Mai	47,80	47,60
Juli	47,90	47,90
Umsatz:	0	22 500
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	19. 12.	16. 12.
Dez.	540,00–545,00	538,50–543,00
März	558,00–561,00	560,00–560,00
Mai	574,00–575,00	573,00–574,00
Umsatz:	16	31

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	19. 12.	16. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA; ab Lager	19. 12.	16. 12.
Dez.	13 950	14 009
März	14 040	14 070

Kautschuk London (p/kg)	19. 12.	16. 12.
Nr. 1 RSS loco	83,00–84,75	84,25–86,00
Jan.	83,80–84,30	84,50–85,00
Febr.	84,00–84,20	85,60–85,70
Jan./März	84,00–84,10	85,60–85,70
Tendenz: leichter		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	19. 12.	16. 12.
Nr. 1 RSS loco:	–	–
Dez.	263,00–263,25	264,50–265,00
Jan.	267,00–267,25	268,25–268,75
Nr. 2 RSS Dez.	257,00–258,00	258,00–259,00
Nr. 3 RSS Dez.	253,50–254,50	255,00–256,00
Nr. 4 RSS Dez.	247,00–248,00	248,50–249,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	19. 12.	16. 12.
BWC	495,00	495,00
BWD	485,00	485,00
BTC	495,00	495,00
BTD	485,00	485,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	20. 12.	19. 12.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	108,55–108,65	108,00–108,10
drittfolg. Monat	112,48–112,58	111,94–112,04
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,73–236,93	235,49–235,89
drittfolg. Monat	244,53–244,83	241,40–241,80
Produz.-Preis	263,12	263,42
Reinzinn 99,9%	3784–3822	3782–3819

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20. 12.	19. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	389,37–391,73	386,32–388,68
Blei in Kabeln	116,25–117,25	115,75–116,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	20. 12.	19. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	364–375	362–372
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	412–415	409–411
MS 63	408–413	408–411

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	19. 12.	16. 12.
	29,15	29,20

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20. 12.	19. 12.
Leg. 225	440–443	440–443
Leg. 226	442–445	442–445
Leg. 231	472–475	472–475
Leg. 233	482–485	482–485

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	20. 12.	19. 12.
Platin (DM je g)	36,95	36,95
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	33 850	33 850
Rücknahmepr.	33 100	33 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 770	33 850
Rücknahmepr.	32 780	32 830
verarbeitet	35 440	35 520
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 405	33 585
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	781,40	782,10
Rücknahmepr.	754,10	754,70
verarbeitet	816,00	816,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	20. 12.	19. 12.
10.30	375,40	378,85
15.00	378,10	375,00
Zürich mittags	375,25–375,75	376,25–376,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 060	102 600
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	606,90	609,10
3 Monate	622,80	623,10
6 Monate	638,60	639,10
12 Monate	670,50	671,10

Platin (£-Feinunze)	19. 12.	16. 12.
London fr. Markt	289,40	288,05
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	– 117,15	115,30 114,10

New Yorker Preise	19. 12.	16. 12.
Gold H & H Ankauf	375,00	377,25
Silber H & H Ankauf	862,00	854,00
Platin fr. Händlerpr.	404,00	404,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	158,00–160,00	153,00–165,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	859,70	850,00
Jan.	863,00	863,00
Febr.	869,00	869,00
März	874,00	874,00
Mai	890,00	890,00
Juli	905,00	908,00
Sept.	904,30	920,00
Umsatz:	20 000	46 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19. 12.	16. 12.
Dez.	62,90	62,30
Jan.	63,25	62,50
Febr.	63,90	63,15
März	64,75	63,80
Mai	65,80	65,10
Juli	67,25	66,35
Sept.	68,50	67,70
Umsatz:	5 000	7 500

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	20. 12.	19. 12.
Kasse	1077,5–1078,5	1073,5–1074,5
3 Monate	1106,5–1107,0	1102,0–1102,5
Blei (£/t) Kasse	276,00–276,25	275,50–276,00
3 Monate	286,00–286,25	285,50–286,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	977,50–978,00	968,50–969,00
3 Monate	1003,5–1004,0	994,00–995,00
abends Kasse	–	969,00–970,00
3 Monate	–	995,50–996,00
(Kupfer-Standard)		
Kasse	961,50–962,00	952,00–954,00
3 Monate	986,00–987,00	977,00–979,00
Zink (£/t) Kasse	607,00–607,50	606,00–607,00
3 Monate	621,75–622,00	621,25–621,50
Zinn (£/t) Kasse	8642–8644	8648–8650
3 Monate	8801–8802	8808–8810
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	68–70

Wir trauern um Herrn

Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm.

Dr. rer. pol. Joachim Teske

Verbandsdirektor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen e. V., Hamburg

der am 16. Dezember 1983 im Alter von 56 Jahren verstorben ist.

Über mehr als zwei Jahrzehnte erfüllte Joachim Teske in der Gesamtorganisation der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft wichtige Funktionen. Als Verbandsdirektor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen und als Mitglied des Vorstandes des Gesamtverbandes, dem er mehr als 10 Jahre angehörte, war er an der Entwicklung und Ausgestaltung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft maßgeblich beteiligt.

In zahlreichen Gremien innerhalb und außerhalb der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft stellte Joachim Teske sein umfangreiches Wissen und seine große Erfahrung zur Verfügung.

Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft hat mit Joachim Teske einen engagierten Förderer und qualifizierten Kollegen verloren.

Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e. V., Köln

Beschluß:

Der Antrag der Firma IBH Holding AG., Erthalstraße 1, 6500 Mainz 1 vertreten durch den Vorstand

a) Horst-Dieter Esch, Schwalbenweg 17, 6272 Niedernhausen-Wildpark
b) Heinz-Friedrich Hoppe, Erwin-Witzleben-Straße 38, 4000 Düsseldorf
c) Ewald W. Ahrem, Zieglerstraße 19, 4100 Duisburg 1
d) Walther M. Herzog, Quellbornstraße 66, 6200 Wiesbaden-Frauenstein
e) Gerhard Fahr, Erlenweg 6, 6104 Jugenheim
f) Hans Trautnitz, Nieder-Olmer Straße 4, 6501 Zornheim
g) Ahmed A. Moussa, Avenue Général Leclerc, F-54000 Nancy
h) William J. Dalton, 16 Dunvegan Drive Newton Nearnf/Glasgow, Great Britain

über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt, weil der unterbreitete Vergleichsvorschlag der Vermögenslage der Schuldnerin nicht entspricht und undurchführbar erscheint, weil die Schuldnerin zuviel bietet. – § 18 Ziff. 3 VerglO –
Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 VerglO

heute, am 13. Dezember 1983, 8.00 Uhr

das

Anschlußkonkursverfahren

über das Vermögen der Antragstellerin eröffnet.
Der Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Petereit, Kaiserstraße 24 A, 6500 Mainz 1, wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 25. Januar 1984 beim Gericht – in zweifacher Fertigung – anzumelden.
Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Freitag, den 27. Januar 1984, 14.30 Uhr
und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:
Freitag, den 17. Februar 1984, 14.30 Uhr
vor dem Amtsgericht in 6500 Mainz 1, Ernst-Ludwig-Straße 7, I. Stockwerk, Saal-Nr. 162.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 25. Januar 1984 anzeigen.
Es wird Postsperre gemäß § 121 KO angeordnet.
Mainz, den 13. Dezember 1983 – 13 N 172/83 **Das Amtsgericht**

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechell

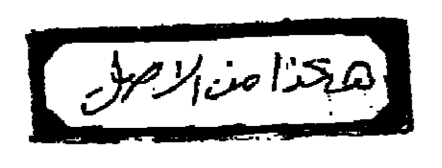
Herstellung: Werner Koziak

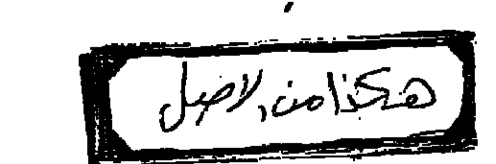
Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





IMMOBILIEN / KAPITALIEN

Südliche Nordsee

Steuern sparen direkt am Strand

Wo: Am nordöstlichsten Punkt der friesischen Küste im Nordseeküstenbad Schillig, wenige Kilometer von Wilhelmshaven, entstehen **Ferienapartments unmittelbar am Strand** – mit Seeblick-Restaurant, Aussichtscafé etc.

Wie: Als Bauherr Ihres **Ferienapartments** können Sie je nach Ihrer einkommensteuerlichen Situation fast das gesamte **Eigenkapital aus ersparter Einkommensteuer** aufbringen. **Zusätzliche Liquidität durch MwSt.-Option.** Und: staatliche Förderung durch **zwei Investitionszulagen, 8,75% und 10%.**

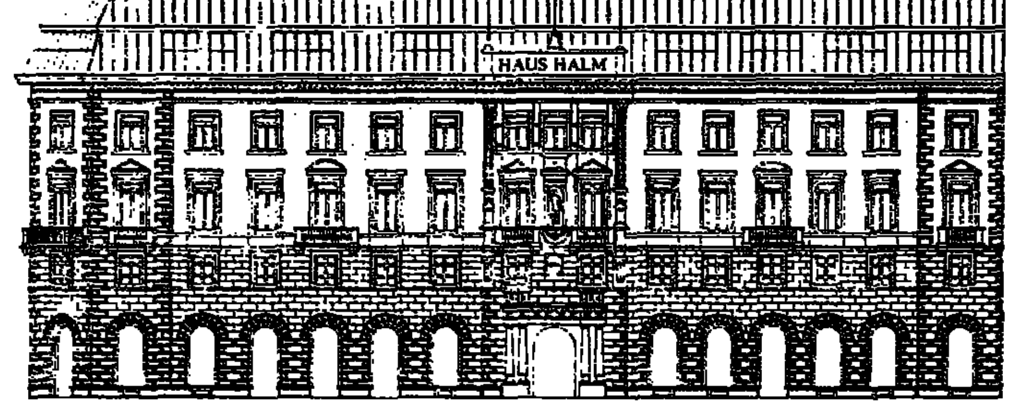
Weil: Ihre Ferienimmobilie an der südlichen Nordsee ist eine Kapitalanlage mit Zukunft.

Wer: **W. H. JANSSEN**
Finanz- und Wirtschaftsberatung
Gesellschaft mbH & Co. KG
Friedrich-Ebert-Str. 69–71, 2970 Emden
Tel. (0 49 21) 2 51 01-6

Telefon-Service (0 49 21) 2 51 06 bis 20 Uhr
Am 24. 12. von 10 bis 12 Uhr

W. H. JANSSEN – Ihr Partner seit 1967

See- und Alpenblick mit Steuervorteilen:
Konstanz/Bodensee · Bauherrengemeinschaft · Haus Halm



Das historische Haus Halm als neues attraktives Wohn- und Geschäftszentrum mitten in Konstanz-Altstadt, 130 m vom See ● Zweigeschossige Passagen mit 2000 m² Geschäftsraum hinter Arkaden (u. a. Restaurant, Café, Treffs) ● 2000 m² Wohnungen unterschiedlicher Größe, z.T. Balkone, Dachterrassen, Wintergärten ● Alle steuerlichen Vorteile des Bauherrenmodells ● Zusätzlich 10 Jahre jährlich 10 % Sonderabschreibung nach § 82 i EStDV für denkmalgeschützte Bauten ● Schließungsgarantie per 31.12.83 ● Garantierte Bezugsfertigkeit per 31.12.84 ● Hohe Rendite ● Liquiditätsüberschuß in Bau- und Mietphase möglich ● Erfahrene Vertragspartner.

gps GESELLSCHAFT FÜR PROJEKTSTEUERUNG IM BAUWESEN MBH
GEBHARDPLATZ 30 7750 KONSTANZ
07531 · 63018

Telefonische Beratung auch samstags und sonntags.

Die konventionelle Eigentumswohnung ist klassischer Sachwert mit Bestand

Machen Sie Ihr Vermögen substanzsicher: Die konventionelle Eigentumswohnung ist eine grundsolide Sache. Mit guten Erlösen. Mit Wertzuwachs – unabhängig von Konjunkturschwankungen. Unser Angebot:

Komfort-Eigentumswohnungen in Bad Salzuflen

nach dem FINANZBAU-MARITIM-Erwerbermodell. Hohe Steuervorteile (voll in 1983 absetzbar). Sofort Mieteinnahmen: DM 8,–/m² (kalt). Wertvolles Grundstück direkt am Kurpark. Vorteilhafte Festpreise. Keine Bauherrenhaftung, da fertiggestellt. Hochwertige Ausstattung. Wohnungsgrößen von 37–65 m². Finanzierungs-Service. Alle Sicherheiten. Bitte fordern Sie unsere Informations-Unterlagen an.

Herforder Str. 2 · 4902 Bad Salzuflen
Tel. (0 52 22) 54-1 **finanzbau**

Fünfzig Prozent garantierter Gewinn!

Einen 50%igen Gewinn auf Ihre Gesamtanlage im Zeitraum von 5 Jahren garantiert Horizons 2000 in Zusammenarbeit mit einer bekannten US-Versicherungsgesellschaft. Langfristigeren Anlegern winken Profite aus jährlichen Ernten, die auf durchschnittlich 65% vom 6. bis einschl. 20. Anlagejahr projektiert sind. Jährliche Gewinne, ausgezahlt auf 3-Monats-Basis, können über Generationen weiterfließen. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch (Angebote von Maklern erwünscht) erhältlich durch: Globe Plan SA – Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 (Schweiz), Tel. (00 41 21) 22 35 12, Telex 25 185 melis ch

---

Baden-Baden

Im historischen Villenviertel oberhalb Kurhaus und Theater haben Sie heute noch die seltene Gelegenheit, eine vorzügliche Eigentumswohnung in solider handwerklicher Bauweise und eleganter Ausstattung zu erwerben.

Außerdem sparen Sie im Ersterwerbermodell Steuern und sichern den Wert Ihres Geldes:

Z. B. beträgt bei einer Wohnfl. von 90,40 m² der Kaufpreis DM 380 000,–
erforderl. Eigenkapital 10% = DM 38 000,–
Fremdkapital zu 5,25% Zins,
Auszahlung 91,5%, 3 Jahre fest.
Einkommensteuerersparnis bei Vermietung in 8 Jahren bis DM 162 997,–

Bitte informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!

Apartbau Baden-Baden
Apartbau-GmbH
Bauträger- und Betreuungsunternehmen
7570 Baden-Baden
Maria-Viktoria-Straße 3
Telefon (0 72 21) 2 44 04

Villa

6 km Aix-en-Provence zu verkaufen

In gesund. Waldgeb./Naturreservat Ste. Victoire. Ab von Lärm u. Touristenstraßen. 5 Zi., 2 Bäd., Kamin, Wohnkü., Ölhzg., 700 m² Gart., Pr. DM 320 000.
Dokument. d. Chiffre J 8964 B IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich

---

Kr. Freudenstadt - Bad Rippoldsau

Schelfelstr. 9

2-Zi.-Eigt.-Whg., Dachgeschoß, 50 m², in kl. Einh., hochw. Ausst. (off. Kamin), DM 120 000,– VHB

Offene Besichtigung:

Mi.	28. 12. 83	14.00 - 17.30 Uhr
Do.	29. 12. 83	9.00 - 12.30 Uhr
Mo.	2. 1. 84	9.00 - 12.30 Uhr
Di.	3. 1. 84	14.00 - 17.30 Uhr
Mi.	4. 1. 84	9.00 - 12.30 Uhr
Do.	5. 1. 84	14.00 - 17.30 Uhr
Fr.	6. 1. 84	9.00 - 12.30 Uhr

Wohnbau Ritter
Karl-Friedrich-Str. 20
7505 Ettlingen
Tel.: 0 72 43 / 7 78 66

Die feine Adresse der Bundeshauptstadt: Bonn-Bad Godesberg, Fasanenstraße 23

Hier entstehen auf einem ca. 4500 m² großen Parkgrundstück:

- 14 luxuriöse Eigentumswohnungen
- in allerbester Villenlage, direkt am Rhein
- mit exklusiver Innen- und Außenarchitektur
- alle Wohnungen mit unverbaubarem Rheinblick
- Wohnungsgrößen von 64–126 m²

Beispiel: Wohnung mit 87,15 m² = 434 442,75 DM
zuzüglich Tiefgaragenplatz = 26 970,00 DM
Gesamtaufwand = 461 412,75 DM

ipegé Christian-Gau-Str. 5, 5000 Köln 41, Tel. 02 21 / 49 50 21-22

(Holland) Zeeland Lewedorp; gr. halbfreist. Deichhaus m. Gar. (65 m²), (Hälfte eines Doppelhauses), nahe Veerse See u. Sportflugplatz, VB hfl 120 000,–, 0031-1184.64225

ZANDVOORT (Holland), 60 m v. Meer: gr. 4-Zi.-Parterrewohnung m. Zhzg. u. off. Kamin, 132 500,– hfl. Tel. 0031-2507.19038

NEU

Flitchlord Investments, ein erfahrener Partner!

Devisenansagedienst:
Montag, 10 Uhr – Freitag, 14 Uhr
Automatischer Infoservice:
Freitag, 14.30 Uhr – Montag, 9.30 Uhr
Tel. 0 30 / 8 82 61 32

NEU

Beim Erwerb einer ETW in unserem Hause ISABELLA

haben Sie für 1983 noch steuerl. Vorteile. Im staatl. anerkannten Kurort Schönwald/Schwarzwald (850–1100 m) wird das Haus Isabella mit nur sechs 2-Zi.-App. erstellt.

Preisbeispiel: 2 Zi., Kü., Bad, Keller, 42 m², ab 147 000,–. Langfr. Finanzierung auch unter Einbeziehung v. Bausparverträgen kann vermittelt werden.

Anfragen an:
Bau + Boden, Siegfried Bertram, Hauptstr. 8, 7741 Schönwald, Telefon 0 77 22 / 10 61
Beratung auch an Sonn- und Feiertagen

NELDEL – DIE GUTE IMMOBILIE

Neldel GmbH & Co. KG · Wohnungsbauunternehmen
Rühmkorffstr. 1 · 3000 Hannover · 0511/390 20

Göttingen
Studenten-Appartements:

Investieren Sie unter Ausschöpfung sämtlicher Steuervorteile '83 im Zentrum des neuen Göttinger Universitätsviertels, Ginsterweg.

Möblierte 1- und 2-Zimmer-Wohnungen von 16 m² – 52 m² mit Dusche, Bad, integriertem Küchenblock und teilweise Balkon. Z. B.: 1-Zi.-Whg. 18,19 m² mit Balkon, DM 63.665,–. 3-geschossige Bauweise.
Vermietungssicherheit. Fertigstellung zum Semesterbeginn Herbst '84.

Top-Kapitalanlage mit MWSt.-Option.

Residenz am Genfer See

Zwischen Evian u. Thonon, an einer d. schönsten Stellen d. Genfer Sees, stehen Kai-Häuser in sehr sol. Bauweise. Alle Grundst. haben eig. Bootsanl.-Pl. Alter Baumbest. 3- od. 4-Zi.-Typen, gr. Wohnraum, Kamin, als Urlaubsquartier od. Wohnsitz. Club, Schwimmbad, Tennis, Golf in 10 Min., Skipisten 20. Preise ab DM 290 000.
Dokumentation unter Chiffre J 8964 C an IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich

---

Noch für 1983 weniger Steuern! Mit dem sicheren NATO-Bauherrenmodell Idar-Oberstein.

Das Spitzenbauherrenmodell in Europas Edelsteinmetropole!
Fordern Sie ausführliche Unterlagen an.
Nur noch 2 kleine separate Bauherrengemeinschaften.
Eigentumswohnungen in Hanglage – und den besonderen Vorteilen: Mehrwertsteuererstattung, Mietpartner: öffentlicher Gewährsträger.

Immobilienvermittlungs- und Verwaltungs GmbH
Marsstr. 89, D-4232 Xanten
Tel. (0 28 01) 40 71 - 73
SEDES

Bad Aachen / Laurensberg

Architekten/Innenarch.-Luxuswohnungen

Von Privat, Bj. 79/80, 5 Min. vom Stadtzentr., Klinikum u. Reitstadion, repräs. in bevorz. ruh. Wohnlage, herrl. Aussicht, excl. 1- bis 2gesch. Wohnanl. in Grünanl., 112 m², 4 Zi., 2 Bäd., Lux.-Einb.-Kü., Terr., Loggia, sep. Garage. Schwimmbad, Sauna im Hause. DM 448 000,– per März/April 84, Tel. priv. 02 41 / 17 36 94, Büro 3 71 56 / 58

Die WELT ist in der Woche bei rund 20.000 Verkaufsstellen im Angebot, am Wochenende bei 23.000.

W 3391

MIETSHAUS

in Gießen, Bj. 73, Wfl. 320 m², 5 Wohneinh., von Privat: 650 TDM.
Zuschr. erb. u. E 3009 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bau-Management in Frankreich

Dipl.-Ing. ETH/Arch., seit 20 Jahren erfolgreich in Frankreich tätig, übernimmt Beratung oder schlüsselfertige Lieferung kleiner bis mittlerer Objekte.
Kontakt unter Chiffre J 8964 A IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich

Diessen am Ammersee

Nur noch 6 von 9 Luxus-ETW im Landhausstil zwischen 44 und 52 m² mit PKW-Stellplatz, teils mit Gartenanteil, Hobbyraum und Garage, für

Selbstnutzer oder Anleger

Verkaufspreise ab DM 219 000,– bis 296 800,–.
Hajo Tjaden
Wirtschaftsberatung
Goldrautenweg 1, 8 München 90
Tel. 0 89 / 6 90 09 95

150% Verlustzuweisung 1983/1984

Wertvolle Kapitalanlage
Inflationsgeschützt – Wertzuwachs

Gewerbliche Immobilienbeteiligung, Stadtzentrum-Eröffnung Ende 84, im Bau seit 30. 11. 1983, auf KG-Basis, durch 82er Investitionszulage trotz negativen Kapitalkontos über die Einlage hinaus Verlustzuweisungen. Hohe Beteiligung der Initiatoren. Bei schneller Entscheidung noch HR-Eintragung vor dem 31. 12. 1983 und voller Einkommensteuererstattungsanspruch für 1983.
Informationen unter 65 31 / 33 89 86

SCHAYK Noord Brabant HOLLAND: reizende FERIEN-BUNGALOWS, sehr schöne Lage nahe Autobahn in ruh. Park „Luytenbroek" od. im Feriennort „Parcival", für 6 Pers. u. kpl. Einrichtung. Bereits ab DM 45 000,–. Besicht. u. tel. Vereinb. (auch am Wochenende). P. COOLEN VASTGOED B.V., Smidse 29, SCHAYK (Holland). Tel. 0031-886.2349

Ingrid Vahle Vermögensberatung ab **15%** p.a.
Zuschriften unter S 9214 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen

---

Für Anzeigen von **Gewerblichen Maklern und Wohnungsvermittlern** gebräuchliche Abkürzungen

Hsm.	Hausmakler
Mkl.	Makler
RDM	Ring Deutscher Makler
VDM	Verband Deutscher Makler
VHH	Verein. Hambg. Hausmakler von 1897 e. V.

An alle Anleger und Aufteiler!

Wir sind eine Spezialvermittlung für Wohnanlagen, Wohn-/Geschäftshäuser. Unsere Mitarbeiter stehen Ihnen im gesamt. Bundesgebiet zu jeder Zeit zur Verfügung. Bei uns stimmen die Zahlen, man kann es gut für alle Teile rechnen. Bitte füllen Sie untenstehende Zeilen aus, und wir machen Ihnen im kommenden Jahr entsprechende Angebote. Wir vermarkten bei Aufteilung innerhalb kurzer Zeit.

Immobilien Kampling
Bachstr. 15–17, 4330 Mülheim/Ruhr, Ruf 02 08/38 06 39, Telex 856 11 32

Angebot-Gesuch ....
Name, Vorname ....
Anschrift ....
Kaufpreis bis .... Rufnummer ....

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Betreiben Sie Ihr Geschäft im Herzen Zürichs!

Wir vermieten Geschäftsräume im neuen Gewerbezentrum Europabrücke

Was bieten wir Ihnen?

- *ideale städtische Verkehrslage*
- *Bahngleisanschluß*
- *Autobahnanschluß*
- *flexible Nutzungs- und Ausbaumöglichkeiten*
- *Günstige Mietzinse*
- *Bezug ab Frühjahr 1985*

Verlangen Sie Unterlagen und Auskunft bei:

LOSAG AG Zürich
Rietbachstr. 5, 8952 Schlieren-Zürich, Tel. 0 04 11/7 30 73 03

Renditeobjekt

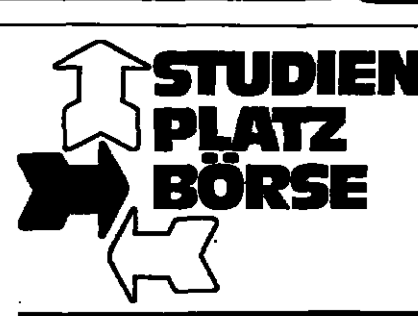
in Ahlen/Westf. f. 1,18 Mio. DM zu verk. Baumarkt-Areal 5000 m², 640 m² Verkaufshalle u. 2½stöck. Bürohaus, Lage gegenüb. einem gr. Supermarkt. Jährl. Rendite 84 000,– DM netto.
Tel. 02 51/71 75 26 werktags zw. 9 u. 12 und 14 u. 16.30 Uhr.

Rendite-Objekt – Kapitalanlage Moderne Gewerbehallen-Objekte Düsseldorf/Köln, Mieteinnahme 680 000 + 680 000 DM p. a., zu verkaufen. Zuschriften unter L 2728 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gewerbehof Langenfeld

Neubau, 7 Mieter, ME 200 000,- DM, günst. verk.
Zuschr. u. X 2716 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8-579 104 aufgeben.**



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Düsseldorf
2 Aachen	Köln
3 Aachen	Mainz
4 Aachen	Saarbrücken
5 Bochum	TU München
6 Bochum	Würzburg
7 Essen	Würzburg
8 Giessen	Hamburg

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Düsseldorf	Münster
2 Erlangen	Heidelberg
3 Erlangen	Uni München
4 Erlangen	Mainz
5 Erlangen	Tübingen
6 Frankfurt	Bonn
7 Frankfurt	Düsseldorf
8 Frankfurt	Köln
9 Frankfurt	Ulm
10 Heidelberg	Bonn
11 Heidelberg	Düsseldorf
12 Heidelberg	Köln
13 Heidelberg	Marburg
14 Heidelberg	TU München
15 Heidelberg	Uni München
16 Köln	Düsseldorf
17 Köln	Hamburg
18 Münster	Uni München
19 Mainz	Frankfurt
20 Tübingen	Mainz
21 Würzburg	Uni München

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Göttingen
3 Aachen	Hannover
4 Aachen	Uni Kiel
5 Aachen	Tübingen
6 Aachen	Würzburg
7 Bonn	Heidelberg
8 Bochum	Freiburg
9 Bochum	Hannover
10 Bochum	Heidelberg
11 Bochum	Hamburg
12 Bochum	Lübeck
13 Bochum	Tübingen
14 Bochum	Tübingen
15 Düsseldorf	Hamburg
16 Erlangen	Heidelberg
17 Göttingen	Aachen
18 Göttingen	Bonn
19 Göttingen	Düsseldorf
20 Göttingen	Essen
21 Köln	Münster
22 Mainz	Freiburg
23 Mainz	Heidelberg
24 Mainz	Freiburg
25 Regensburg	Freiburg
26 Regensburg	Göttingen
27 Regensburg	Marburg
28 Saarbrücken	TU München
29 Saarbrücken	Uni München
30 Saarbrücken	Regensburg
31 Tübingen	Aachen
32 Ulm	Bonn
33 Ulm	Heidelberg

Humanmedizin
1. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Uni München
2 Bochum	Lübeck
3 FU Berlin	Aachen
4 FU Berlin	Freiburg
5 FU Berlin	Lübeck
6 FU Berlin	Mannheim
7 FU Berlin	Marburg
8 FU Berlin	Uni München
9 FU Berlin	Tübingen
10 Essen	Aachen
11 Essen	Lübeck
12 Marburg	Freiburg
13 Marburg	Lübeck
14 Uni München	Freiburg

Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Heidelberg
2 Aachen	Mainz
3 Bonn	Freiburg
4 Bonn	TU München
5 Bonn	Tübingen
6 Bonn	Ulm
7 FU Berlin	Düsseldorf
8 FU Berlin	Erlangen
9 FU Berlin	Freiburg
10 FU Berlin	Hannover
11 FU Berlin	Heidelberg
12 FU Berlin	Hamburg
13 FU Berlin	Köln
14 FU Berlin	Marburg
15 FU Berlin	Münster
16 FU Berlin	Uni Münster
17 FU Berlin	Tübingen
18 Düsseldorf	Aachen
19 Düsseldorf	Essen
20 Düsseldorf	Freiburg
21 Düsseldorf	Heidelberg
22 Düsseldorf	Münster
23 Düsseldorf	Uni München
24 Düsseldorf	Tübingen
25 Essen	Gießen
26 Essen	Heidelberg
27 Essen	Mannheim
28 Essen	Marburg
29 Essen	Münster
30 Essen	Mainz
31 Essen	Tübingen
32 Erlangen	Freiburg
33 Erlangen	TU München
34 Erlangen	Uni München
35 Erlangen	Tübingen
36 Erlangen	Ulm
37 Gießen	Bonn
38 Gießen	Heidelberg
39 Gießen	Mannheim
40 Gießen	TU München
41 Gießen	Tübingen
42 Heidelberg	Freiburg
43 Heidelberg	Köln
44 Heidelberg	TU München
45 Heidelberg	Uni München
46 Heidelberg	Tübingen
47 Heidelberg	Ulm
48 Hamburg	Uni München
49 Köln	Hamburg
50 Uni Kiel	Lübeck
51 Mannheim	Bonn
52 Marburg	Bonn
53 Marburg	Freiburg
54 Marburg	Lübeck
55 Marburg	Münster
56 TU München	Freiburg
57 TU München	Köln
58 Uni München	Freiburg
59 Uni München	Lübeck
60 Uni München	Köln
61 Mainz	Bonn
62 Mainz	Freiburg
63 Mainz	Heidelberg
64 Mainz	Hamburg
65 Mainz	Lübeck
66 Mainz	Mannheim
67 Mainz	Tübingen
68 Tübingen	Freiburg
69 Tübingen	Lübeck

Humanmedizin
3. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Göttingen
3 Aachen	Hamburg
4 Aachen	Lübeck
5 Aachen	Uni München
6 Bonn	TU München
7 Bonn	TU München
8 Bonn	Uni München
9 FU Berlin	Düsseldorf
10 FU Berlin	Freiburg
11 FU Berlin	Tübingen
12 Düsseldorf	Münster
13 Essen	Gießen
14 Essen	Göttingen
15 Essen	TU München
16 Essen	Ulm
17 Erlangen	Göttingen
18 Frankfurt	Aachen
19 Frankfurt	FU Berlin
20 Frankfurt	Freiburg
21 Frankfurt	Heidelberg
22 Frankfurt	Mannheim
23 Freiburg	TU München
24 Freiburg	Uni München
25 Gießen	FU Berlin
26 Gießen	Göttingen
27 Gießen	Heidelberg
28 Gießen	Mannheim
29 Gießen	Uni München
30 Heidelberg	TU München
31 Heidelberg	Uni München
32 Hamburg	Düsseldorf
33 Hamburg	Ulm
34 Köln	Frankfurt
35 Köln	TU München
36 Köln	Uni München
37 Marburg	Bonn
38 Marburg	Köln
39 Marburg	Würzburg
40 Münster	Heidelberg
41 Münster	Lübeck
42 Münster	Marburg
43 Münster	Saarbrücken
44 Uni München	Freiburg
45 Uni München	Heidelberg
46 Mainz	Bonn
47 Mainz	Freiburg
48 Mainz	Heidelberg
49 Mainz	Köln
50 Mainz	Tübingen
51 Saarbrücken	Bonn
52 Saarbrücken	Freiburg
53 Saarbrücken	Mainz
54 Ulm	Erlangen
55 Ulm	Freiburg
56 Ulm	TU München
57 Ulm	Uni München
58 Ulm	Tübingen
59 Würzburg	Freiburg
60 Würzburg	Münster
61 Würzburg	Tübingen

Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

SPORT-NACHRICHTEN

Heute keine Damen-Abfahrt

Haus (sid) – Die dritte Weltcup-Abfahrt der Damen wird heute nicht wie geplant in Haus ausgetragen werden können. Ein Föhneinbruch zerstörte die Piste, so daß die Trainingsfahrten nicht stattfinden konnten.

Weltrekord Nummer 26

Alice Springs (dpa) – Der deutsche Segelflug-Weltrekordler Hans-Werner Grosse hat bei seinem zehnten Aufenthalt bei der Weltrekordjagd in Australien viel Glück mit dem Wetter. Mit 160 Stundenkilometern im 500-Kilometer-Dreiecksflug stellte Grosse mit dem Hochleistungsflugzeug vom Typ ASW-22 bereits seinen 26. Weltrekord auf.

Goldener Pokal gestohlen

Rio de Janeiro (dpa) – Beim brasilianischen Fußball-Verband wurde in der Nacht zum Dienstag der goldene Jules-Rimes-Pokal gestohlen. Die drei Kilogramm schwere und rund 110 000 Mark wertvolle Trophäe gehört den Brasilianern nach drei Weltmeisterschafts-Gewinnen. Die zwei Täter hatten den Wächter fesseln und knebeln können.

Kürten neuer Sportchef

Mainz (dpa) – Dieter Kürten wird am 1. Januar 1984 die Leitung der Hauptredaktion Sport im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) übernehmen. Der Verwaltungsrat des Senders hat damit dem Vorschlag des Intendanten zugestimmt. Gleichzeitig wurde Harry Valérien Chefreporter der Hauptredaktion.

Fußball-Skandal in Ungarn

Budapest (sid) – Der Toto-Skandal im ungarischen Fußball nimmt kein Ende. Jetzt wurden wieder 74 Spieler vom Spielbetrieb ausgeschlossen. Darunter befinden sich mit Zoltan Kiss und Andras Csetregi zwei Spieler vom Erstligaklub Ferencvaros Budapest. Den Spielern wird vorgeworfen, an Spiel-Manipulationen mitgewirkt zu haben. Bislang wurden 334 Spieler gesperrt.

ZAHLEN

SKI ALPIN

3. Weltcup-Slalom der Herren in Madonna di Campiglio: 1. Stenmark (Schweden) 1:36,89 Minuten (46,42 + 50,47), 2. Zoller (Östereich) 1:37,09 (46,54 + 50,55), 3. Popangelov (Bulgarien) 1:37,58 (47,03 + 50,55), 4. Giorgi (Italien) 1:37,76 (46,89 + 50,87), 5. Strand (Schweden) 1:37,86 (46,60 + 51,26), 6. Krizaj (Jugoslawien) 1:37,90 (46,70 + 51,20), 7. Julen (Schweiz) 1:38,35, (47,54 + 50,81), 11. Beck (Deutschland) 1:39,02 (47,81 + 51,21).

EISHOCKEY

Junioren-Länderspiel in Bad Reichenhall: Deutschland – CSSR-Auswahl 7:2 (4:0, 2:1, 1:1)

Iswestija-Turnier in Moskau, vierter Spieltag: CSSR – Kanada 4:2 (1:2, 1:0, 2:0), UdSSR – Schweden 4:1 (3:0, 1:1, 0:0), spielfrei: Finnland.

1. UdSSR	3	3	0	0	23:5	6:0
2. CSSR	3	3	0	0	9:3	6:0
3. Schweden	3	1	0	2	5:8	2:4
4. Finnland	2	0	0	2	3:14	0:4
5. Kanada	3	0	0	3	5:15	0:6

VOLLEYBALL

Länderspiel der Damen in Nürnberg: Deutschland – Südkorea 1:3 (10:15, 15:13, 1:15, 5:15)

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000,00 Mark, 2: 199 502,70, 3: 7275,30, 4: 102,70, 5: 8,90. – **Toto**, Elferwette: Klasse 1: 141 747,80, 2: 4295,30, 3: 284,20. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 255 235,50, 2: 85 078,50, 3: 9337,80, 4: 166,10, 5: 12,50. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 10,70, 2: 9,90. – Rennen B: Klasse 1: 548,70, 2: 147,50. Kombinationsgewinn: 164 353,80.

(Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Interview mit Schatzschneider – Happels Selbstvorwürfe

„Magath und Jakobs haben das Recht zur Kritik – sonst aber niemand"

MARCUS BERG, **Aberdeen**

Der Hamburger SV, das Theater um Dieter Schatzschneider und Wolfram Wuttke und kein Ende. Jetzt hat Trainer Ernst Happel in einer Kolumne der „Bild"-Zeitung zugegeben, *daß er die Mitschuld am Zustande*kommen der Spielersitzung vom Sonntag trägt. Happel schrieb: „Ich habe die beiden sogar aufs schlimmste erniedrigt. Mit den beiden haben wir ein halbes Jahr verloren. Wir fangen bei Null an. Ab Januar sind wir hoffentlich wieder komplett. Dann werden auch andere Parasiten sehen, daß Konkurrenz von der Bank kommt. Wer da nicht Leistung bringt, sitzt."

Vor dem gestrigen Rückspiel im Supercup bei Aberdeen sprach die WELT mit Dieter Schatzschneider.

WELT: Alle Ungereimtheiten mit Ihren Kollegen sollen jetzt ausgeräumt sein. Es soll einen neuen Anfang geben. Haben Sie diese Entwicklung erwartet?

Schatzschneider: Ehrlich gesagt, ja, ich habe nichts anderes erwartet. Ich habe mich ohnehin gefragt, was das ganze Theater soll. Man hätte auch mit mir reden können. Die Art und Weise, wie hier über eine Mannschaftskrise öffentlich diskutiert wurde, halte ich für sehr schlimm. Das läßt sich doch am Tisch unter Männern viel besser regeln.

WELT: Sie sprechen von einer Krise der gesamten Mannschaft. Es sah aber immer so aus, als wenn Sie und Wuttke die Alleinschuldigen seien?

Schatzschneider: Das ist ja das Schlimme. Ich muß für die Schwächen anderer, die bestimmt nicht besser sind als ich, den Kopf hinhalten.

WELT: Sie geben zu, daß Sie noch nicht richtig Fuß gefaßt haben, aber wer ist denn beim HSV noch schwach?

Schatzschneider: Ich will es einmal so herum sagen: Wenn mich Felix Magath und Ditmar Jakobs in der Öffentlichkeit kritisiert haben, dann gestehe ich diesen beiden auch das Recht zu. Sie sind nämlich die einzigen in der Mannschaft, die in der ersten Serie immer ihre Leistung gebracht haben. Alle anderen aber müssen den Mund halten. Sie sind nämlich genauso gut oder schlecht, wie man es nehmen will, wie ich. Bis auf Magath und Jakobs müssen wir uns alle steigern, wenn wir aus der Krise kommen wollen.

WELT: Sie wurden aber von allen kritisiert.

Schatzschneider: Am Sonntag bei der Krisensitzung haben sich die meisten von ihren Äußerungen distanziert. Ich glaube, die wollten nur von ihren eigenen Schwächen erst einmal ablenken.

WELT: Können Sie mit solchen Spielern dann noch reden, von der Funkstille zwischen Ihnen und Magath einmal abgesehen? Wie wird es beim HSV mit Ihnen weitergehen?

Schatzschneider: Um es salopp zu sagen: Ich will künftig voll ranklotzen. Und zu den menschlichen Kontakten: Ich kann mit jedem reden, ich habe auch immer ein offenes Ohr. Im Training habe ich zuletzt auch nichts davon gemerkt, daß jemand etwas gegen mich hat. Da geht es zu wie immer, ich werde nicht geschnitten. Auch werde ich in Zweikämpfen nicht ungewöhnlich hart angegriffen.

WELT: Ihr Vorgänger Horst Hrubesch hat kritisiert, Sie würden zu wenig laufen und nur Sprüche klopfen.

Schatzschneider: Ich meine, der Horst Hrubesch soll sich da mal raushalten. Er hat sich doch fünf Jahre lang in Hamburg etwas aufgebaut. Da kann man doch von mir nicht verlangen, daß ich das gleiche in einem halben Jahr schaffe.

GALOPP

Pferde vertauscht – Jockey legte ein Geständnis ab

KLAUS GÖNTZSCHE, **Bonn**

Sechs Stunden lang wurde der Alarmanlagenbauer Wilfried Krawczyk (35) aus Krefeld vom Direktorium für Vollblutzucht und Rennen in Köln vernommen. Dann legte er gegenüber Direktoriums-Fahnder Hans-Heinrich Burkatzky ein Geständnis ab: Er war der Initiator eines mißlungenen Täuschungsversuches am 30. Oktober 1983 auf der Galopprennbahn in Langenhagen bei Hannover. Der Fall wurde durch eine Veröffentlichung in der WELT vom 14. 11. bekannt.

In Hannover ist im Preis des Rennvereins Verden statt der im Programm angegebenen vierjährigen Stute Schützenkette die siebenjährige Stute Sandina angetreten. Krawczyk plante einen Wettcoup, der gründlich mißlang, denn Sandina wurde nur Vierte. Seine sämtlichen Wetteinsätze auf das falsche Pferd gingen ebenso verloren wie die der Mittäter und Mitwisser des Gaunerstücks, die Krawczyk bislang allerdings verschwieg. Krawczyk hatte Sandina zuvor für 6000 DM gekauft, inzwischen soll sie sich beim Training ein Bein gebrochen haben und längst beim Schlachter gelandet sein.

Krawczyk bot die ungewöhnliche Story mehrfach Düsseldorfer Zeitungen gegen Übernahme der Kosten für seine Anwälte an. Der Besitzer und Trainer von Sandina hat ein umfangreiches Vorstrafenregister aufzuweisen, vornehmlich in Sachen Betrug und Körperverletzung. Deshalb gab es vor Jahren um seine Lizenzerteilung auch Probleme mit dem Galopper-Verband. Nach dem Geständnis erwartet Krawczyk ein Verfahren vor dem Ordnungsausschuß, eine Rennbahnverweisung wird vermutlich folgen. Auch die Staatsanwaltschaften von Krefeld und Hannover sind eingeschaltet worden. Bislang ist bei rennsportspezifischen Problemen (z. B. illegales Wetten) hier meist zu wenig ermittelt worden, um es verfahrensreif zu präsentieren.

Pferdeverwechslungen hat es in den letzten Jahren mehrfach auf deutschen Rennbahnen gegeben, allerdings handelte es sich dabei stets um versehentliche Verwechslungen und nicht um vorsätzliche Täuschungsmanöver wie im Falle Schützenkette/Sandina.

SKI ALPIN

Wieder Stenmark – Weltcuppunkte für Florian Beck

sid/DW. **Madonna di Campiglio**

Auf dem Slalomhang, auf dem er vor neun Jahren erstmals ein Weltcup-Rennen gewann, war Ingemar Stenmark auch gestern in Madonna di Campiglio nach Bestzeiten in beiden Slalom-Durchgängen zum 36. Mal der Schnellste. Nach zusätzlichen 38 Erfolgen im Riesenslalom hofft der Schwede am 7. Januar 1984 im französischen Morzine auf den Jubiläumssieg Nummer 75.

Doch nicht Stenmark, sondern Robert Zoller hieß der Überraschungsmann von Madonna di Campiglio. Der 21 Jahre alte Polizei-Anwärter aus dem B-Team der Österreicher fuhr im ersten Lauf sensationell mit der Startnummer 38 auf Rang zwei und behauptet diese Position auch im zweiten Durchgang, in dem nur der Sieger Ingemar Stenmark um achthundertstel Sekunden schneller war.

Nach dem ersten Lauf war der Österreicher ins Grübeln gekommen: „Ich wußte nicht, ob ich Respekt oder Angst haben sollte. Dann bin ich einfach drauflosgefahren. Schade, daß es nicht ganz gereicht hat. Immerhin ist es eine Genugtuung für mich, daß ich den großen Ingemar Stenmark herausgefordert habe." Vor zwei Jahren schien die Karriere des jungen Mannes bereits beendet. Nach einer Kreuzband-Operation am linken Knie kam er nur schwer wieder in Form. Gedanken über eine Olympiateilnahme hat sich Zoller noch nicht gemacht.

Auch im deutschen Lager war die Stimmung recht gut. Florian Beck aus Gunzesried sammelte mit seinem elften Platz die ersten Weltcup-Punkte und hat die Olympia-Teilnahme zu 50 Prozent geschafft. Jetzt muß er noch einmal unter die besten 15 Plazierten kommen, dann ist er neben Klaus Gattermann, Herbert Renoth und Egon Hirt in Sarajevo dabei. Florian Beck, der mit dem Ski-Star Maria Epple befreundet ist, meinte: „So gut wie in diesem Jahr habe ich noch nie trainiert. Bei mir spielen auch immer die Nerven eine wichtige Rolle. Spielen mir die Nerven keinen Streich, dann bin ich immer vorne dabei."

Erneutes Pech hatte Frank Wörndl, der auch im dritten Saisonrennen nach einem 16. Platz im zweiten Durchgang ausfiel.

STAND PUNKT / *Heimweh?*

Erhard Wunderlich spielt ernsthaft mit dem Gedanken an eine Rückkehr. Der bestbezahlte Handballspieler der Welt hat in Barcelona Heimweh, verursacht durch Sprach- und Integrationsprobleme. Geld allein macht eben doch nicht glücklich, ist man verführt zu sagen. Doch auf Wunderlich muß das nicht zutreffen. Rund 500 000 Mark hat er für sein einjähriges Engagement in Spanien bereits kassiert.

Mit dem Regionalligaklub TSV Milbertshofen hat der frühere Gummersbacher schon Kontakte aufgenommen. Der Münchner Vorortklub rechnet sich gute Chancen aus, weil Wunderlich ein Wechsel mit einer Tätigkeit in der Computerbranche schmackhaft gemacht werden soll.

Die Frage bleibt, wie es Wunderlich vor seinen eigenen sportlichen Ansprüchen verantworten will, jetzt zweit- oder drittklassig zu werden. Was er vielleicht jetzt vor hat, machen altgediente Stars, wenn sie mit den Leistungen nicht mehr mithalten können. Doch dazu sollte sich Wunderlich noch zu schade sein.

ud

TENNIS

Keine Änderung bei Kingscup-Team

dpa, **Hamburg**

Der Ausgang der Nationalen Deutschen *Tennismeisterschaften in* Mainz hat nichts an den Plänen des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) für den Kingscup (16.–22. 1. 1984) in Essen geändert. In Mainz waren Hans-Dieter Beutel (Hannover) und Michael Westphal (Hamburg) in der ersten Runde gescheitert. Sportwart Günther Sanders: „Wir haben den Spielern Beutel, Maurer, Popp und Westphal schriftlich ein Angebot unterbreitet. Nun warten wir, ob sie es annehmen."

Das Angebot des DTB für eine Woche Vorbereitung und die Turnierwoche in Essen beinhalten ein Antrittsgeld von 5000 Mark pro Spieler und weitere 2500 Mark je Sieg.

BOXEN

Weller will in Berufung gehen

sid, **Pforzheim**

Boxprofi und Schmuckhändler Re*né Weller wurde* vor dem Amtsgericht Pforzheim wegen Hehlerei zu einer Geldstrafe in Höhe von 15 000 Mark verurteilt. Der Boxer, der bereits vor dem Urteil den Gerichtssaal verlassen hatte, will in die Berufung gehen.

Die Richterin sah es als erwiesen an, daß Weller am 18. Dezember 1981 in Pforzheim von den bereits rechtskräftig wegen Einbruchs verurteilten Peter L. (20), ein Bruder von Wellers Freundin Doris, insgesamt 17 Kilogramm Silber in Form von Silberanoden und 500 Gramm Goldsalz als Hehlerware weit unter dem üblichen Preis angekauft und sich dadurch bereichert hat.

TURNEN

Yvonne Haug darf nun weiter turnen

dpa, **Berlin**

Zwei Wochen nach einer sportme*dizinischen Untersuchung* hat gestern auch Prof. Dörsen im Berliner Westend-Klinikum keine Bedenken geäußert, daß die sechsmalige deutsche Kunstturn-Meisterin Yvonne Haug weiter ihren Sport ausübt. Die Berlinerin, die morgen 17 wird, war vom deutschen Mannschaftsarzt Ulrich Maierski wegen des Verdachts auf pubertäre Magersucht zu einer Spezialistin überwiesen worden (Die WELT berichtete).

„Es besteht keine Notwendigkeit, Yvonne bei der Ausübung ihres Sports zu stoppen", lautete das Urteil der Psychotherapeutin. Trotzdem ist für Februar eine Kontrolluntersuchung verabredet.



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE

STELLENGESUCHE

Familienprogramme der ARD im nächsten Jahr

Viel Wirbel um wenig?

Punktuelle Qualitätsspitzen auf dem Hintergrund guter Durchschnittsware" möchte Peter Werner vom Bayerischen Rundfunk (BR) für ein Familienprogramm erreichen, das sich stärker als bisher auch für die Kinder (bis 15) und Jugendlichen mit einem „Fenster zur Welt" präsentieren will. Betulichkeit soll kleingeschrieben werden, ebenso die Überfrachtung mit Fragen, auf die auch Erwachsene keine Antwort wissen. Kinder wollen lachen, träumen, sich wundern.

Gelegenheit hierzu sollen sie im neuen Programmschema der ARD am Montagnachmittag haben, der zeitweilig eine Kinderleiste vermissen ließ. Dort wird das „Beste vom Besten" serviert, eine Doppelpremiere also für Nachzügler, die am Sonntagnachmittag fernsehgemuffelt haben. Die Erwartungen, die Peter Werner und Gerd Müntefering (WDR) mit ihrer Werbetrommel aufgewirbelt haben, verpflichten. Immerhin kann die neue Serie „Die Besucher" auf ein Jahrzehnt an Erfahrungen mit dem tschechischen Partner verweisen. Namen wie Ota Hofmann und Jindrich Polak, die Figuren wie den Pan Tau ersannen und die „Schreckliche Lucie", bürgen auch diesmal für einen Erzählduktus, der Kinder davonträgt. Dazu für eine sehr professionelle und zugleich verspielte Umsetzung mit den Prager Trickvirtuosen.

Der „Spaß am Montag", der so gut angekommen ist, daß man ihn abgeschafft hat, taucht 1984 als „Spaß am Dienstag" wieder auf. Mit der bewährten Mischung aus Moderation und neuen Walt-Disney-Cartoons. Dazu aus der WDR-Redaktion Monika Paetow an drei Montagen im Januar die heiteren und nachdenklichen „Montagsgeschichten", die das Vergnügen an der kurzen Erzählung mit überraschender Pointe wieder aufleben lassen sollen. Auch hier geht man mit den Regisseuren Wolfgang Liebeneiner und Wilhelm Semmelroth auf Nummer Sicher. Auf den Dienstag zwischen 16.10 und 16.55 Uhr sind die verwandelten (oder verwässerten?) Reste dessen gerückt, was sich Frauenprogramm nannte. Da aber laut ARD-Koordinator Hans-Werner Conrad „das Frauenprogramm kein Frauenprogramm mehr ist, aber doch ein Frauenprogramm bleibt", wird er schon wissen, was er tut: ein Konzept vertreten, das sich an alle Nachmittags-Zuschauer wendet. Auch die Jugendlichen verschwinden kurz und schmerzlos aus den Nachmittagsleisten, allen Beteuerungen zum Trotz, wie sehr man ihre Probleme ernst nimmt, die man anderswo anders verpackt angreifen will. So am Sonntag wie gehabt, dazu verstärkt in den 3. Programmen.

Das sogenannte „Zielgruppenprogramm" bleibt ein ungelöstes Problem. Wenn Kritiker den spezifischen Biß vermissen bei Sendungen, die „alle" ansprechen wollen, um kaum einem mehr etwas zu sagen, so verweisen die Redaktionen auf ihren Mut zur Entscheidung, wenn, wie beim Frauen- und Jugendprogramm am Nachmittag, die katastrophalen Einschaltquoten Änderungen dringend nötig machten. Neu auch die Bemühungen, Jugendliche ins Abendprogramm für die ganze Familie mit hineinzunehmen. Die fünf Jugendabende, von den ARD-Sendern eigenverantwortlich zu gestalten, sind mit großen Erwartungen vorbelastet. Dem klamaukigen Auftakt des WDR – Motto: radikal, ätzend, aber nicht dreist – werden andere anders begegnen. So will der SWF nach Motiven aus seinem Jugendmagazin „Kaffee oder Tee" unbekanntere Gruppen zum Zuge kommen lassen, die durch die Frische ihrer Darbietung überzeugen.

Die kleine Sensation des bislang so unbeweglichen Programmschemas, der Freitagnachmittag: Mehr als 100 Minuten lang sollen sich da Familien an Spielfilmen aller Art laben können. Der Süddeutsche Rundfunk nennt drei Titel: „Dagmar", „Tränen im Kakao" und eine Koproduktion mit Italien, „Der Diamantenbaum". Auch der Südwestfunk will mit Qualität aufwarten: vier tschechoslowakische Erstaufführungen und der SWF-Beitrag „Stinas Sprache" zum Kinderfilm-Pool der European Broadcasting Union (EBU) mit der Auflage, daß die Geschichte ohne Synchronisation auskommen muß und in 14 Ländern gezeigt werden kann. Der Sender Freies Berlin ist mit den visionären Großstadtlandschaften der Bettina Woernle („Nach Berlin") dabei, der Hessische Rundfunk mit dem bereits als Spielfilm vielbeachteten „Zappler", die Bayern und der NDR wetteifern mit neuen Dokumentarserien.

INGRID ZAHN

KRITIK

Künstler der Sprachlosigkeit

Gerhard Polt wird meist falsch etikettiert, er ist nicht der bayerische Hallodri, der eine Art folkloristische Satire absondert, nein und abermals nein muß jeder ausrufen, der sein neuestes Produkt gesehen hat: **Fast wia im richtigen Leben / Der Bürgermeister von Moskau...** (ARD). Ein leichtes wäre es gewesen, die Reise einer bayerischen Trachtenkapelle nach Moskau zu einem Komödienstadel zu verarbeiten. Doch Polt macht solches nicht. Er lacht nicht übermütig an der Kreml-Mauer entlang, er ist ohne jeden Harm, er ersinnt einen aberwitzigen Gedanken und den spielt er dann folgerichtig durch.

Folgerichtig aber, das heißt bei ihm realistisch, und realistisch heißt bei ihm sprachlos, denn er ist der große Künstler der Sprachlosigkeit, der diese Volkskrankheit zur besseren Erkennbarkeit immer wieder mit beschreibungswürdigen Menschen und Sachen konfrontiert. Er macht sich, um diese Hilflosigkeit hörbar zu machen, mit jenem Phrasenschutt verständlich, den der sogenannte kleine Mann aus dem Fernsehen, aus dem Bundestag, aus dem Tariftext oder aus dem Steuerbescheid gelernt hat. Polt spricht Papier. Ihm fällt selbst bei grotesken Begegnungen scheinbar nur die ausgelutschte Stammtischfloskel ein.

Dies indes für bayerisch zu halten wäre falsch. Freilich würzt er seine hochstilisierte Naivität mit einem gehörigen Schuß bayerischer Verstocktheit, valentinesker Wortwörtlichkeit und verstärkter Widerborstigkeit, aber im Grunde könnte er auch in Sachsen agieren oder in Berlin. Überall wäre er der große Naive, der unsere sprachlose Zeit mittels seiner hochartifiziellen Dümmlichkeit bündelt und erkennbar macht.

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

„Kennen Sie Kino?", die vom NDR verantwortete Serie im ARD-Abendprogramm, wird am 2. Februar 1984 nach längerer Pause wieder aufgenommen. Neuer Moderator ist Rainer Brandt.

*

„Laufen, leiden, länger leben" heißt der Zweiteiler, den Klaus Witbitzky und Karl Heinz Knippenberg für das Erste Programm schreiben. Es handelt sich um eine Sportler-Komödie.

*

Der Bergarbeiterfilm **„Rote Erde"**, eine der erfolgreichsten Serien der ARD, soll fortgesetzt werden. Der Programmbeirat des WDR hat es empfohlen. p.

*

Der Fernsehfilm **„Joseph Süss Oppenheimer"** wird nicht, wie vorgesehen, am 24. Januar 1984 ausgestrahlt werden. Das ZDF hat eine Terminverschiebung verfügt, und zwar mit Rücksicht auf die Reise des Bundeskanzlers nach Israel. DW.

*

Nach einer Pause ist die Kinderserie **„Rappelkiste"** des ZDF seit dem 4. Dezember wieder auf den Bildschirm zurückgekehrt, mit 16 Folgen. Dabei handelt es sich nach Angaben des Senders um zehn neue Folgen und sechs Wiederholungen, die zum Teil neu bearbeitet wurden. Die Serie, die sich vor allem an Kinder im Vorschulalter wendet, wurde vom ZDF erstmals vor zehn Jahren ausgestrahlt. Insgesamt produzierte die ZDF-Redaktion Bildung und Erziehung bisher 170 Folgen. (dpa)

*

Der frühere amerikanische Präsident Gerald Ford und Ex-Außenminister Henry Kissinger wirken in der heutigen Folge der Fernsehserie **„Der Denver-Clan"** mit. Die Politiker spielen sich selbst, und zwar für ein nur bescheidenes Entgelt. Nach einem Bericht der „New York Times" vom Montag erhalten sie das gewerkschaftliche Mindesthonorar von 330 Dollar.

*

„Der Verlust", Fernsehfilm nach dem gleichnamigen Roman von Siegfried Lenz, eine Auftragsproduktion der „Windrose"/Claus Hubalek, wird im Studio Hamburg produziert. Die Dreharbeiten haben soeben begonnen. p.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

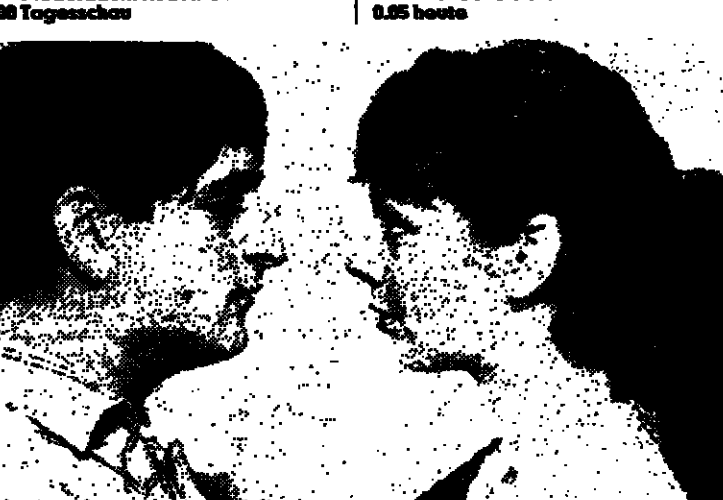
10.00 heute
10.05 Verkehrsgericht
11.35 Prager Notizen
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 ... scheibnerweise
Lieder, Szenen und Gedichte
Von und mit Hans Scheibner
17.00 Wir Kinder
... machen eine Rundfunksendung
Film von Christa Auch-Schwelk
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Wiedersehen mit Brideshead
6. Ein Ruck an der Leine
Zwei Jahre lang leben Charles und Julia zusammen auf Brideshead, jetzt wollen sie sich von ihren Ehepartnern scheiden lassen, um einander zu heiraten. Unerwartet trifft Bridey ein und gibt seine Verlobung mit der Witwe eines Admirals, Mrs. Muspratt, bekannt. Julia amüsiert sich darüber und neckt ihren Bruder, die Dame nach Brideshead einzuladen. Der revanchiert sich: Er könne eine Frau aus gutem Hause nicht unter das Dach eines ehebrecherischen Paares bringen.
21.10 Ochsenkarren und Computer
Bericht über Spaniens Landwirtschaft
Von Reinhard Behm
21.45 Bilder aus der Wissenschaft
Eine Sendung von Hans Lechleitner und Detlef Jungjohann
Vorgesehene Themen: Die Kontroverse um das „Defensiv-Konzept" des US-Präsidenten / Verantwortungsloser Mißbrauch von Medikamenten in der Dritten Welt
22.30 Tagesthemen
23.00 Klagemauer der Nation
Verfassungsrichter im Gespräch mit Bürgern
Moderation: Rudolf Gerhardt
00.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Unterm Tisch wächst Moos
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Das Weihnachtslied der Grille
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Axel und Torsten Zwingenberger sowie Conny und Jean
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Wildes weites Land
19.00 heute
19.30 Direkt
Thema: Urlaubsprogramm für Jugendreisen durch die Vereinigten Staaten – Infos und Literatur
20.15 Bilanz – live aus Wall Street, New York
Themen: Was passiert 1984 mit Zinsen, Arbeitslosigkeit, Inflation und wirtschaftlichem Wachstum? / Wie werden sich die USA 1984 wirtschaftlich entwickeln – mit welchen Folgen für unsere Wirtschaft im nächsten Jahr?
Moderation: Wolfgang Schröder
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Steven geht seinen Weg
22.10 Machtloser Dienst
Zur Situation des Jesuitenordens
22.50 Die kleinen Französinnen
Franz. Spielfilm, 1976
Mit Alain Cohen, Charles Denner, Zorica Lozic u. a.
Regie: Claude Berri
Das Schuljahr geht zu Ende. Für Claudes Vater zählt nur eines, das Examen. Aber für Claude sind die Mädchen bedeutend wichtiger. Er denkt nur noch an sie, und für ihn ist die erotische Literatur anziehender als die Schulbücher.
0.05 heute



Alain Cohen und Daniele Schneider in dem Spielfilm „Die kleinen Französinnen", den das ZDF um 22.50 Uhr zeigt FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST/NORD-GEMEINSCHAFTSPROGRAMM

18.00 Der Regenbogenprinz
18.30 Turnier der Schachgroßmeister (4)
Nur für West
19.00 Aktuelle Stunde
Nur für Nord
19.00 Beat-Club
19.50 Ein Revolutionär der Seele: Klabund
Gemeinschaftsprogramm
20.00 Tagesschau
20.15 Der unbekannte Chaplin
Engl. Fernsehserie
Letzte Folge: Verborgene Schätze
21.05 Weshalb ich noch Christ bin?
Heribert Schwan interviewt Irmgard Adam-Schwaetzer, Petra Kelly, Lothar Späth, Johannes Rau
21.50 Tod in Venedig
Oper in zwei Akten von Benjamin Britten
00.10 Letzte Nachrichten

HESSEN

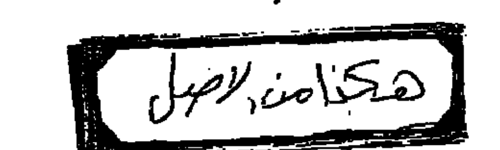
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Ludwig (15)
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Norwhich new (9)
19.45 Songs alive
Waltzing Matilda
20.00 Tagesschau
20.15 Das aktuelle Thema
Moderation: Kurt Nonneweg
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Die schrecklichen Kinder
Franz. Spielfilm, 1949

SÜDWEST

18.00 Hallo Spencer
18.30 Telekolleg
Englisch (8)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Pop stop special
Laurie Anderson
20.15 Ein Schwejk namens Hasek
Der Autor wird 100
21.00 Weihnachtsurlaub
US-Spielfilm, 1944
Regie: Robert Siodmak
22.25 Theater-Talk
22.50 Andre Foldes
spielt Klaviermusik von Zoltan Kodaly

BAYERN

18.00 Wo der Waller wohnt
18.45 Rundschau
19.00 Wagner (10)
20.00 „Und wenn Du lachst, will ich weinen"
20.45 Rundschau
21.00 Das historische Stichwort
21.05 Zeitspiegel
21.50 Z. E. N.
21.55 Teleclub
Mit verbundenen Augen
Span. Spielfilm, 1978
23.45 Rundschau



Was nicht sein darf . . .

gaz – Zum ersten Mal nach langen Jahren hat das dem Bonner Ministerium für innerdeutsche Beziehungen zugeordnete Gesamtdeutsche Institut wieder einen Kalender herausgebracht, der den Realitäten in Deutschland Rechnung trägt. Die unter der Ägide der sozialliberalen Koalition entstandenen Ausgaben des traditionsreichen „Gesamtdeutschen Kalenders" hatten durch die Bank ein geschöntes, teilweise sogar grob verlogenes Bild der „DDR" und der Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze entworfen. Oft waren schreibende Funktionäre der SED als Autoren zugezogen worden, so daß man sich einen Begriff machen kann, was da für eine „Objektivität" waltete. Der Kalender war zum Ärgernis geworden.

Die Ausgabe für das Jahr 1984 nun stellt einiges richtig. Auch sie liefert wieder sehr schöne Bilder aus beiden Teilen Deutschlands, und das Spektrum der Autoren reicht von Gert Ritter über Helmut Scheffel, Friedrich A. Wagner oder Helmut Lölhöffel bis zu Rolf Schneider. Aber gezeigt wird eben auch die innerdeutsche Grenze, sprich: die Mauer, der Todesstreifen, die freigelegten Schußfelder mitten durch seit Jahrhunderten zusammengehörige Gemarkungen und Ortschaften.

Und genau dieser Blick auf Realitäten mißfällt dem Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Schwier. Er hat das Aufhängen des Kalenders in den Schulen und Ämtern in NRW verboten, und er begründet das damit, daß das Gesamtdeutsche Institut „ein DDR-Bild in den verblichenen Farben der fünfziger Jahre zeichnet", was nicht zugelassen werden dürfe. Man faßt sich an den Kopf. Ausgerechnet die Mauer soll das Bild der fünfziger Jahre sein? Schwier braucht offenbar Nachhilfeunterricht.

Weiß er denn nicht, daß die Mauer in den fünfziger Jahren noch gar nicht vorhanden war? Daß damals jeder „DDR"-Bewohner, soweit er nicht Parteimitglied war, in den Westen reisen durfte? Mauer und Todesstreifen wurden ja gerade errichtet, weil in den Augen der SED allzu viele Deutsche von dieser großen Freiheit Gebrauch machten. Wie froh wären die Menschen, wenn hier die fünfziger Jahre wiederkämen! Aber Scheuklappenpolitik à la Schwier und Leugnen der Wirklichkeit eröffnen keinen Weg dorthin.

Im Wettstreit mit Bramante und Michelangelo behauptet – Porträt des italienischen Bildhauers Giacomo Manzù

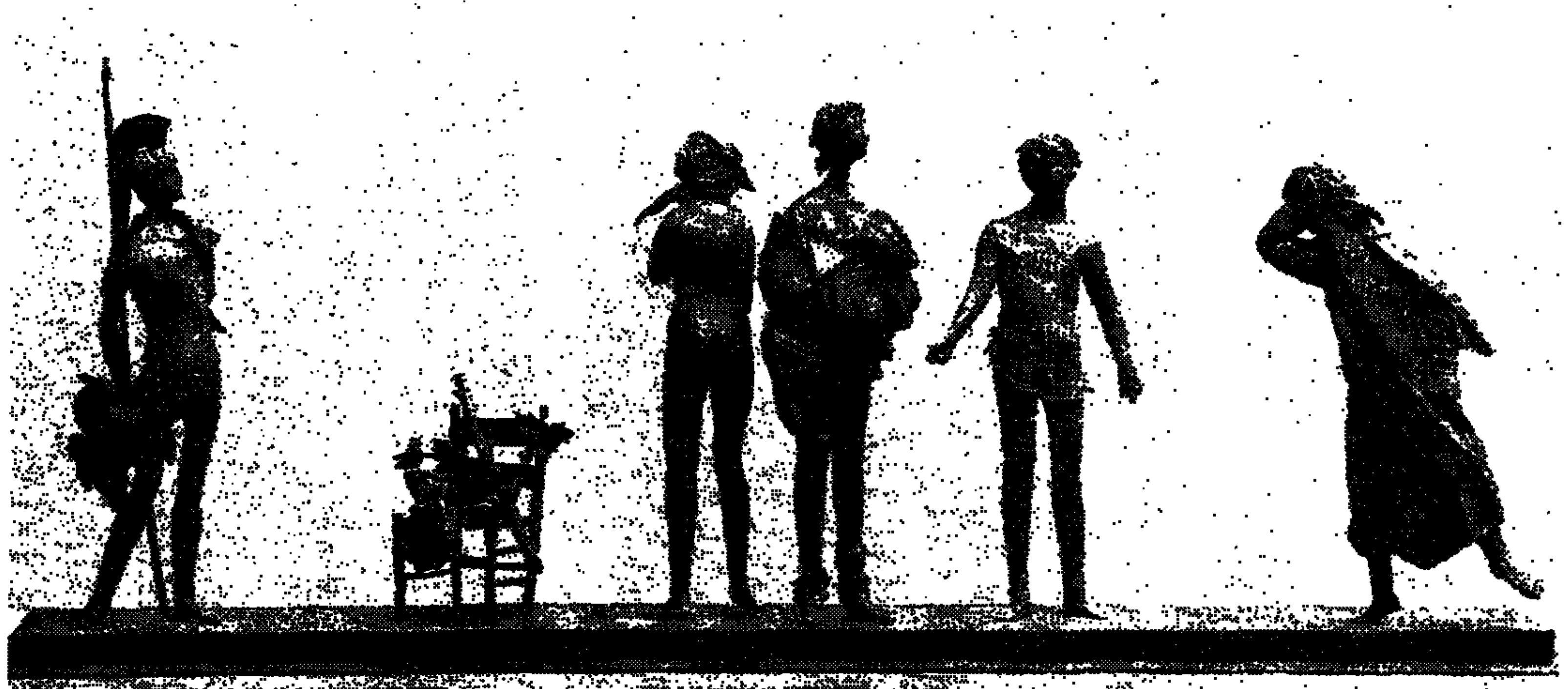
„Die Frau ist für mich Rätsel und Lösung zugleich"

Giacomo Manzù, der am 22. Dezember seinen 75. Geburtstag feiert, ist mit dem 85jährigen Henry Moore der letzte Grande der europäischen Bildhauer dieses Jahrhunderts, nachdem Alberto Giacometti 1966 und Marino Marini 1980 gestorben sind. Sein Hauptportal am Petersdom in Rom, der bedeutendste Auftrag an einen Bildhauer im 20. Jahrhundert, hat sich bis heute im Wettstreit mit der künstlerischen Tradition, die in der Peterskirche von Bramante und Michelangelo bis Bernini reicht, glänzend behauptet.

Die künstlerischen Anfänge des Bergamasken Giacomo Manzù sind noch jenem eigentümlich archaischen Realismus und hermetischen Lyrismus verpflichtet, die sich erstmals in der aus Opposition zum Futurismus 1918 von Mario Broglio gegründeten Zeitschrift „Valori plastici" artikulierten. Carlo Carrà war die prägende Kraft. Ein Rückgriff auf die Kunst der italienischen „Primitiven" ist nicht zu verkennen. Um 1930 gehörte Manzù zum Kreis jener jungen Mailänder Künstler, die sowohl gegen den dogmatischen Formalismus der zweiten Futuristengeneration als auch gegen die „akademischen" Ziele der vom Faschismus weitgehend vereinnahmten Ästhetik des „Novecento" opponierten. Die Aufgeschlossenheit für die Europäische Moderne setzte diese Künstler entschieden gegen die offizielle Bildersprache der Zeit ab.

Wie sie entschied sich auch Manzù von Anfang an für die Wirklichkeit. Kunst bedeutete für ihn stets menschliches, soziales Engagement. Im Mittelpunkt seines Schaffens stand stets der Mensch, der Mensch zwischen Gut und Böse, in Wirklichkeit und Legende: „Ich arbeite für den Menschen, um Mensch inmitten der Menschen zu bleiben. Ich versuche, auf meine Weise gegen Verschwendung und Macht, das Krebsgeschwür der Menschheit, zu kämpfen ... Trotz allem bin ich Optimist. Ich glaube, daß die Menschen bald zu einer neuen Menschlichkeit fähig sein werden."

Mit diesem Credo konnte Manzù Freund und Partner von Kommunisten, Sozialisten und Päpsten zugleich werden. Renato Guttuso, der seit 1935 einige Jahre in Mailand lebte, schrieb: „Es waren die Jahre unserer ersten romantischen Verschwörungen. Wir unterschieden die Wissenschaft nicht von der Utopie und Christus nicht von Marx." Denn sowohl Manzùs monumentale Bronzetüren für den Dom in Salzburg, für St. Peter in Rom und für St. Laurenz in Rotterdam als auch das ergreifende Widerstandsmonument in Bergamo, eines der eindrucksvollsten Dokumente der europäischen Résistance, entsprangen derselben tiefreichenden Menschlichkeit. Wer Giacomo Manzù als Freund begegnen durfte bleibt von seiner in bester Italianità wurzelnden Humanität tief beeindruckt.



Geschenk von Giacomo Manzù, der heute 75 Jahre alt wird, an die Bayerische Staatsgemälde-Sammlung in München: „Szenen aus der Odyssee" (1975) FOTO: DIE WELT

Aus unverkennbar lombardischem Erbe erwachsen die weiche und zarte, lyrisch gestimmte Tonart, die einzigartige Sensibilität für die spezifischen Stofflichkeiten der Oberflächen seiner Figuren. Deshalb formt Manzù seine Figuren am liebsten aus der weichen, schmiegsamen Tonerde! Schon im biblischen Schöpfungsbericht, aber auch in anderen Schöpfungsmythen, heißt es, daß Gott den Menschen aus Erde geformt habe. Die damit verbundene Vorstellung vom „Deus artifex", von dem wie ein Künstler aus dem Nichts schaffenden Gott, ist offenbar eng mit den besonderen, die schöpferische Phantasie in hohem Maße anregenden Eigenschaften der nassen Tonerde verbunden. Der knetbare Teig erlaubt ein müheloses und rasches „plastisches" Gestalten.

Im Gegensatz zur „Plastik" in formbarem Material sprach Michelangelo von „Skulptur", sobald der Künstler seine Werke nicht durch „Hinzufügen", sondern durch „Wegnehmen" des Materials mit dem Meißel aus dem Stein- oder Holzblock schuf. Hier und dort walten völlig verschiedene Materialgesetzlichkeiten. Die schmiegsame Tonerde begünstigt schöpferisches Improvisieren, kühne Verkürzungen, gewagte Überschneidungen und räumlich ausgreifende Bewegungen mit starken Licht- und Schattenkontrasten. Manzù beherrscht die Gesetzlichkeiten der Tonplastik mit äußerster Virtuosität. Die besondere Schönheit seiner in Bronze dauerhaft gegossenen Figuren mit ihrem weichen Oberflächenschmelz erwächst unmittelbar aus den Materialbedingungen der in nassem Zustand leicht formbaren Tonerde.

Giacomo Manzùs Ruhm als einer der bedeutendsten Bildhauer unserer Zeit ist unumstritten. Seine Hauptwerke treffen wir auf vielen öffentlichen Plätzen und Museen in der ganzen Welt. Kaum ein anderer Bildhauer unseres Jahrhunderts hat so viele öffentliche Ehrungen wie er erfahren. Manzù ist aber auch ein äußerst begabter Zeichner und Graphiker. Seine Blätter besitzen – auch wenn es sich um Studien für plastische Arbeiten handelt – ein intensives formales Eigenleben, ohne dabei in rhetorischen Formalismus zu verfallen. Er gelangte von der noch relativ harten Strichführung der dreißiger Jahre zu immer weicheren graphischen Strukturen bis hin zu den dramatisch gesteigerten, malerischen Hell-Dunkel-Kontrasten in der meisterhaft beherrschten Aquatinta-Radierung.

Manzùs Werk weist weder formal noch inhaltlich scharfe Brüche auf, es kennt keine Irrfahrten und tiefgreifende Krisen. Seine Hauptthemen kehren beständig zyklisch wieder. Das gilt insbesondere für die Darstellung der Frau, der zentralen Gestalt im Schaffen des Meisters. Von 1954 bis zur schmerzlichen Trennung im Jahr 1979 war ihm seine aus München stammende Gefährtin Inge Verkörperung der Weiblichkeit schlechthin. In Hunderten von plastischen Figuren und Zeichnungen kehrt sie wieder, vor allem auch als Ballerina. „Sie war und ist mir ein unerschöpflicher Quell der Anregung und des Studiums, Lösung und Rätsel zugleich", hat der Künstler einmal bekannt.

Seit 1965 fesselte ihn das Thema der „Amanti", die leidenschaftliche Vereinigung von Mann und Weib, die alles verzehrende Liebe, die sich gegen Tod und Zerstörung wehrt. Das alte Thema „Maler und Modell", das auch Picasso so faszinierte, erscheint schon in den dreißiger Jahren und begegnet später immer wieder. Schließlich hat sich Manzù in vielen Bildnissen als einer der bedeutendsten Porträtisten des 20. Jahrhunderts ausgewiesen.

Manzùs Werk steht in der ununterbrochenen Kontinuität der bis in die griechische Antike zurückreichenden mediterranen Kunstübung. Schon früh stand er im Bann der sinnlichen Kraft, Heiterkeit und tragischen Größe der antiken Dichtung. Vergil, Hesiod, Sophokles, Longius, Xenophon von Ephesos, um nur einige zu nennen, regten ihn künstlerisch immer wieder an. Mythos und Wirklichkeit, Vergangenheit und Gegenwart verschmelzen unter seinen schöpferischen Händen zu Figuren und Gruppen, in denen sich Größe, Schönheit und Tragik des Menschen und alles Menschlichen auf sinnlich anschauliche Weise spiegeln.

ERICH STEINGRÄBER

JOURNAL

Pläne für ein Museum der Naiven gescheitert

DW. **Böblingen**

Weil man nicht mehr Bilder für den Keller sammeln will, wird die Eisenmann Maschinenbaugesellschaft ihren Jahreswettbewerb und ihre Jahresausstellung naiver Maler einstellen. Für die nahezu 1000 Bilder in ihrem Besitz ist es ihr nicht gelungen, wie geplant, ein Museum zu finden. Die Pläne der Stadt Böblingen, ein Museum für Sonntagsmaler und Naive einzurichten, sind gegenwärtig wegen Geldmangels nicht zu realisieren. Auch die Absicht der Württembergischen Hofkammer, auf ihrer Domäne Schaichof in bestehenden Gebäuden ein Museum für die Eisenmann-Sammlung einzurichten, scheiterte: Das Regierungspräsidium mochte sich nach sechs Monaten nicht zu einer Entscheidung darüber durchringen, ob die landwirtschaftlichen Bauten aus Gründen des Naturschutzes nur agrarwirtschaftlich genutzt werden dürften oder nicht. Vor soviel Bürokratie kapitulierten die Mäzene.

Sind die Kelten noch viel älter?

AFP, **Quimper**

Um siebenhunderttausend Jahre, in die Altsteinzeit, wollen 19 Wissenschaftler die Anfänge keltischer Kultur zurückverlegen. In einem fünfbändigen Werk über die Kelten heißt es, es habe bereits eine keltische Kultur in der Steinzeit gegeben. Bisher war die keltische Zivilisation auf nicht älter als 9000 Jahre datiert worden. Die Wissenschaftler stützen ihre These auf Funde von Kies- und Quarzit-Platten, Dolmen aus der Mittelsteinzeit und reichhaltige Überreste einer Bronzekultur, die aus der Zeit um 700 000 vor Christus stammen.

Das Rupertinum zeigt „Der biblische Weg"

DW. **Salzburg**

Graphische Zyklen moderner Künstler zu biblischen Themen zeigt das Salzburger Rupertinum in der Ausstellung „Der biblische Weg". Das Schwergewicht liegt dabei auf Arbeiten der klassischen Moderne, bei Druckgraphiken von Barlach, Beckmann, Ensor, Dix, Corinth, Kubin, Rouault. Die gegenwärtige Kunst vertreten Johannes Wanke mit seinen Holzschnitten zur Apokalypse und Arnulf Rainer mit seinen Kreuzradierungen. Die Ausstellung ist bis zum 5. Februar zu sehen. Der Katalog kostet 150 öS.

„Comédie Française" im Untergrund

AFP, **Paris**

Der „Comédie Française" ist eine Ausstellung in der Pariser U-Bahn gewidmet, die bis zum 15. Januar in den „Metro"-Stationen Châtelet-Les Halles und Auber zu sehen ist. Unter dem Motto „drei Jahrhunderte Schöpfung" wird an Hand von Photos, Dokumenten, Bühnenbildern und Kostümen ein Aufriß des aus über 2800 Stücken bestehenden Repertoires der „Comédie Française" gezeigt.

Gedenkausstellung für Amedeo Modigliani

DW. **Washington**

Im Vorgriff auf den hundertsten Geburtstag von Amedeo Modigliani am 12. Juli 1984 zeigt die National Gallery in Washington eine große Ausstellung mit Werken des Malers. Sie umfaßt mehr als vierzig Gemälde sowie Zeichnungen und Skulpturen. Die Sammlung der Nationalgalerie, die die meisten Werke Modiglianis in Amerika besitzt, wird durch private Leihgaben ergänzt. Die Ausstellung ist bis zum 11. März zu sehen.

Zum sechstenmal Richard-Bampi-Preis

DW. **Neuss**

Den Richard-Bampi-Preis zur Förderung begabter junger Keramiker hat die Gesellschaft der Keramikfreunde in Neuss für 1984 zum sechstenmal ausgeschrieben. Um den Preis können sich Töpfer bewerben, die 1954 und später geboren wurden. Die Preissumme beträgt insgesamt 19 000 Mark. Die Wettbewerbsarbeiten werden vom 27. Oktober bis 9. Dezember 1984 im Badischen Landesmuseum ausgestellt.

Grigori Alexandrow †

dpa, **Moskau**

Der sowjetische Filmregisseur Grigori Alexandrow ist im Alter von 80 Jahren nach einer schweren Krankheit gestorben. Jurij Andropow hob in einem Nachruf die Bedeutung des Schaffens Alexandrows für den sowjetischen „Revolutionsfilm" hervor. Alexandrow war zunächst Serge Eisensteins Regieassistent bei dem Film „Panzerkreuzer Potemkin" (1925). Nach einem Frankreich-Aufenthalt drehte Alexandrow schließlich in der Sowjetunion eigene Filme, darunter „Lustige Burschen" und „Wolga-Wolga". 1949 entstand sein Film „Begegnung an der Elbe" über das Zusammentreffen amerikanischer und sowjetischer Truppen kurz vor Kriegsende, von historischen Persönlichkeiten, unter ihnen der russische Komponist Michail Glinka.

Hundert Jahre deutsch-koreanische Beziehungen: Druckkunst und Literatur

Taejong siegte klar vor Gutenberg

Das Mainzer Gutenberg-Museum scheut sich diesmal nicht, mit der Ausstellung „Frühe koreanische Druckkunst" ein wenig am Ruhm seines Namenspatrons zu kratzen, der ja nicht nur uns Deutschen so gut wie unbestritten als der Erfinder des Buchdrucks gilt. Tatsächlich hat dieses Verfahren eine lange Vorgeschichte, die sich um die Mitte des achten Jahrhunderts nach Christus in China einigermaßen konkretisierte. Damals nämlich scheint bei den Chinesen das Drucken mit geschnitzten Holztafeln oder -blöcken ein gut entwickeltes und verbreitetes Handwerk gewesen zu sein. Von China war es in das verbündete Königreich Korea gelangt.

Das älteste erhaltene Zeugnis der Holzblocktechnik, eine kleine buddhistische Schriftrolle, „Dharani Sutra" genannt, wurde 1966 in einem koreanischen Tempel entdeckt. Fachleute datieren ihre Entstehung in das Jahr 755 n. Chr. Chinesische Funde reichen nicht so weit zurück. Um die gleiche Zeit etwa sind in irischen Klöstern die ersten abendländischen Bibelhandschriften entstanden. Ein Nachdruck des „Dharani Sutra" ist jetzt in Mainz zu sehen.

Dennoch geizt diese Ausstellung keineswegs mit kostbaren und zum Teil einzigartigen, noch nicht gezeigten Originalen. Wir sehen eine Fülle von Einzelblättern und vielfach illustrierten Büchern aus rund sieben Jahrhunderten, dazu Druckplatten, Bürstenabzüge, Werkzeug und Arbeitsmaterial sowie zeitgenössische Illustrationen, alles Zeugnisse einer hochentwickelten und künstlerisch vollendeten Xylographie, an der die Koreaner (wie die Chinesen) auch dann noch festhielten, nachdem sie – vielleicht zweihundert Jahre vor Gutenberg – den Buchdruck mit beweglichen Lettern aus Metall erfunden hatten.

Fast beiläufig erfährt man von dieser revolutionären Erfindung, die im Fernen Osten gar nicht als sensationelle Neuerung betrachtet wurde. Für lange Zeit wurde sie belächelt und zurückgewiesen, weil sie weder die technische Perfektion noch die künstlerische Kultur des Holztafeldrucks erreichte. Erst später wurde der Druck mit beweglichen Lettern aus Metall von König Taejong und seinem Sohn Sejong, der dafür eigens das koreanische Alphabet reformieren ließ, allgemein durchgesetzt.

Vorangegangen waren bereits im elften Jahrhundert in China unbefriedigende Experimente mit beweglichen Lettern aus Keramik. Sie erwiesen sich als wenig widerstandsfähig, zu spröde und zerbrechlich. Man hat es später mit Lettern aus Holz und Kürbis versucht. Erst die Metalltype konnte sich allmählich durchsetzen. Die älteste, eine Bronzeletter aus dem zwölften Jahrhundert, ist in Mainz unter der Lupe zu besichtigen; daneben der Nachdruck der ältesten mit Bronzelettern gedruckten Schrift aus dem Jahr 1298.

Wenn „diese" Erfindung im Fernen Osten nicht, wie im Abendland, zu einer „Explosion im geistigen Raum" wurde, so lag das wohl daran, daß der Buchdruck dort auf eine bereits perfekte und bewährte Drucktechnik stieß. Außerdem brachten die beweglichen Lettern bei der Vielzahl der Ideogramme nicht so einschneidende Vereinfachungen wie bei unseren 26 Buchstaben! Deshalb hat Gutenberg mit seiner nur scheinbar verspäteten Erfindung die Welt verändert und nicht ein unbekannter Koreaner, trotz seines zeitlichen Vorsprungs. (Bis 31. Dez.; Katalog 10 Mark).

EO PLUNIEN

Auf der ständigen Suche nach Gott

Das literarische Korea ist ein weißer Fleck auf unserem Globus. Selbst koreanische Autoren wie Mirok Li, die nach einem langen Deutschlandaufenthalt schließlich in deutscher Sprache schrieben, vermochten daran nichts zu ändern. Deshalb lud jetzt das „Institut für koreanische Kultur" in Bonn zu einem Forum über die koreanische Literatur ein.

Dort erfuhr man, daß nach der von den Japanern erzwungenen Öffnung Koreas in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts neben französischen vor allem deutsche Einflüsse wirksam wurden. Moderne koreanische Autoren sind häufig Übersetzer europäischer Werke, sind Germanisten, Romanisten, Anglisten. Von ihnen wurde aufgenommen, was sich an die eigene literarische Tradition anschloß. Während bis ins 19. Jahrhundert vor allem zwei Formen vorherrschten – die konfuzianisch geprägte si-jo-Lyrik der Oberschicht und die anonym verfaßten Abenteuer- und Sozialromane der armen Bevölkerung –, fanden nun die Symbolisten Eingang in die koreanische Lyrik. Zuerst Mallarmé und später Rilke. Die Prosa wurde dagegen vom Realismus eines Zola, aber auch eines Conrad Ferdinand Meyer, Theodor Storm und Hebbel beeinflußt.

Kim Joo-Youn, Übersetzer von Böll und Benn, außerdem selbst Lyriker, erläuterte in seinem Vortrag, wie sehr sich die literarische Entwicklung Koreas mit der Deutschlands vergleichen läßt: Nach einer Übergangszeit von etwa 1920–1945, in der sich die Angleichung an die Weltliteratur vollzog, gab es auch in Korea nach der Teilung des Landes eine Art Trümmerliteratur, den Werken Bölls, der im übrigen in Korea neben Luise Rinser zu den meistgelesenen deutschen Autoren gehört, ähnlich. Dann folgte in den 60er Jahren eine Generation skeptischer Autoren, die mittels Parodie und Phantastik vor allem Sprach- und Formkritik übten, die zugleich auch Ideologiekritik war. Die Probleme, die sie aufgriffen, unterschieden sich wenig von denen, die die Schriftsteller Europas bewegten: der durch die Industrialisierung entfremdete Mensch und die Selbstzweifel der Intellektuellen.

Vor allem wollte man sich von jener „Sadaebu"-Klasse distanzieren, die wie im alten China mit dichterischem Talent politische Macht erringen konnte. Auch in Korea entsteht nun Literatur, die vorgibt, Nicht-Literatur zu sein, nur Gelebtes und nichts Erdachtes festzuhalten. Deshalb wurde in den 60er Jahren auch von den koreanischen Schriftstellern ein soziales Engagement gefordert. Zum anderen entwickelte sich eine Lyrik, in der sich die Grenzen zwischen Wort und Metapher immer mehr verwischten. So entstand eine „Poésie pure", die im Sinne Benns versuchte, ohne poetische Bedeutung auszukommen und die Welt nur in einfachen Bildern zu beschreiben.

Vor allem aber haben die koreanischen Dichter ihr Gottesproblem. Denn anders als in Europa kennen sie – schamanistisch oder konfuzianistisch geprägt – keine Transzendenz. Ihnen kam Gott nicht abhanden, sie sind erst auf der Suche nach ihm. Manche Autoren haben sich deshalb dem Christentum zugewandt und eine Auseinandersetzung mit dem Kern europäischer Kultur gewagt.

Schade nur, daß uns all das fremd bleiben muß, weil bisher kaum eine Übersetzung vorliegt.

SIMONE GUSKI

„Bedeutende Leute": Deutsche Erstaufführung von T. Johnson in Düsseldorf

Wenn Marilyn Albert Einstein trifft

Auf ihrer Liste bevorzugter Liebhaber steht Albert Einstein an erster Stelle. Sie hatte immer schon eine Schwäche für intelligente Leute. Aber Einstein trifft sie erst, als er bereits 76 ist und nicht mehr lange zu leben hat. Fast ein halbes Jahrhundert jünger ist Marilyn Monroe, und sie dreht gerade „Das verflixte siebte Jahr", jenen Film, der eine ihrer berühmtesten Szenen enthält: Sie steht auf dem Gitter eines New-Yorker U-Bahn-Schachts, und der Luftstrom des herannahenden Zuges bläst ihren Rock hoch. Just dieses Bild blinkt, als Silhouette aus grünen und roten Glühbirnchen, vor dem Fenster des schäbigen Hotelzimmers, in dem das denkwürdige Treffen Marilyn–Einstein stattfindet. Alles ist natürlich Theaterfiktion; in Wirklichkeit hat es nie eine Begegnung zwischen den beiden gegeben.

Marilyn will dem Physiker und vor allem sich selbst beweisen, daß sie im hübschen Kopf auch Grips hat. Sie erklärt dem verdutzten Einstein die Relativitätstheorie so gut, daß dieser ganz verklärt lächelt, als hätte er selbst sie jetzt erst richtig kapiert. Nach Wissen streben übrigens auch die anderen „Bedeutenden Leute", die der englische Dramatiker Terry Johnson in seinem Stück versammelt hat. Senator McCarthy beispielsweise, der sich von Einstein Aussagen vor dem Ausschuß für unamerikanische Umtriebe erhofft, hat es bei seiner Lexikon-Lektüre („Jeden Tag ein neues Wort!") immerhin schon bis „S" gebracht und plaudert locker über Solifluktion und Solipsismus.

Und dann ist da noch Joe DiMaggio, Baseballspieler mit verblassendem Ruhm, der seiner Frau Marilyn verspricht, den Fernseher hinauszuschmeißen und allabendlich in einem guten Buch zu lesen. Auch er also ein Bildungsphilister, der Sachen lernt, ohne sie wirklich zu verstehen. Nur der alte Einstein weiß um die Zusammenhänge zwischen seinen Entdeckungen und der Möglichkeit, sie zur Vernichtung zu mißbrauchen. Und als schließlich auch Marilyn ahnt, was passieren wird, da ist es schon passiert: Knatternde Geigerzähler künden von der Explosion der Atombombe. Einstein streckt dem Publikum die Zunge heraus. Die Geste, in einem berühmten Schnappschuß festgehalten, gewinnt höhnische Bedeutung: Das habt ihr davon!

Das Düsseldorfer Schauspielhaus besorgte die deutsche Erstaufführung von Johnsons Stück, das im August letzten Jahres in London erstmals zu sehen war (vgl. WELT vom 2. 8. 1982). Arie Zinger führt Regie in dem Vierpersonen-Stück, und er führt sie mitunter am Text vorbei, weil er in Knalleffekte und allzu platten Symbolismus verliebt ist. Auf den Zimmerwänden wogt ein dichter Urwalddschungel (da hat wohl mal einer was von New York als „Großstadt-Dschungel" gehört); das Bett, auf dem das Schäferstündchen zwischen Albert und Marilyn stattfindet, ist schwarz bezogen (Bühnenbild von Rolf Glittenberg), und zu allem Überfluß erleben wir eine Fehlgeburt en detail mit.

Bleiben die Schauspieler. Mit Hans Schulze hat das Haus zweifellos einen veritablen „Fang" gemacht. Wie schon als Heinrich Mann in Christopher Hamptons „Geschichten aus Hollywood" beweist er auch hier als Einstein sein Talent für die leisen Töne. Es ist fast ergreifend zu sehen, wie er eine geradezu kindliche Freude darüber empfindet, daß jemand sein hochkompliziertes Gedankengebäude nachbaut, wie er ein paar hilflos-komische Sprünge versucht, um Marilyns Begeisterung zu teilen, wie er sich mit Selbstvorwürfen quält wegen seiner Erfindung, die zur unkontrollierbaren Bedrohung geworden ist.

Gabriele Köstler als Marilyn muß, besonders im ersten Teil, so sehr aufdrehen, daß bloß noch Ingrid Steeger übrigbleibt. Später jedoch kann sie zeigen, wieviel Verletzlichkeit, Angst, Einsamkeit und Hoffnungslosigkeit in ihrer Rolle steckt. Michael Mendt ist ein Kleiderschrank von Baseballspieler, ein unbedarftes Gemüt, mit linkischen Gefühlen und einem polternden Auftreten, das seine Unsicherheit kaum kaschiert. Am glücklichsten ist der arme Teufel, wenn er sein Bild auf den Kaugummipackungen findet, deren Inhalt er, wie ein wiederkäuendes Rind, ununterbrochen im Mund umherschiebt. Rudolf Voss als McCarthy schließlich ist ein geiler, spießiger Widerling, der Marilyn brutal in eine Fehlgeburt hineinprügelt.

Trotz solcher Entgleisungen bleibt „Bedeutende Leute" ein dramaturgisch geschickt gebautes Stück, wenn auch der Kniff, Leute zusammentreffen zu lassen, die einander nie begegnet sind, so neu nicht mehr ist. Eine Farce, die betroffen macht. Wer hätte gedacht, daß die Relativitätstheorie so bühnenwirksam sein kann!

RAINER NOLDEN



Perfekt in Relativitätstheorie: Gabriele Köstler als Marilyn und Hans Schulze als Einstein FOTO: LORE BERMBACH

KULTURNOTIZEN

Der Rockgitarrist und Sänger Frank Zappa hat für Pierre Boulez und das „Ensemble Intercontemporain" eine eigene Komposition verfaßt.

Bei den 3. Europäischen Filmwochen in Straßburg ging der Preis an den englischen Regisseur Peter Greenaway für seinen Film „Mord in einem englischen Garten".

Woody Allen arbeitet in New York an einem neuen Film mit dem Titel „The purple Rose of Cairo".

Ingmar Bergman, „glücklich", wieder in Schweden zu sein, inszeniert am Stockholmer Dramaten-Theater „King Lear" von Shakespeare.

Das Wasserschloß Mitwitz, neben Mespelbrunn das bedeutendste Frankens, ist nach einem Aufwand von sechs Jahren und vier Millionen Mark fertig restauriert worden.

„L'événement" heißt eine von Jean-François Kahn herausgegebene Wochenzeitung, die ab dem Frühjahr in Paris erscheinen wird.

LEUTE HEUTE

Kissinger als Denver-Star

Drei neue Stars, sonst mehr in den politischen Fernsehnachrichten zu Haus, gesellen sich heute in den USA zu den Darstellern des „Denver-Clans". Ex-Präsident **Gerald Ford**, seine Frau **Betty** und der ehemalige US-Außenminister **Henry Kissinger** sind mit den Filmgrößen **John Forsythe**, (Blake Carrington), **Linda Evans** (Krystle) und **Joan Collins** (Alexis) zu sehen. Für ihren einmaligen Kurzauftritt erhalten die Fords und Kissinger den Mindesttariflohn der Schauspielergewerkschaft, nämlich 330 Dollar. Anlaß des Zusammentreffens war das seit sechs Jahren alljährlich von der „First Family Denvers", dem Ölmilliardär **Marvin Davis** und seiner Frau **Barbara** veranstaltete Wohltätigkeitsfest, der „Carousel Ball". Die jüngste Tochter der Familie Davis, die fünfzehnjährige Dana, leidet an Diabetes. Dem Diabetikerzentrum, nach Barbara Davis benannt, kommt der Erlös zugute, der in diesem Jahr zweieinhalb Millionen Dollar betrug. Zu dem Fest, das bereits im Oktober stattfand, kamen 2500 Prominente Gäste, darunter 120 Holywood-Stars wie **Jimmy Stewart, Cary Grant, Diana Ross, Raquel Welch** und **Lucille Ball**. Sie wurden zum Teil mit Privatflugzeugen nach Denver geflogen. Die Eintrittskarten zu dem Ball, dessen Hauptsaal ein riesiges hängendes Karussell mit 24 Kunststoffpferden schmückte, kostete pro Person 4000 Dollar.

Für eine Spende von 25 000 Dollar erkaufte sich die Produzentin des „Denver-Clans", **Esther Shapiro**, die Erlaubnis, mit den Stars ihrer beliebten Serie auf dem Ball im Kongreßzentrum „Curigan Hall" zu erscheinen und ein paar Szenen zu drehen. Die Familie Davis, der die „Carringtons" des Denver-Clans nachempfunden sind, willigte ein, und auch der 70jährige Gerald Ford, immerhin dreieinhalb Jahre Präsident der Vereinigten Staaten, fand offenbar Spaß an der Freud'. Henry Kissinger (60) wurde von Joan Collins für den Auftritt in der Serie gewonnen. Der Dialog allerdings ist von enormer geistiger Bescheidenheit. „Henry", sagt die in goldfarbenen Tüll und Lamé gehüllte Alexis, „ich habe Sie seit Portofino nicht gesehen." Antwort Kissingers: „Das stimmt." Ähnlich kurz ist auch die Begrüßung der Fords und der „Carringtons". Im ZDF wird dieser Serienteil im Herbst 1984, nach der Denver-Sommerpause, zu sehen sein.

Prinzessin Caroline heiratet ohne den Segen Roms

Monaco, beliebter Treffpunkt der Jet-set-Society, Reich der Glücksspiele für die einen und Steuerparadies für die anderen, dieses kleine Fürstentum am Mittelmeer wird am 29. Dezember die zweite Hochzeit der Prinzessin Caroline, älteste Tochter des regierenden Fürsten Rainier III., mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis nehmen.

Die Ankündigung der überraschenden Wiederverheiratung der hübschen, dunkelhaarigen, lebensfrohen Prinzessin nur knapp ein Jahr nach dem Tod der bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Fürstin Gracia Patricia wurde von den Monegassen mit großer Reserve aufgenommen. „Die Monegassen halten nicht viel von großen Spektakeln. Hier macht man nicht viel Lärm um nichts. Was das Privatleben der fürstlichen Familie angeht, wird von uns mit großem Respekt zur Kenntnis genommen." Solche Äußerungen konnte man gestern morgen in den Straßen des Fürstentums hören.

„Caroline und Stefano Casiraghi wollten ihre Liebe nicht mehr verbergen. Caroline ist für ihre Ungeduld bekannt. Sie hat wieder einmal ihren Dickkopf durchgesetzt und Fürst Rainier davon überzeugt, seine Zustimmung für ihre plötzliche Eheschließung zu geben", waren andere Kommentare.

Der Termin für die Ziviltrauung der 26 Jahre alten Prinzessin Caroline und dem drei Jahre jüngeren italienischen Industriellensohn Stefano Casiraghi wurde für Donnerstag, 29. Dezember, festgesetzt. Die Trauung wird im engsten Familienkreis im Fürstenpalast vom Präsidenten des monegassischen Staatsrats Noël Museaux vollzogen werden. „Der Zeitpunkt der Trauung steht noch nicht fest. Es wird eine rein private Hochzeit, an der nur die engsten Familienmitglieder und einige Freunde der Brautleute teilnehmen", teilte die Pressesprecherin des Fürstenhofes gestern mit.

Nach der Trauung gibt es im Palast einen kleinen Empfang. Doch ob Caroline und Stefano sich als Frischvermählte dem monegassischen Volk präsentieren, wissen selbst die engsten Vertrauten des Fürstenhofes noch nicht. Fotografen und Reporter seien zur Trauung nicht zugelassen, hieß es. Nach der Zeremonie sollen dafür offizielle Hochzeitsbilder veröffentlicht werden.



Prinzessin Caroline und Stefano Casiraghi lernten sich in einem Nachtclub von Monaco kennen FOTO: UPI

Nicht nur der überraschende Hochzeitstermin zwischen den Weihnachtsfeiertagen und dem neuen Jahr gibt den Beobachtern des Fürstenhofes Rätsel auf. Selbst die Frage, welches Hochzeitskleid Prinzessin Caroline an diesem Tag tragen wird, ist noch nicht geklärt. Modeschöpfer Marc Bohan vom Pariser Couture-Haus Christian Dior, der seit Jahren mit der Fürstenfamilie befreundet ist und für Caroline und Prinzessin Stephanie sowie früher für Fürstin Gracia sämtliche offiziellen Kleider geschneidert hat, erfuhr die Nachricht von der Heirat seiner prominentesten Kundin erst am Montagabend durch die Rundfunknachrichten. „Die Bestellung für ein Hochzeitskleid hat Marc Bohan nicht erhalten. Der Termin ist auch so kurzfristig festgesetzt, daß er bis zum Donnerstag nächster Woche kein Brautkleid anfertigen kann", heißt es im Hause Dior.

Noch überraschter von der kurzfristig angekündigten Eheschließung der Prinzessin mit dem Italiener Stefano Casiraghi zeigte sich der Vatikan. Fürst Rainier hatte offiziell die Annullierung von Carolines erster Ehe mit dem Pariser Immobilienmakler Philippe Junot beantragt. Die am 29. Juni 1978 geschlossene Ehe war am 9. Oktober 1980 geschieden worden. Die Prinzessin hatte Junot gegen den Willen ihrer Eltern geheiratet. Doch für die Kirche gilt Caroline noch als verheiratet.

Monsignore Arturio de Jorio, der Dekan des für Eheangelegenheiten zuständigen vatikanischen Gerichtshofes Sacra Romana Rota, erklärte nach der Ankündigung der Wiedervermählung von Caroline, er sei „sehr überrascht": „Das Dossier über die Annullierung der Ehe von Prinzessin Caroline ist in Bearbeitung. Ich hatte geglaubt, die fürstliche Familie würde geduldig die Entscheidung des Vatikans abwarten."

Ein dreiköpfiges Gremium sollte überprüfen, ob eine alte Sonderregelung für die Scheidung von Fürstenehen angewandt werden kann. Sie setzte ihre Arbeit auch nach Inkrafttreten des neuen kanonischen Rechtes vor wenigen Wochen fort, das diese Regelung künftig ausschließt.

In den Augen der Kirche würde Prinzessin Caroline durch ihre Ziviltrauung mit Stefano Ehebruch begehen, erklärten Beobachter des Vatikans in Rom. In Paris glaubt man, daß Caroline hofft, ihre Eheschließung mit Stefano könnte die Prozedur der Annullierung ihrer ersten Ehe beschleunigen. Die zweijährige Ehe mit Philippe Junot blieb kinderlos. Von einer Prinzessin erwartet man jedoch, daß sie für die Erhaltung der Familie sorgt. Als Frau Casiraghi ist sie legitimiert, ein Kind zu bekommen. Das wäre ein Argument, die Richter des Vatikans zu überzeugen, Carolines mit 21 Jahren geschlossene Ehe endlich zu annullieren. In dem Fall könnte eine kirchliche Trauung zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Stefano Casiraghi, 1,85 Meter groß und blond, stammt aus einer der reichsten Familien Italiens. Sein Vater ist ein Erdölmagnat und leitet zahlreiche Unternehmen im Textil- und Schuhexport, insbesondere in den USA. Caroline hatte Stefano vor einem Jahr in einem Nachtclub in Monte Carlo kennengelernt. Nach Erklärungen des Bräutigams war es auf seiner Seite „Liebe auf den ersten Blick". Stefano, der bei seinen Eltern in der Nähe des Comer Sees lebt, gilt als seriös. Er hat an den besten Hochschulen studiert und begann mit 20 Jahren eine Managerkarriere. Seine früheren Freundinnen loben ihn in höchsten Tönen. Die Jahre, die sie mit Stefano verbracht habe, seien „nur Augenblicke des Lachens und der guten Laune" gewesen, beteuerte zum Beispiel die 24jährige Schönheit Pinuccia Macheda.

Caroline hat seit einem Jahr als „First Lady" von Monaco eine Reihe von offiziellen Verpflichtungen wahrgenommen, die ihre Mutter Prinzessin Gracia Patricia bis zu ihrem Tode bei einem Autounfall am 14. September 1982 erfüllt hatte. Die Prinzessin und Stefano Casiraghi haben sich in der vergangenen Woche erstmals „offiziell" in der Öffentlichkeit gezeigt. Casiraghi nahm an der Seite von Caroline in der Fürstenloge am internationalen Zirkusfestival in Monte Carlo teil.

Vor dem Unfall der Fürstin war eine Romanze mit dem argentinischen Tennisstar Guillermo Vilas zerbrochen. Auch eine ihr in diesem Frühjahr nachgesagte Verbindung mit dem Sohn der ebenfalls verstorbenen Schauspielerin Ingrid Bergman, Roberto Rosselini, endete nicht in der von vielen Gesellschaftsreportern vorausgesagten Ehe.

CONSTANZE KNITTER (SAD)/DW.

Familie Bulgari appelliert an die Entführer

AFP, Rom

Die italienische Juwelierfamilie Bulgari-Calissoni hat gestern der italienischen Presse einen Appell an die Entführer der [illegible]jährigen Anna Bulgari-Calissoni und ihres [illegible]jährigen Sohnes Giorgio Calissoni zugeleitet. In dem Aufruf sichert die Familie zu, daß sie trotz der Verstümmelung Giorgios, von dem die Kidnapper ein Foto mit einem abgeschnittenen Ohr aufgenommen hatten, und trotz der Sperrung der Konten der Familie durch die Staatsanwaltschaft weiter verhandeln will.

In dem Brief der Familie an die Entführer wird betont, daß sie einen Anwalt mit der Führung der Verhandlungen beauftragt habe. Die Presse wurde aufgerufen, den Brief zu veröffentlichen, aber keine Einzelheiten über die Entwicklung des Entführungsfalls zu berichten, um das Leben der beiden Geiseln nicht zu gefährden.

1984 arbeitnehmerfreundlich

dpa, Hamburg

Das nächste Jahr wird arbeitnehmerfreundlich. Wer die gesetzlichen Feiertage geschickt in sein rund 30 Tage umfassendes Urlaubsbudget einplant, kann seinen Jahresurlaub bei mehrfacher Teilung auf bis zu zwei Monate ausdehnen.

250 Einbrüche

AP, Düsseldorf

Zu Freiheitsstrafen zwischen neun Jahren und 21 Monaten hat die 14. Große Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts gestern zehn Mitglieder einer Diebesbande verurteilt. Die zwischen 27 und 42 Jahre alten Verurteilten hatten gestanden, zwischen 1978 und 1982 im rheinischen Raum mehr als 250 Einbrüche verübt und dabei Wertgegenstände in Höhe von mehr als zehn Millionen Mark erbeutet zu haben.

Fünflinge statt Vierlinge

dpa, Roubaix

Eine 26jährige Französin hat in einem Krankenhaus in Roubaix (Nordfrankreich) Fünflinge geboren. Wie die Klinik mitteilte, wogen die fünf Jungen zwischen 1,8 und zwei Kilogramm. Die Eltern, ein Verwaltungsangestellter und eine Lehrerin, hatten nach den letzten Untersuchungen nur Vierlinge erwartet.

Notausgang unbrauchbar

dpa, Madrid

Der Madrider Untersuchungsrichter, der die Ursachen und Verantwortlichkeiten der Brandkatastrophe in der Madrider Diskothek „Alcala 20" (bisher 79 Todesopfer) untersucht, hat gestern die Einlieferung der fünf Besitzer des Lokals in Untersuchungshaft angeordnet. Wie die spanische Presse berichtet, ist die Diskothek offenbar so gut wie nicht versichert gewesen. Der einzige Notausgang wurde vom Untersuchungsrichter als unbrauchbar bezeichnet.

Fiebelkorns abenteuerliche Erzählungen

Prozeß in Frankfurt: Angeklagter will Rauschgifthandel für bolivianischen Geheimdienst betrieben haben

H.-H. KANNENBERG, Frankfurt

Ein einträglicher Fischzug mit 2,25 Tonnen geschmuggelter Kokain-Base im Hinterland Boliviens (geschätzter Gewinn: 13 Millionen Dollar) brachte ihn vor das Frankfurter Landgericht. Acht Wochen nach Beginn des Prozesses gegen den gelernten Kraftfahrzeugspengler Joachim Fiebelkorn (36) aus Eppstein/Taunus ist der Angeklagte endgültig aus den Niederungen internationaler Rauschgiftkriminalität aufgestiegen in die edlere Sphäre politischer Agentenkriege.

Kokaingeschäfte, so suggeriert der Angeklagte seit Mitte November dem Gericht, habe er nicht um schnöden Mammon betrieben, sondern um im Auftrag des bolivianischen Geheimdienstes dem Land eine kommunistische Revolution zu ersparen. Ideologischer Träger des Umsturzes sei die linkslastige Polizei gewesen, logistische Grundlage der Revolutionspläne, ein Geheimlager mit 5000 Kalaschnikow-Sturmgewehren, die von hohen Polizeioffizieren illegal für Kokain eingetauscht worden seien.

Dieses Lager habe er im Auftrag eines bolivianischen Armeegenerals als „Undercover-Agent" ausspähen sollen. Dabei sei er, getreu seiner Rolle, an den bolivianischen Großgrundbesitzer Roberto Suarez geraten, der im Lande als „Kokain-König" gilt. Für ihn habe er eine Söldnertruppe zusammengestellt, die zwei Aufgaben hatte: Suarez' Leben zu schützen und seine Kokaingeschäfte abzuschirmen.

Daß Fiebelkorns abenteuerliche Erzählungen einen sehr realen Kern besitzen, wissen Prozeßbeobachter seit spätestens 12. Dezember. An diesem Tag ließ das Gericht den Verhandlungssaal räumen und sämtliche Zuhörer nach Waffen durchsuchen. Anschließend zog die 4. Große Strafkammer in den „Sicherheitstrakt" des Landgerichts (alter Schwurgerichtssaal) um. Hintergrund der spektakulären Sicherheitsmaßnahme: Die glaubwürdige Nachricht, daß Kokain-König Roberto Suarez ein Kopfgeld auf Fiebelkorn ausgesetzt und Beobachter in den Verhandlungssaal eingeschleust habe.

Macht des Kokain-Königs

Der just aus Südamerika zurückgekehrte Informant belegte die Ernsthaftigkeit der Drohung mit dem Hinweis, seines Wissens habe Suarez kürzlich Rache an einem oder zwei Ex-Vertrauten üben lassen, die ihn vor Gericht belastet hätten. Das Gericht in Frankfurt, zu Beginn des Prozesses gegen Fiebelkorn noch in der Illusion befangen, Suarez als Zeugen heranholen zu können, erhielt schon vorher von der deutschen Botschaft in La Paz Nachhilfe in südamerikanischer Rechtsproblematik: Suarez, so wurde mitgeteilt, halte sich auf seiner Farm am Rio Beni auf, und dorthin traue sich nicht einmal das Militär.

Inoffiziellen Informationen zufolge hat er dort inzwischen 500 weiße Söldner um sich versammelt. Für Fiebelkorn ist die Suarez-Hazienda am Rio Beni angeblich vertrautes Terrain. Dort sei es gewesen, wo während seiner Zeit als Suarez-Vasall die Kokain-Lieferungen für 10 000 Dollar pro Kilo an kolumbianische Abnehmer übergeben worden seien.

Daß der internationale Abenteurer Fiebelkorn mit seinem Hang zu rechtsextremen Kreisen und alten Nazis im innenpolitischen Dschungel Boliviens weit mehr gespielt haben muß, als die Rolle eines Kokainschiebers, scheint inzwischen klar. Erzählungen Fiebelkorns illustrieren dies: Eines Tages habe er, nach Beendigung seines Agenteneinsatzes bei Suarez, dem Präsidenten der Republik Bolivien selbst gegenüber gestanden. Der habe ihm tief bewegt versichert: „Sie und Ihre Leute, Fiebelkorn, sind die einzigen, denen ich noch voll vertrauen kann."

Da wiegen amtliche Schreiben aus Bolivien schwerer, wie etwa dies: Fiebelkorn sei im Sommer 1980 in einem Freudenhaus in La Paz wegen unerlaubten Waffenbesitzes verhaftet worden. Man habe ihn abschieben wollen. Doch noch am gleichen Abend sei er auf Verwendung einer hohen Regierungsstelle wieder freigelassen worden. Begründung: Der Häftling gehöre dem bolivianischen Geheimdienst an.

Zeugen der Anklage fehlen

Rechtsanwalt Bernd Croner, Verteidiger des polyglotten Karosseriespenglers aus dem Taunus, beschließt informative Journalisten-Talks mit der Bitte: „Vergessen Sie nicht, mir ein Belegexemplar zu schicken. Herr Fiebelkorn sammelt die Berichte, um sie eines Tages auszuwerten."

Die Auswertung kann er, falls nicht doch noch ein Zeuge der Anklage überraschend aus Südamerika auftaucht, vermutlich in Freiheit vornehmen. Bisher jedenfalls konnte Fiebelkorns Einlassung, tonnenweise Kokain am Rio Beni in hochoffiziellem Regierungsauftrag verschoben zu haben, um auf die Spur von 5000 illegalen Kalaschnikows zu kommen, nicht widerlegt werden. Der weitere Verlauf des Prozesses ist terminiert bis zum 27. Februar.

Reinheit bringt den Tod

Die Zahl der Rauschgiftopfer ist wieder gestiegen

KARL-L. GÜNSCHE, Bonn

Aus lateinamerikanischen und asiatischen Ländern drängt derzeit mehr und reineres Rauschgift auf den deutschen Markt als in den zurückliegenden Jahren. Die deutschen Drogenfahnder beschlagnahmten ungleich mehr als im Vorjahr.

Nach den Statistiken des Bundesinnenministeriums wurden bis Ende November dieses Jahres bei Kontrollen der deutschen Sicherheitsbehörden 245 Kilogramm Heroin beschlagnahmt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres waren es „nur" 167 Kilogramm. Die Menge des konfiszierten Kokains stieg von 23 (1982) auf 102,3 Kilo in den ersten elf Monaten dieses Jahres. Wurden 1982 insgesamt 2600 Kilogramm Cannabis-Produkte – im wesentlichen Haschisch – aufgebracht, so waren es bis November dieses Jahres schon 3841 Kilogramm.

Wieder gestiegen ist auch die Zahl der Rauschgifttoten. Sie hatte 1979 mit 623 einen Höhepunkt erreicht. Bis 1981 ging sie dann zurück: 1980 waren es 494, 1981 „nur" 360. Im folgenden Jahr stieg die Zahl auf 383 wieder leicht an. In den ersten elf Monaten dieses Jahres waren es nach Angaben des Bundesinnenministeriums bereits wieder 430.

Eine der Ursachen für das Ansteigen der Zahl der Rauschgifttoten ist nach übereinstimmender Ansicht im Bundesinnenministerium und im Auswärtigen Amt der große Reinheitsgrad der in die Bundesrepublik eingeschmuggelten Drogen. Durch das große weltweite Angebot sei vor allem das Heroin reiner und damit ungleich stärker geworden. Viele Süchtige unterschätzten dies und setzten sich ungewollt den tödlichen „goldenen Schuß".

Die Hauptherkunftsländer sind nach diesen Angaben Pakistan, nach einiger Zeit erstmals auch wieder das „Goldene Dreieck" aus Thailand, Laos und Burma sowie Afghanistan, Indien und Sri Lanka.

Die Umschlagzentren haben sich kaum geändert. Beamte des Auswärtigen Amtes sagen, über Moskau und Ost-Berlin „kommt furchtbar viel" in die Bundesrepublik. Nach wie vor sei auch die „Balkan-Route" einer der bevorzugten Schmuggler-Wege. Schließlich sei Zypern ein Hauptumschlagplatz. Von dort komme das Rauschgift „über die Mafia-Kanäle" nach Italien und weiter in andere europäische Länder.

Die „Traumländer" deutscher Süchtiger im Fernen Osten sind nach Beobachtungen im Auswärtigen Amt aber nach wie vor Nepal, Indien und Goa. Hier stranden auch die meisten bundesdeutschen Süchtigen, werden vom Auswärtigen Amt medizinisch versorgt und notfalls heimtransportiert. (rtr)

ZU GUTER LETZT

„Wir unterscheiden zwischen den feinen Trinkliedern und den groben Saufliedern" (der CSU-Abgeordnete Konrad Breitrainer in einer Landtagsdebatte über den Wert von Liedgesang auf Vorhaltungen der SPD bezüglich landestypischer Stammtisch-Grölerei).

WETTER: Weiterhin mild

Wetterlage: Milde Atlantikluft fließt von der Biskaya nach Mitteleuropa, wobei mitgeführte Regenfronten das Wetter in Deutschland wechselhaft gestalten.



Vorhersage für Mittwoch:

Ganz Deutschland: Im östlichen Bundesgebiet und im Raum Berlin meist bedeckt und zeitweise Regen oder Sprühregen. Im Westen und Nordwesten häufig wechselnde Bewölkung und einzelne Regenfälle. Tagestemperaturen 7 bis 10 Grad. Nächtliche Tiefstwerte kaum unter 5 Grad, Nullgradgrenze in den Alpen bei 2000 m. Schwacher bis mäßiger, im Nordwesten frischer, in Böen starker Wind aus Süd bis Südwest.

Weitere Aussichten:

Unbeständig. Zeitweise Regen. Weiterhin mild.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	5°	Kairo	19°
Bonn	9°	Kopenh.	4°
Dresden	4°	Las Palmas	21°
Essen	8°	London	7°
Frankfurt	6°	Madrid	10°
Hamburg	7°	Mailand	5°
List/Sylt	2°	Mallorca	18°
München	7°	Moskau	1°
Stuttgart	4°	Nizza	12°
Algier	18°	Oslo	–2°
Amsterdam	8°	Paris	8°
Athen	16°	Prag	4°
Barcelona	13°	Rom	14°
Brüssel	9°	Stockholm	0°
Budapest	6°	Tel Aviv	19°
Bukarest	2°	Tunis	17°
Helsinki	–4°	Wien	5°
Istanbul	11°	Zürich	2°

* **Sonnenaufgang am Donnerstag:** 8.25 Uhr, **Untergang:** 16.16 Uhr, **Mondaufgang:** 18.53 Uhr, **Untergang:** 10.48 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Statt weißer eine warme Weihnacht

Die Meteorologen sagen Regen und Temperaturen um acht bis zehn Grad voraus

H. K. Frankfurt

Aus meteorologischer Spekulation ist 90prozentige Wahrscheinlichkeit geworden: An Heiligabend wird es auf die beleuchteten Weihnachtsbäume auf Plätzen, in Parks und Gärten der Bundesrepublik nicht stilgerecht schneien, sondern bei etwa acht Grad über Null regnen. Dies ist das Fazit des Wetterdienst-Computers aus den meteorologischen Gegebenheiten auf der Globus-Nordhälfte zu Beginn der Woche. Wenn überhaupt, könnte frühestens am 2. Weihnachtsfeiertag das klimatische Steuer auf Nord und damit auf Frost und schneeträchtige Polarluft herumgeworfen werden.

Ein Zentraltief von Grönland bis Spanien

Der gigantische „Wellenbrecher", der derzeit mit seinem Zentrum auf einer Position südlich Irlands fast statisches Beharrungsvermögen zeigt (Meteorologen des deutschen Wetterdienstes: „Er eiert nur so ein bißchen herum"), ist ein von Grönland bis Spanien reichendes Zentraltief. Seine Charakteristik nötigt selbst alten Hasen im Wetterdienst Respekt ab: Es reicht, bei einem Zentraldruck von 970 Millibar, bis in zehn Kilometer Höhe. Dieser „Klotz" ist von einem herkömmlichen Hoch nicht aus dem Weg geräumt.

Rechnet man die Sechs-Tage-Prognose des Wetterdienstcomputers auf Grund der gegebenen Nordatlantik-Daten noch ein wenig höher, so sieht es auch für die Zeit nach Heiligabend nicht nach einem vehementen meteorologischen „Umsturz" über Mitteleuropa aus. Die Meteorologen: „Alle Umstände deuten darauf hin, daß sich das Tief an seinem jetzigen Platz quasi zur Ruhe legt und langsam auffüllt." Das bedeutet: Deutschland wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht an der Ostseite des abziehenden Steuerzentrums in eine schneeträchtige Nordströmung gelangen.

Sollte am 2. Weihnachtsfeiertag die meteorologische Zugrichtung dennoch auf Nord und damit auf möglichen Schnee drehen, entspräche der Verlauf langjährigem klassischem Muster. Danach folgt einer „Wetterdepression" mit einsetzender milder Westströmung und grünem Weihnachtsfest am 2. Feiertag oft ein Temperatursturz mit einsetzendem Schneefall. Der bisherige Dezemberverlauf fällt freilich aus dem langjährigen Rahmen. Am Offenbacher Standort des deutschen Wetterdienstes wurde bis 18. 12. nur ein einziger Tag registriert, an dem das Thermometer über die Null-Grad-Marke stieg. Die Meteorologen: „Bisher war der Weihnachtsmonat viel zu kalt."

Ski und Rodeln nur im Hochgebirge möglich

Sollte es in Mitteleuropa beim erwarteten Feiertags-Wettertrend bleiben, beschränkt sich die Rolle wintersportlicher Weihnachtsgeschenke zwangsläufig vorerst auf dekorative Zwecke unter dem Christbaum. Wer Skier oder Schlitten ausprobieren möchte, hat dazu nur eine Chance in den höchsten Lagen der Alpen. In den Mittelgebirgen empfiehlt sich als Ausrüstung für den Weihnachtsurlaub höchstens der Regenmantel. Vorausgesetzt natürlich, Petrus plant nicht doch noch für die Wintersportler eine spezielle Weihnachtsüberraschung ...

„König" auf Anklagebank

AP, Hamburg

Vor der 18. Großen Strafkammer des Landgerichts Hamburg hat gestern das Strafverfahren gegen den als „König von St. Pauli" bekanntgewordenen 55 Jahre alten Gastronomen Wilfried Schulz und seinen 40jährigen Berufskollegen Uwe Carstens begonnen. Die Anklage wirft Schulz Förderung der Prostitution, Steuerhinterziehung, Urkundenfälschung und uneidliche falsche Aussage vor. Wegen Bestechung, Rauschgifthandel, Betrug und unerlaubten Waffenbesitzes muß sich der mitangeklagte Carstens verantworten. Anträge der Verteidigung, die Verfahren gegen die beiden Angeklagten zu trennen, weil sie nichts miteinander zu tun hätten, wurden von der Kammer zurückgewiesen.

Gegen Schulz und Carstens war noch wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung oder der Unterstützung einer solchen Vereinigung ermittelt worden. Als die beiden Angeklagten und mit ihnen insgesamt 17 weitere Beschuldigte aus dem St.-Pauli-Milieu Anfang November 1982 von der Polizei festgenommen wurden, hatte Hamburgs Innensenator Alfons Pawelczyk noch von einem „großartigen Erfolg" im Kampf gegen die organisierte Kriminalität gesprochen. Von den damals Festgenommenen blieben bis zur Eröffnung des Verfahrens lediglich Schulz und Carstens in Untersuchungshaft. Der Vorwurf der kriminellen Vereinigung tauchte allerdings in der Klageschrift nicht mehr auf.

Das Verfahren vor dem Hintergrund des „Hamburger Polizeiskandals" – Schulz soll „geschäftliche" Verbindungen zum früheren Chef der Hamburger Kriminalpolizei Hans Zühlsdorf unterhalten haben – fand gleich zur Eröffnung großes öffentliches Interesse. Der Andrang vor dem Gerichtssaal im Hamburger Strafjustizgebäude war so groß, daß zahlreiche Schaulustige zurückgewiesen werden mußten.

Während Carstens bei der Vernehmung zur Person lediglich seine aktenkundigen persönlichen Daten nannte, schilderte Schulz ausführlich seinen Werdegang. Nach einer kaufmännischen Lehre war er Anfang der 50er Jahre im Vergnügungsviertel St. Pauli aktiv geworden. Seine Geschäfte brachten Schulz Wohlstand. Der inzwischen dreimal geschiedene Schulz wollte sich allerdings zum Tatvorwurf auch nicht äußern.

